

KLASSENKAMPF

Magazin für die kommunistische Bewegung

#03 | 09 / 2025 | 5 Euro

„Gegenmacht“ als strategische Sackgasse

Regionale Perspektive
der sozialistischen
Revolution

> Seite 54

Landwirtschaft
und Frage der
Bäuer:innen

> Seite 84

Zur europäischen
Wiederbewaffnung

Analyse und Kampforientierung
Übersetzung > Seite 124

Abo

Das Abo für das Magazin *Klassenkampf* kann beim *Roter Stern Verlag* bestellt werden. Geht dazu auf roterstern-shop.de/magazin-abo oder sendet eine Mail an: verlag@roterstern-shop.de

Impressum

September 2025

Herausgeber & V.i.S.d.P.:

Verein zur Förderung der Arbeiter:innenbildung e.V.

Georg-Schwarz-Straße 44, 04177 Leipzig

Redaktionskollektiv von Klassenbildung

www.klassenbildung.net // magazin@klassenbildung.net

Verlag & Hersteller:

Roter Stern Verlag, Holzstr. 12, 45141 Essen

www.roterstern-shop.de // verlag@roterstern-shop.de

Fragen zur Produktsicherheit an: info@roterstern-shop.de

Druck: MCP Druck



Eigentumsvorbehalt: Diese Postsendung bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem:der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Textes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden.
Der Rest ist auszuhändigen

KLASSENKAMPF

| Magazin für die kommunistische Bewegung //////////////////////////////////////

Ausgabe 03 - September 2025

#00 - Seite 06

Vorwort

#01 - Seite 08

„Gegenmacht“
als strategische
Sackgasse

#02 - Seite 54

Die regionale
Perspektive der
sozialistischen
Revolution

#03 - Seite 84

Die Landwirtschaft
in Deutschland
und die Frage der
Bäuer:innen

#04 - Seite 124

Analyse und
Kampforientierung
zur europäischen
Wiederbewaffnung

Übersetzter Gastbeitrag der
Revolutionären Arbeiterpartei
Spaniens



Liebe Leser:innen,

in dieser Ausgabe setzen wir uns verstärkt mit Fragen der kommunistischen Strategie auseinander. In diesem Rahmen wollen wir uns sowohl kritisch mit dem Begriff und darauf aufbauenden Konzepten der Gegenmacht befassen, als auch mit der Frage der regionalen Revolution sowie der Frage der Bäuer:innenschaft. In der Übersetzung aus dieser Ausgabe wird außerdem die brennende Frage der Aufrüstung und des Militarismus in Europa untersucht.

Im ersten Artikel dieser Ausgabe „Gegenmacht als strategische Sackgasse“ konzentrieren wir uns auf die theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Gegenmacht. In den letzten Jahren hat der Begriff innerhalb der revolutionären Bewegung, der bürgerlichen Linken bis hin zu den Gewerkschaften, eine immer breitere Verwendung gefunden. Während Gegenmacht für die einen nicht mehr als eine griffige Worthülse darstellt, nutzen andere ihn, um ihr eigenes strategisches Konzept zu beschreiben. In diesem Text wollen wir uns der Frage widmen, woher der Begriff der Gegenmacht ursprünglich stammt, wie er aktuell genutzt wird und warum man damit zwangsläufig in einer strategischen Sackgasse endet.

Anschließend wollen wir uns zwei Fragen, der kommunistischen Strategie

widmen. Zunächst der Frage, wie sich der grundsätzliche internationale Charakter der sozialistischen Revolution in der Strategie, Taktik und der alltäglichen Arbeit von Kommunist:innen in Deutschland widerspiegelt. Im Text „Die regionale Perspektive der sozialistischen Revolution“ wollen wir uns an eine erste Antwort auf die in den letzten 150 Jahren in der internationalen Arbeiter:innenbewegung heiß umstrittene Frage wagen.

Auch die Frage der Bäuer:innenschaft hat in der Geschichte der kommunistischen Bewegung stets eine zentrale Rolle eingenommen. Im ersten erfolgreichen Versuch einer sozialistischen Revolution in Russland hat die Klasse der Bäuer:innen eine zentrale Rolle gespielt. Im 19. und 20. Jahrhundert lebte und arbeitete in den europäischen Ländern ebenfalls ein überwiegender Teil der Bevölkerung auf dem Land. Doch wie steht es um die Klasse der Bäuer:innen heute? Gibt es sie als Klasse heute in Deutschland überhaupt noch? Diese und weitere Fragen behandeln wir in unserem dritten Artikel „Die Landwirtschaft in Deutschland und die Frage der Bäuer:innen“.

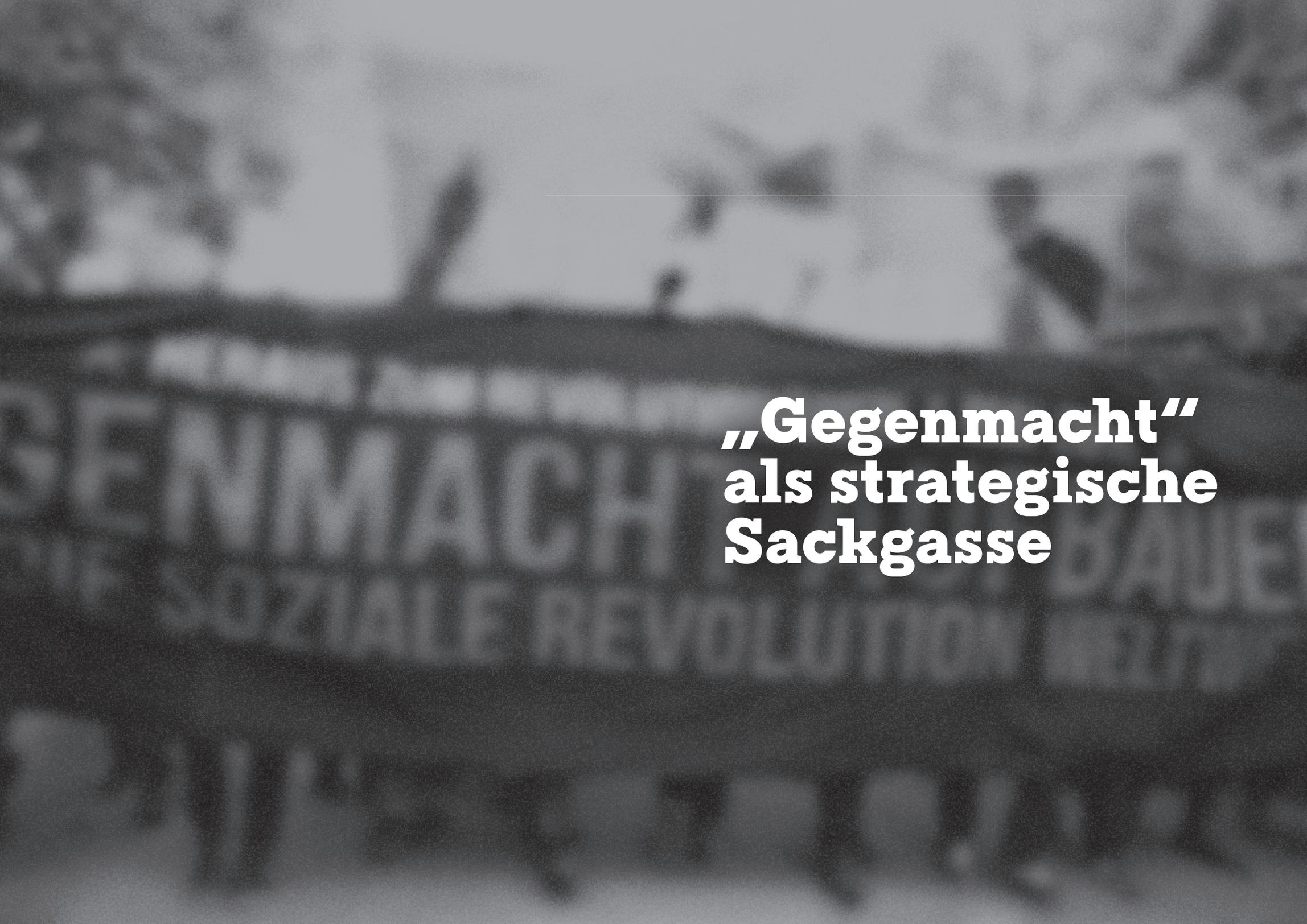
Der letzte Text dieser Ausgabe widmet sich der Frage der Aufrüstung und Militarisierung in Europa. Der aus dem spanischen übersetzte

Gastbeitrag aus der Zeitung der „Partido revolucionario de los trabajadores“ (dt. Revolutionären Arbeiterpartei Spaniens) setzt sich dabei mit dem Wesen der Europäischen Union auseinander, ihrer militärischen Schwäche und analysiert dann die aktuellen Entwicklungstendenzen. Zum Schluss befasst sich der Text mit der Analyse der Lage in Spanien, sowie den Aufgaben der Kommunist:innen in der

aktuellen Lage.

Wir wünschen euch eine spannende Lektüre und freuen uns über zahlreiche Rückmeldungen und Kritiken.

Redaktion Klassenkampf



**„Gegenmacht“
als strategische
Sackgasse**

Der Begriff der „Gegenmacht“ wird seit Jahrzehnten immer wieder in der breiteren Linken genutzt – bei einigen als griffige Worthülse, bei anderen, um damit das jeweils eigene strategische Konzept zu beschreiben. In den vergangenen Jahren haben dieser Begriff und die mit ihm verbundenen Konzepte in der politischen Widerstandsbewegung und Gewerkschaftsbewegung einen neuen Aufschwung genommen. Grund genug dafür, sich genauer mit seinen verschiedenen Ausprägungen zu beschäftigen.

Gegenmacht ist ein extrem dehnbarer, breiter Begriff, der heute von unterschiedlichen politischen Strömungen genutzt wird, die damit Verschiedenes verbinden. Zwar ist er vielerorts zu lesen, jedoch bleibt sein genauer Inhalt oftmals schwammig. Es gibt keine einheitliche Definition, sondern in jedem Fall muss konkret untersucht werden, was sich dahinter verbirgt. Zwischen den verschiedenen Gegenmachtvorstellungen besteht keine chinesische Mauer, sondern es gibt Übergänge von dem einen ins andere Lager und umgekehrt. Meist kommt sogar noch hinzu, dass das Wenige an niedergeschriebener Theorie dann in der Praxis wiederum keine zentrale Rolle spielt. Der Begriff der Gegenmacht wird dadurch oftmals zu einer beliebigen, „gefühlsmäßig“ verwendeten und eines konkreten Inhalts beraubten Phrase.

Dennoch wollen wir versuchen, uns nun sowohl der theoretischen De-

batte um Gegenmacht als auch deren praktischen Konsequenzen zu nähern. Grob können wir dabei zwei Auslegungen unterscheiden:

Zum einen Gegenmacht als eine evolutionäre Strategie. Man findet sie im (DGB-)Gewerkschaftskontext, bei der (linken) Sozialdemokratie bis hin zu deren Parteispitzen sowie in revisionistischen Parteien. Auch verschiedene Gegenmachtkonzepte aus anarchistischen und autonomen Hintergründen können hierzu gezählt werden. Dabei geht es je nach Strömung darum, Kräfte für bürgerliche Machtpolitik, eine Reform des Kapitalismus oder eine graduelle Veränderung des Systems zu sammeln, ohne die bürgerliche Staatsmacht zerschlagen und revolutionär umgestalten zu wollen.

Zum anderen finden wir Gegenmacht als Konzept bei einem Teil der revolutionären und kommunistischen Bewegung: Bei Organisationen der 1960er und 70er Jahre, welche durch offensive Momente Gegenmacht schaffen wollten; bei revolutionären Kräften heute, welche unter diesem Label die politische Widerstandsbewegung nach links in Richtung Kommunismus ziehen möchten; sowie bei revolutionären Kräften, welche damit eine proletarische Massenverankerung meinen, ohne jedoch den Aufbau der Kommunistischen Partei direkt anzugehen. In diesen Fällen geht es darum, Staat und Kapital eine kämpferische Haltung entgegenzusetzen,

wenngleich es letztlich an einer konsequenten und allseitigen Strategie zur revolutionären Machteroberung fehlt bzw. die dafür notwendigen Schritte – wie etwa der Aufbau einer Kommunistischen Partei – heute nicht verfolgt werden.

Auch wenn es natürlich Unterschiede zwischen den Gegenmachtkonzepten bei offenen Reformist:innen und dem von Revolutionär:innen gibt, enden sie alle auf ihre Art in einer strategischen Sackgasse. Das liegt daran, dass in allen Varianten, obwohl von Gegenmacht gesprochen wird, die entscheidende Frage der Eroberung der Macht durch die Arbeiter:innenklasse und ihre kommunistische Vorhut in der einen oder anderen Form umgangen wird oder sich nicht konsequent im eigenen Aufbaukonzept widerspiegelt.

Um herzuleiten, warum jedoch genau das notwendig ist, wollen wir kurz die Grundsätze zur Frage der gesellschaftlichen Macht aus marxistisch-leninistischer Sicht darlegen:

Macht in Klassengesellschaften ist aus marxistischer Perspektive kein unerklärliches Phänomen, welches sich aus der „Natur des Menschen“ ergibt. Es ist ein soziales Verhältnis, in welchem eine Klasse geistig und materiell über eine oder mehrere andere Klasse(n) herrscht. Dieses soziale Verhältnis wird entscheidend durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse und die ökonomische Gesellschaftsformation

als Ganzes bestimmt. Je nach Stellung zu den Produktionsmitteln, der Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum und den Produktionsprozess als Ganzes hat eine Klasse unterschiedliche Macht. Auch die Frage, wie die Arbeitskraft produziert und reproduziert wird – und damit die Frage des Patriarchats – prägt die Ökonomie und damit grundlegende Machtverhältnisse, in dem Fall die gesellschaftliche Herrschaft des Mannes über die Frau.

In tiefer Prägung durch diese Produktionsverhältnisse und das Patriarchat und darauf aufbauend entwickelt sich ein gesellschaftlicher Überbau, der sowohl politische Herrschaftsinstrumente wie den Staat als auch die herrschenden geistigen Anschauungen (die Ideologie) umfasst. Aufgrund ihrer Stellung zu den Produktionsverhältnissen – nämlich als Eigentümer:innen der Produktionsmittel – hat im Kapitalismus die Bourgeoisie somit auch die Macht im Überbau inne und ist dadurch die herrschende Klasse.

Heute liegt diese Macht in Deutschland in den Händen der deutschen Monopolbourgeoisie. Diese übt sie durch den Staatsapparat aus, der mit seinen Zwangsinstrumenten wie Polizei und Gefängnissen die Eigentumsverhältnisse nach innen absichert und mit der Bundeswehr die ökonomischen und politischen Interessen nach außen gegenüber anderen Konkurrenten durchsetzt.

Diese Repression wird durch integrative Maßnahmen ergänzt: So werden die Unterdrückten mit Hilfe der bürgerlichen Ideologie an das System so gebunden, dass sie ihrer Unterdrückung „freiwillig“ zustimmen und mit der parlamentarischen Demokratie und weiteren Stellvertreterinstitutionen „mitbestimmen“, ohne jemals tatsächlichen Einfluss zu nehmen. Zugleich kann Deutschland als führendes imperialistisches Land auch ökonomische Zugeständnisse machen, um diese Integration materiell abzusichern. Solche integrativen Maßnahmen können aufgrund der dauerhaften Krisen des kapitalistischen Systems jedoch immer nur vorübergehend sein. Wie wir heute sehen können, tendiert dieses System zur Verschärfung zwischenimperialistischer und ökonomischer Widersprüche, was sich in schweren Wirtschaftskrisen, Faschismus und Kriegen bis hin zu Weltkriegen zeigt.

Als Kommunist:innen wollen wir deshalb mit diesen kapitalistischen Produktionsverhältnissen grundsätzlich Schluss machen. Dafür ist es notwendig, dass die Arbeiter:innenklasse der Bourgeoisie die Produktionsmittel entreißt – etwas, was diese mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere den Zwangsinstrumenten des Staats, versuchen wird zu verhindern. Aus diesem Grund muss die Arbeiter:innenklasse den Staatsapparat in einer notwendigerweise gewaltvollen Revolution zerschlagen, die Bourgeoisie enteignen

und sowohl die Ökonomie als auch die Politik in die eigenen Hände nehmen. Das bedeutet, die politische Macht in Form eines proletarischen Staats auszuüben und in einem sozialistischen Aufbauprozess nicht nur die Bourgeoisie niederzuhalten, sondern auch die Arbeiter:innenklasse immer mehr in die Gestaltung und Verwaltung der Gesellschaft mit einzubeziehen und durch die Frauenrevolution das Patriarchat zurückzudrängen. Das legt die Voraussetzungen dafür, nach einem weltweiten Sieg des Sozialismus im Kommunismus jegliche Herrschaft des Menschen über den Menschen zu überwinden.

Die proletarische Revolution wird die Arbeiter:innenklasse jedoch nicht spontan durchführen. Sie kann Aufstände organisieren und Regierungen stürzen, wie es in den letzten Jahrzehnten immer wieder geschehen ist. Doch um die Produktionsverhältnisse umzuwälzen, benötigt sie eine klare Strategie und ein eigenes Instrument zu ihrer Befreiung – eine kommunistische Partei. In dieser sammeln sich die konsequentesten Kämpfer:innen für die Sache der Arbeiter:innen und organisieren sich so, dass sie von diesem Staatsapparat nicht zerschlagen werden, sondern im Gegenteil die Vorbereitungen dafür treffen, selbst als Kampfstab der Klasse in der Revolution den bürgerlichen Staat zu besiegen. Eine solche kommunistische Partei fällt jedoch nicht vom Himmel oder entsteht spontan von unten im Prozess des Gegenmachtaufbaus.

Sie bewusst aufzubauen, ist die zentrale Aufgabe von Kommunist:innen heute.

Diese marxistischen Grundprinzipien halten wir nach wie vor für den Kern, an dem sich eine Strategie für die Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten orientieren muss. Das sehen nicht alle so: Theoretiker:innen wie beispielsweise Eduard Bernstein (1850-1932), Pjotr Alexejewitsch Kropotkin (1842-1921), Antonio Negri (1933-2023) oder John Holloway haben diese Prinzipien angegriffen und versucht, die Frage der Machteroberung zu umgehen. Im Folgenden wollen wir uns unter anderem deren Thesen sowie davon beeinflusste politische Kräfte weiter ansehen und die marxistisch-leninistischen Grundprinzipien demgegenüber entwickeln. Dabei werden wir uns vom Aufbau her an den oben genannten Ausprägungen von Gegenmacht (als „evolutionäre“ Strategie und als Strategie innerhalb der revolutionären Bewegung) und deren politischen Vertreter:innen orientieren. Anschließend werden wir die Ergebnisse kurz zusammenfassen.

Gegenmacht statt Eroberung der Macht

Gegenmacht in Sozialdemokratie und modernem Revisionismus

Gegenmacht findet sich heute als geflügeltes Wort in der gesamten Breite der (linken) Sozialdemokratie: Von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) über die Linkspartei bis hin zu führenden Vertreter:innen der Monopol-Partei SPD bedient man sich dieser Worthülse. Die damit einhergehenden politisch-strategischen Vorstellungen wurden dabei – wenn auch noch nicht unter diesem Begriff – schon vor langer Zeit diskutiert.

„Die Bewegung ist alles, das Endziel ist nichts“¹ – mit diesem Satz brachte der Urvater des Revisionismus, Eduard Bernstein, seinen Strategievorschlag für die frühe Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts auf den Punkt. Er verlangte, dass die Vorstellung eines notwendigen revolutionären Umsturzes verworfen und stattdessen eine evolutionäre Gesellschaftsumwälzung angestrebt werden sollte. Diese sei gerade aufgrund der immer weiter wachsenden Stärke der Arbeiter:innenklasse und der sozialdemokratischen Institutionen „über eine plurale demokratische Gegenmacht

1 | „Marxistische Arbeiterschule (MASCH), Kursus: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Die deutsche Sozialdemokratie in der Periode des Ausnahmegesetzes (1878 bis 1890), Ein Jahr der Verwirrung“, Verlag für Literatur und Politik, Wien/Berlin 1930, Reprint 1970, S. 175

qua Stimmzettel und Selbstverwaltung zu erreichen⁴². Somit könne dann eine immer weitergehende Demokratisierung und Teilhabe an der Gesellschaft durchgesetzt und dann eine soziale Ordnung aufgebaut werden. Und tatsächlich war die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt gesellschaftlich so breit verankert, hatte so viele eigene kulturelle, politische und sogar ökonomische Institutionen und vor allem eine so starke Sympathie mit dem Sozialismus geschaffen wie nie zuvor. Doch aus dem Ziel, diese eroberte Position zur Zerschlagung des Kapitals zu nutzen, wurde Anfang des 20. Jahrhunderts (spätestens ab dem Jahr 1906) mit dem Rechtsschwenk innerhalb der SPD das Vorhaben, selbst an der Machtausübung innerhalb des kapitalistischen Systems beteiligt zu sein. Der Verzicht auf die revolutionäre Machtübernahme führte nicht zum Sozialismus, sondern hinein in die Mitverwaltung des deutschen Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg.

In der Weimarer Republik ging es der sich verbürgerlichenden Sozialdemokratie dann nicht mehr um eine Emanzipation der Arbeiter:innenklasse. Sie war bereits offen auf die Seite des Erhalts und der stückweisen „Modernisierung“ der kapitalistischen Herrschaft übergegangen. So wurden die Organe der Arbeiter:innenbewegung wie die Gewerkschaften und die

in der Novemberrevolution geschaffenen Räte durch den neu geschaffenen ADGB und das Betriebsrätegesetz immer fester in das bürgerlich-demokratische System integriert. Sie wurden zu Institutionen, welche bestimmte Zugeständnisse aus einer begrenzten ökonomistisch-gewerkschaftlichen Position organisieren, ohne das System grundlegend in Frage zu stellen, und es damit sogar stabilisieren, die Zustimmung der Beherrschten zu den Maßnahmen der Herrschenden herstellen und somit die freiwillige Unterordnung der Unterdrückten garantieren. Ideologisch wurde dieser Schwenk unter dem Banner der „Wirtschaftsdemokratie“⁴³ gerechtfertigt, welche die Verstaatlichung zentraler Industriezweige innerhalb des Kapitalismus bei wachsender Mitbestimmung des ADGB vorsah. Gegen das Kapital durchgesetzt wurde dies jedoch nie.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden dann von bürgerlich-liberalen Kräften diese mittlerweile international gefestigten integrativen Institutionen als dauerhafte Notwendigkeit theoretisiert. So forderte der US-Strategen und Berater verschiedener demokratischer US-Präsidenten John Kenneth Galbraith (1908-2006) im Jahr 1952, dass staatliche Institutionen und Gewerkschaften als Gegenmacht („countervailing powers“) zu Großkonzernen fungieren müssten, sodass der

Kapitalismus als Ganzes am Leben erhalten werden könne.⁴

Ähnlich zeigte sich dies in der deutschen Gewerkschaftsdebatte. So wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von vornherein so aufgebaut, dass er Millionen Arbeiter:innen systematisch in die kapitalistische Herrschaft integrieren konnte. Die im industriell stärksten Sektor eingeführte Montanmitbestimmung wurde zum Modell der deutschen Sozialpartnerschaft, worauf schon früh die bis 1996 existierende IG Bau-Steine-Erden unter Georg Leber setzte.^{5/6}

Unter dem langjährigen Gewerkschaftsvorsitzenden Otto Brenner (1907-1972) wollte sich die IG Metall derweil mehr als gewerkschaftliche Gegenmacht auf der Linie der Wirtschaftsdemokratie, jedoch ohne umstürzlerische Absichten, verstehen.⁷ Brenner war von dem bekannten Politologen und späteren DKP-Ideologen⁸ Wolfgang Abendroth

4 | In: Galbraith, J. Kenneth (1956): American Capitalism: The Concept of Countervailing Power.

5 | Vgl. Seibring SPD Gewerkschaften 1998-2005. https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/7862435/spd_gewerkschaften_1998_2005_magisterarbeit_seibring.pdf, S. 27

6 | Bei Gewerkschaften ist der Gegenmachtbegriff schon länger in Diskussion: „Teils in Konkurrenz, teils als Ergänzung zur Sozialpartnerschaft standen und stehen innerhalb der DGB-Gewerkschaften Konzepte der »Gewerkschaft als Gegenmacht.«“ Dribbusch, Birke 2012: Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

7 | Vgl. Becker, Jens (2022): Otto Brenner: Der kämpferische Gewerkschaftsführer. In: <https://jacobin.de/artikel/otto-brenner-der-kampferische-gewerkschaftsfuehrer-igmetall-dgb-wirtschaftsdemokratie-demokratischer-sozialismus>

8 | Nach der Konstituierung der DKP gehörte Abendroth zusammen mit anderen Vertreter:innen der sogenannten Marburger Schule und DKP-nahen Wissenschaftler:innen aus anderen Städten der Bundesrepublik dem Wissenschaftlichen Beirat des in Frankfurt am Main ansässigen DKP-eigenen Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) an.

(1906-1985) beeinflusst. Einst KPD-Mitglied, später Mitglied der KPD-Opposition, wurde dieser nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem führenden Vertreter des modernen Revisionismus⁹ und zugleich einflussreicher Wegbereiter des Reformismus in den sozialen Bewegungen und Universitäten. Abendroth bezeichnete den wesentlichen Gehalt des Grundgesetzes als „die Garantie der Möglichkeit zu legaler Transformation der sozialökonomischen und soziokulturellen Basis in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft, die auch real (und nicht nur juristisch-fiktiv) wirklich allen gleiche Rechte gewährt.“¹⁰ Er theoretisierte die reformistische Illusion, den Sozialismus auf friedlichem Wege einführen zu können. Auf dieser Linie positionierte sich dann auch die 1968 unter Zustimmung des Innenministeriums neu gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie stand damit in der Tradition des modernen Revisionismus, der sich europaweit in den 60er und 70er Jahren ausgehend von der Sowjetunion durchsetzte. Stolz erklärt die DKP dazu noch heute, sie sei von Anfang an für eine „Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“ eingetreten, „die den Weg zum Sozialismus öffnen sollte. Die junge DKP

9 | Vgl. dazu bspw.: Kommunistischer Aufbau (2024): Marxismus und Revisionismus. <https://komaaufbau.org/marxismus-und-revisionismus/>

10 | Vgl. Peters, Jürgen (2006): Rede zur Eröffnung der Konferenz „Arbeiterbewegung - Wissenschaft - Demokratie. Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth“. https://www.igmetall.de/download/0017198_peters_eroeffnung_abendroth_060506_d88c2d2d0953d79e40194735354a-155c7ad89f96.pdf

2 | Stützle, Ingo (2020): Staatstheorien. In: associazione delle talpe: Staatsfragen – Einführungen in die materialistische Staatskritik. https://talpe.org/files/staatsfragen_neuaufgabe.pdf

3 | Vgl. dazu Naphali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie, <https://archive.org/details/WirtschaftsdemokratieIhrWesenWegUndZiel>

erkämpfte sich ihren Platz in den Klassenkämpfen – sie war die konsequenteste Partei der „Gegenmacht“, weil sie die Partei des Sozialismus war.¹¹ Wie genau sich die DKP diesen Prozess des revisionistischen Gegenmachtaufbaus vorstellte, findet sich auch noch in ihrem 2006 aktualisierten Programm wieder. Ziel sei es, ein starkes „Übergewicht der eigenen Seite“ zu schaffen: „Durch die Stärkung der Organisation und Kampffähigkeit der Gewerkschaften, durch betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen, durch die Aktivitäten demokratischer und sozialer Bewegungen muss Gegenmacht aufgebaut werden. (...) [Dies ermöglicht die] Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals und für die Öffnung des Weges zum Sozialismus“¹². Dadurch könne man sogar die Gegenseite an der Ausübung von Gewalt hindern.

Hier kondensiert sich am klarsten, wie wenig dieser Gegenmachtaufbau zur tatsächlichen Emanzipation der Arbeiter:innenklasse führen kann. Ob in den 20ern, den 70ern oder heute – ein friedlicher Übergang zum Sozialismus ist im Kontext einer Bourgeoisie, welche zwei Weltkriege losgetreten hat und heute wieder mit Militarisierung nach innen und außen vorgeht, reine Illusion. Wer die Frage der Revolution und damit die Machtfrage

11 | Baumann, Kurt (2022): Integration oder Gegenmacht?. <https://www.unsere-zeit.de/integration-oder-gegenmacht-170044/>

12 | Deutsche Kommunistische Partei (2006): Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, <https://dkp.de/wp-content/uploads/programm/DKP-Programm.pdf>, S. 29

durch eine Gegenmachtfrage ersetzt, hilft damit also nicht unserer Befreiung, sondern stiftet Verwirrung.¹³

Der Begriff der Gegenmacht wird heute auch als Agitationsbegriff in den „kämpferischen Sonntagsreden“ der den deutschen Imperialismus regierenden Sozialdemokratie genutzt: Beim Bundesparteitag 2009 erklärte der damalige Fraktionsvorsitzende und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (*1956): „Darum, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir Sozialdemokraten eine Gegenmacht sein und Druck organisieren: mit einer harten Opposition im Parlament, in der ganzen Gesellschaft.“¹⁴ Ein Jahr später betonte auch Sigmar Gabriel (*1959) – heute bei Rheinmetall im Aufsichtsrat: „Gegenmacht sein und um Mehrheiten kämpfen, ist für die deutsche Sozialdemokratie eine Daueraufgabe“¹⁵.

Dasselbe gilt heute noch ähnlich für den DGB und ihm angegliederte Gewerkschaften.

Zum 125-jährigen IG Metall-

13 | Diese Position fand sich in den 70er Jahren auch in den Reihen der Jusos wieder. Ziel ihrer damaligen „Doppelstrategie“ sei die „Demokratisierung aller Lebensbereiche“, welche durch „systemüberwindende Reformen“ erreicht werden sollte. Sie beinhaltet, durch sogenannte „Basisarbeit“ „Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen aufzubauen und von dort ausgehend auf die staatliche Wirtschaftspolitik einzuwirken“ und so auch die Politik der SPD zu verändern. Sie zielt auf die „Verbindung von außerparlamentarischer Mobilisierung und institutioneller Reform“ (Karsten D. Voigt). Dabei näherte man sich auch der DKP an, mit der man ein antimonopolistisches Bündnis gegen die Monopole organisieren könne (jedoch nicht mit den K-Gruppen). Vgl. Willi Dickhut, RW 18/19, S. 374

14 | https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/2009_bpt_dresden_protokoll_.pdf

15 | Redaktion Vorwärts (2010): Die Mitte ist links. <https://vorwaerts.de/parteileben/die-mitte-ist-links>

Jubiläum erklärte diese, sie verstehe sich als „politische Gegenmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, nur um kurz darauf festzustellen: „Ohne Mitbestimmung, gelebte Tarifautonomie und einen aktiven Sozialstaat wäre das politische und ökonomische ‚Erfolgsmodell Bundesrepublik‘ nicht möglich gewesen“¹⁶. Eine „Gegenmacht“ der Arbeiter:innen, welche sich dafür rühmt, zum ökonomischen Aufstieg des deutschen Imperialismus beigetragen zu haben? Das ist letztendlich die Konsequenz, wenn man in der Machtfrage immer weiter nach rechts geht, bis man im Lager der Bourgeoisie angekommen ist.

Im Gewerkschaftskontext wird der Begriff der Gegenmacht auch heute weiter diskutiert, jedoch oftmals ökonomistisch eingeengt und somit politisch noch weiter entschärft. In was für engen Bahnen dabei gedacht wird, zeigt sich auch bei den „linken“ Vertreter:innen innerhalb des DGB, wie beispielhaft bei den Autor:innen des Buchs „Gegenmacht statt Ohnmacht“¹⁷. Dort heißt es schon auf dem Buchrücken: „Es ist das Betriebsverfassungsgesetz, in dem wir Antworten (...) finden. Es legt fest, in welchem Umfang Arbeitnehmer*innen Gegenmacht aufbauen können.“ Das Betriebsver-

16 | IG Metall (2016): 125 Jahre selbstbewusste Gegenmacht. <https://www.igmetall-wob.de/meldung/ig-metall-125-jahre-selbstbewusste-gegenmacht>

17 | Isaf Gün/Benedikt Hopmann/Reinhold Niernerg (Hrsg.) (2019): Gegenmacht statt Ohnmacht – 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz: Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeigentum und Demokratisierung. <https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/gegenmacht-statt-ohnmacht/>

fassungsgesetz – gegen dessen Verabschiedung viele fortschrittliche Gewerkschafter:innen im Jahr 1952 gekämpft haben – als Rahmen für den Umfang von Gegenmacht? Schon diese Selbstbeschränkung dürfte langfristig vor allem zu Ohnmacht führen.

Ähnliches zeigt sich bei linkssozialdemokratischen Teilen im DGB, welche sich rund um den „Organizing“-Ansatz als „Revitalisierungsmethode“ für die Gewerkschaften sammeln. Hier wird sich meist auf Jane McAlevey (1964-2024) bezogen, die in Organizing-Kontexten als Gegenmacht-Koryphäe gefeiert wird. Die IG-Metall-Bundesjugendsekretärin Stefanie Holz schreibt dazu: „Nach McAlevey sind wichtige Elemente des Aufbaus echter Gegenmacht: die Nutzung inner- wie außerbetrieblicher Netzwerke der Beschäftigten, ihre Mitwirkung an der Strategieentwicklung und die direkte Teilnahme der Beschäftigten an Tarifverhandlungen. Organizing bedeutet Aufbau von systematischer Gegenmacht. Deshalb steckt im Organizing sehr viel Potenzial für die Erneuerung bzw. Modernisierung der Gewerkschaftsarbeit.“¹⁸ Auch wenn McAleveys Methodenkoffer der Arbeitskämpfe auch für Kommunist:innen interessante Ansätze enthält – was hier unter „echter Gegenmacht“ verstanden wird, ist eine aktivere

18 | Holz, Stefanie / Wilde, Florian (2020): Macht gemeinsame Sache, S.11. In: Jane Mc Alevey: Macht. gemeinsame Sache – Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie. S. 11. https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/sonstige_texte/VSA_McAlevey_Macht_Gemeinsame_Sache.pdf

Einbindung von Arbeiter:innen in den alltäglichen Zirkus der Sozialpartnerschaft und keine Strategie zur Emanzipation des Proletariats. Hier will man vielleicht eine Macht „gegen“ einzelne Entscheidungen des Unternehmers aufbauen, aber keine Macht „für“ eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Derselbe Fehler bleibt nicht nur auf den betrieblichen Bereich begrenzt. Auch wer den Aufbau von Gegenmacht auf Stadtteilpolitik, Frauenkampf, Antifaschismus oder den kulturellen Bereich reduziert – und sei es aus eigener Schwäche – theoretisiert damit die eigene Begrenzung, anstatt eine umfassende revolutionäre Strategie zu entwickeln.

Anarchosyndikalistische Gegenmacht – wenn Ideologie zur Niederlage führt

Der Aufbau von Gegenmacht wird von manchen Strömungen der politischen Linken jedoch auch als grundsätzlich antagonistisch zum Staat und seinen Strukturen verstanden – so etwa im Anarchismus. In ihrem Grundlagenwerk „Schwarze Flamme“ bringen Lucien Van den Walt (*1972) und Michael Schmidt (*1966) dies wie folgt auf den Punkt: *„Im Mittelpunkt der massenanarchistischen Tradition steht die Vorstellung, dass es notwendig sei, eine revolutionäre Volksbewegung aufzubauen – und zwar zentriert um eine revolutionäre Gegenkultur und den Aufbau von Organen der Gegen-*

*macht –, um die Grundlagen für eine neue Gesellschaftsordnung zu legen, die Kapitalismus, Grundbesitz und Staat ersetzt.“*¹⁹

Mit der „massenanarchistischen Tradition“ beziehen sie sich auf anarchistische Vordenker wie Pjotr Alexejewitsch Kropotkin. Laut Kropotkin könne die Revolution nur „eine volksnahe Bewegung“ sein, *„in der das Volk in jeder Stadt, in jedem Dorf (...) den Neuaufbau der gesellschaftlichen Organisation selbst in die Hand nimmt“*²⁰ – und durch Assoziationen ersetzt, die nach demokratischen und antihierarchischen Prinzipien funktionieren. Die Gegenmacht soll außerhalb und im Gegensatz zum Staatsapparat aufgebaut werden, und eine revolutionäre Gegenkultur soll geschaffen werden.

Eine der relevantesten Strömungen innerhalb des Anarchismus ist der Anarchosyndikalismus, der eine „revolutionäre Gegenmacht“ durch „Alltagskämpfe“²¹ aufbauen möchte, bei welchen eigene Gewerkschaften im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.²² Der betriebliche Kampf wird als Haupthebel zur Veränderung des Systems gesehen.

Wie sah das in der historischen Praxis

19 | Van der Walt, Lucien / Schmidt, Michael (2013): Schwarze Flamme – Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus Schwarze Flamme, S. 36

20 | Kropotkin, Pjotr Alexejewitsch (1903): Moderne Wissenschaft, S. 114., Zitiert nach: Lucien/Schmidt (2013): 96

21 | Lucien/Schmidt (2013): 221

22 | Lucien/Schmidt (2013): 238

aus? Eine der einflussreichsten anarchosyndikalistischen Gewerkschaften waren Anfang des 20. Jahrhunderts die Industrial Workers of the World (IWW). Sie organisierten hunderttausende Arbeiter:innen und führten große Massenstreiks in den USA durch. *„Indem wir uns industriell organisieren, bilden wir die Struktur der neuen Gesellschaft in der Schale der alten Gesellschaft“*²³ – so hatten sie ihre Strategie 1909 in der Präambel ihres Grundlagendokuments zusammengefasst. Doch wie genau die neue Gesellschaft dann zur Macht kommt, wird von den IWW umschifft und faktisch ein graduelles Wachstum der Organisierung entworfen, bei dem die soziale Revolution an die eigene Entwicklung gekoppelt wird: Indem man immer mehr Arbeiter:innen in Arbeiterkomitees organisiert, würde man dem Kapital durch den Lohnkampf immer mehr Mehrwert abknöpfen und damit ihre Macht aushöhlen. Dies müsse so weitergehen, bis die überwältigende Mehrheit der Arbeiter:innen organisiert sei und man die bereits gewachsene Kontrolle über die Industrie durch Arbeiterassoziationen nur mit einem Generalstreik in Kraft setzen müsse. Umgekehrt wurde dann auch der bewaffnete Aufstand sowie grundsätzlich „Politik“ innerhalb der Gewerkschaft abgelehnt.²⁴ Dieser Ansatz ist aus mehreren Gründen falsch:

23 | IWW (1909): One Big Union. S.30. <https://www.wobblies.org/wp-content/uploads/2017/09/OBU-A5-2014.pdf>

24 | Vgl. Persmateriaal van de groepen van internationale Communisten (1931): Der Unterschied in den Auffassungen der I.W.W. und der Rätebewegung in Deutschland. <http://aap.be/Pdf/Pressediens-GIK/PIK-1931-April.pdf>

- Die Arbeiter:innenklasse gerät eben nicht nur im Betrieb und im Kampf um den Lohn in einen Widerspruch zum System, sondern an allen Stellen, wo sie lebt und arbeitet (z. B. im Bildungssystem, am Wohnort usw.). Hinzu kommen andere Orte der Auseinandersetzung wie das Parlament, die Armee usw. Sich deshalb auf eine Gewerkschaft als einzige Organisationsform zu begrenzen, macht eine einzige relevante Organisationsform zur ausschließlichen Strategie.
- Hinzu kommt, dass der explizit anti-„politische“ Ansatz den Kampf um politische Lösungen der Klasse vernachlässigt, wobei eben gerade der Kampf gegen Krieg, Faschismus, Patriarchat usw. besondere Politisierungsmöglichkeiten bietet und mit dem ökonomischen Kampf verbunden werden muss.
- Zudem entspricht die Vorstellung von einem graduellen Aufbau von Gegenmacht einem falschen Entwicklungsverständnis. Eine Revolution wird niemals so gestaltet sein, dass man wahlweise 51% oder 100 % der Arbeiter:innenklasse für seine Position gewinnt und dann Stück für Stück in den Kommunismus hinüberwächst. Es muss stattdessen eine revolutionäre Situation vorliegen (die Herrschenden können nicht mehr wie bisher regieren; die Beherrschten wollen nicht

mehr wie bisher regiert werden; ihre Unterdrückung steigert sich massiv über das gewohnte Maß hinaus). Diese muss außerdem von den Kommunist:innen und den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiter:innenklasse genutzt werden, um die sozialistische Revolution durchzuführen.

- Zuletzt ist eine Gewerkschaft als möglichst offene und von starker Fluktuation geprägte Organisationsform für den Kampf gegen einen hochgerüsteten Gegner schlecht geeignet, da diese feste, dauerhafte, ideologisch klare und konspirative Organisationsformen auf Seiten der Revolutionär:innen notwendig macht.

Während sich die IWW also als die radikalsten Vorkämpfer:innen einer klassenlosen Gesellschaft präsentierten, landeten sie mit ihrer Politik insgesamt bei einer Art „anarchistischem Reformismus“. Dies ist ein Beispiel dafür, wie nah scheinbar entgegengesetzte Kräfte wie Anarchosyndikalist:innen und Sozialdemokrat:innen sich dann doch bei ihren verschiedenen Gegenmachtkonzepten kommen.

Letztendlich ist die Organisation dann auch an diesem Widerspruch zerbrochen, da ein Teil den Weg der Unklarheit nicht mehr weitergehen wollte. Unter dem Druck der Repression und des wachsenden Einflusses des Bolschewismus als klarer, strategisch ausgerichteter Kraft spaltete

sich die Organisation 1923. Ein Teil schloss sich der KPUSA²⁵ an und der Anarchosyndikalismus verlor in den USA stark an Einfluss.

Insgesamt war die anarchistische Bewegung weltweit im 20. Jahrhundert zwar eine politische Minderheitsströmung, jedoch in einzelnen Ländern durchaus stark präsent, etwa in Spanien.²⁶ Noch heute beziehen sich viele Anarchist:innen auf die dort erschaffene anarchistische Gegenmacht.

Hier wurde 1931 die Zweite Republik als bürgerliche Demokratie ausgerufen. Diese war von Richtungskämpfen zwischen Rechten, Liberalen, Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen und Anarchist:innen um die Ausrichtung und den weiteren Weg geprägt. Führend unter den Anarchist:innen war hier die Confederación Nacional del Trabajo (CNT), eine Föderation anarchosyndikalistischer Gewerkschaften. 1936 kam es zum Putsch rechter Militärs unter Francisco Franco (1892-1975) gegen die republikanische Regierung. Dieser führte zu landesweiten antifaschistischen Kämpfen, an denen sich auch die CNT beteiligte. Über den antifaschistischen Kampf hinaus verfolgte die CNT in ihren Hochburgen Katalonien und Andalusien das Ziel, sofort den „freien Kommunismus“

25 | Zuvor hatte die Komintern bereits intensiv um die IWW geworben. Vgl. Zinoviev, G. (1920): To the I.W.W. A Special Message from the Communist International. <https://www.marxists.org/history/international/comintern/sections/australia/iww/open-letter.htm>.

26 | Vgl. dazu „Plädoyer gegen den »Spanischen Exzeptionalismus«“ in Lucien/Schmidt (2013): 339 ff.

umzusetzen: Anarchist:innen besetzten Fabriken, kollektivierten Ländereien und errichteten Kommunen. Die notwendigen Voraussetzungen für eine Revolution, nämlich die Faschist:innen zuerst zu zerschlagen und die Macht im Staat zu erobern, wollten sie dabei „überspringen“. Auch wenn sie, dort wo sie waren, kämpften, stellten sie sich gegen den Aufbau von umfassenden und übergreifenden militärischen Organisationen für den Bürgerkrieg im ganzen Land zur Niederschlagung der Faschist:innen.²⁷ Letztendlich gewannen die Franco-Faschist:innen, errichteten eine fast vierzigjährige Diktatur und schlugen alle Projekte der anarchistischen Gegenmacht und des kommunistischen Widerstands zusammen mit der demokratischen Republik blutig nieder.

Wir können also sehen, wie die anarchosyndikalistische Variante des Gegenmachtaufbaus in der Geschichte zwar untersuchenswerte Erfahrungen im selbstorganisierten Widerstand gegen das Kapital hervorgebracht hat – jedoch aufgrund ihrer ideologischen Grenzen letztendlich dabei stehenbleibt und zur Niederlage führt.

Die grundsätzliche Ablehnung der Ausübung von „Macht“ und „Autorität“ bringt die Anarchist:innen immer wieder in Widerspruch mit der Realität. Ihre Weigerung, tatsächlich

27 | Auch die Politik der Kommunist:innen in Spanien sowie der Komintern hierzu sollte allseitig und kritisch ausgewertet werden. Dies muss jedoch an anderer Stelle geschehen.

die Macht zu erobern und einen proletarischen Staat als Übergangsgesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus aufzubauen, führt am Ende dazu, dass ihr Ziel der Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen niemals erreicht werden kann. Es fehlt an einer konsequenten Strategie, um sowohl die gegnerische Staatsmacht zu zerschlagen, als auch die Gegner:innen nach einer Revolution organisiert niederzuhalten und eine neue Gesellschaft planmäßig aufzubauen.

Die Arbeiter:innenklasse muss schon heute im Rahmen des Kampfes um die politische Macht lernen, selbstständig zu agieren, um nach der Revolution in der Lage zu sein, auch tatsächlich eine ganze Gesellschaft zu organisieren. Hierfür ist neben dem Aufbau einer zentralisierten Kampforganisation auch die Schaffung von Massenorganisationen notwendig – dort, wo die Klasse lebt und arbeitet.

Gegenmacht ohne Leninismus und proletarischen Staat?

In dem Maße, wie sich der Revisionismus in der kommunistischen Bewegung durchsetzte und auch anarchistische Strategien erfolglos blieben, stießen neue Theoretiker:innen in Debatten um den Aufbau von Gegenmacht. Diese vermischten oftmals anarchistische und marxistische Theoriefragmente und brachten diese

mit Versatzstücken des Postmodernismus zusammen. Einig waren sie sich jedoch in der Ablehnung von proletarischer Diktatur und leninistischem Parteaufbau.

Postoperaismus als radikal-demokratischer Reformismus

Ein Beispiel dafür ist die Theorie des Postoperaismus.²⁸ Exemplarisch wird diese Theorie im Buch „Empire“ von Michael Hardt (*1960) und Antonio Negri (1933-2023) dargelegt, welches im Jahr 2000 erschien. Dieses wurde von dem postmodernen Ideologen Slavoj Žižek (*1949) als „Kommunistisches Manifest des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. In diesem erklären sie, dass der Imperialismus durch das „Empire“ abgelöst worden sei, eine globale Struktur von Weltherrschaft, welche die Nationalstaaten und ihre Bedeutung überwinde. Auch die materielle Produktion und das Wertgesetz würden nicht mehr die Rolle spielen, die Marx ihnen zugewiesen hatte. Nun sei die „immaterielle“ und „kommunikative“ Arbeit zentral geworden. In diesem Zusammenhang wollen die Autoren die Verengung auf die Industriearbeiter:innen überwinden, werfen jedoch gleich den ganzen Klassenstandpunkt über Bord und sehen stattdessen eine diffuse „Multitu-

de“ als Subjekt der Veränderung. Deren Basis sei nicht ein gemeinsames objektives Klasseninteresse, sondern das gemeinsame Handeln in Bewegung. Ziel sei ein – in und durch diese Multitude zu erschaffender – erneueter Kommunismus, nicht mehr als äußere Opposition gegen ein zentrales Machtzentrum, sondern als produktive, vernetzte Kraft von unten, welche inmitten der Gesellschaft neue Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens, die sogenannten „Commons“, entwickelt. In dieser Theorie wird jedes Stück Bewegung aus sich heraus nicht nur zur Gegenmacht, sondern zum Keim einer Doppelmacht, und das explizit ohne Partei, was sich etwa in Negris Analyse der Gelbwestenbewegung (2018/2019) in Frankreich zeigt.

Bei den Gelbwesten handelte es sich um eine Massenbewegung mit einer Reihe an heftigen Protesten, welche sich zwar anhand der erhöhten Besteuerung von Diesel entzündeten, jedoch bald allgemeine Fragen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit auf die Straße brachten und sich zugleich weigerten, mit dem Staat in Verhandlungen darüber zu treten. Vier Wochen nach dem Beginn dieser Bewegung wies Negri darauf hin, dass es Organisation brauche, um weiterzukommen, aber – *„wenn wir Organisation sagen, dann meinen wir nicht die Parteiform(...). Eine autonome Multitude kann als Gegenmacht fungieren das heißt, als eine Vision, welche in der Lage ist über lange Zeit und*

schwerwiegend auf die „Regierung des Kapitals“ Druck auszuüben (...) Selbst wenn es keine Möglichkeit für die Multitude gibt an die Macht zu kommen, dann gibt es dennoch die Möglichkeit eine aufständische Bewegung offen zu halten. Diese Situation wurde früher mit dem Begriff „Doppelmacht“ beschrieben: Macht gegen Macht. Die Ereignisse in Frankreich bestätigen uns nur eins mit Sicherheit: es ist nicht länger möglich, diese Beziehung zu beenden. Die „Doppelmacht“ wird bleiben und für eine lange Zeit existieren, entweder latent oder – so wie derzeit – in seiner offenen, manifestierten Form. Die Aufgabe der Militanten wird es nun sein, neue Formen der Solidarität um neue Ziele zu schaffen, welche in der Lage sind, die „Gegenmacht“ zu füttern. Das ist der einzige Weg, wie die Multitude zur Klasse werden kann.“²⁹

Hier zeigt sich beispielhaft, wie das Konzept der Gegenmacht Verwirrung stiftet. Die politisch heterogene Bewegung der Gelbwesten, in welcher keine politische Kraft dauerhaft führend werden konnte, wird als das beschrieben, was früher die „Doppelmacht“ gewesen sei. Phasen der „Doppelmacht“ waren solche wie in Russland zwischen der Februarrevolution 1917 und der Oktoberrevolution 1917, in welcher eine Rätewacht unter dem immer stärker werdenden Einfluss der Bolschewiki bestand, welche mit dem alten Staat um die Herrschaft kämpfte. Ähnlich war es in

Deutschland rund um die Novemberrevolution 1918. Eine solche Situation lag in der Phase der Gelbwestenbewegung jedoch in keiner Weise vor. Es war ein zwar massenhafter und kämpferischer längerer Protest, der jedoch keine Aussicht auf eine grundsätzliche Machteroberung hatte, da es an einem entsprechenden Programm, einer entsprechenden Organisation sowie der Ausweitung in andere Teile der Gesellschaft und insbesondere die Betriebe mangelte. Dies wird von Negri bewusst verwischt, wenn er Gegenmacht als organisatorische Alternative zur Partei entwickelt, ohne jedoch in irgendeiner Form darzustellen, wie aus dieser Gegenmacht eine Perspektive der Machteroberung geschaffen werden soll.

Hinzu kommt: Die Phase der Doppelmacht kann – zumindest in imperialistischen Zentren – heute nicht lange anhalten. Die Frage: „Wer besiegt wen?“ drängt hier zur Entscheidung. Die Hintergründe davon sind vielfältig: Aufgrund der nationalen und internationalen Vernetzung der Wirtschaft hätten beispielsweise Werksbesetzungen und Enteignungen sofort weitreichende Auswirkungen auf den Alltag (bspw. die Lebensmittelversorgung) und sogar die Just-in-Time-Produktion in anderen Teilen der Welt. Ein revolutionärer Aufstand würde aufgrund der modernen Kommunikationsmittel innerhalb weniger Stunden im ganzen Land bekannt sein und somit eine noch schnellere Reaktion der Gegenseite verlangen, um eine

28 | Der Operaismus ist eine Strömung in der Arbeiter:innenbewegung, welche in Italien in den 70er und 80er Jahren stark war. Diese sahen sich selber als Marxist:innen, lehnten jedoch leninistische Gedanken wie das Parteikonzept ab. Das revolutionäre Subjekt sahen sie im ungelerten Fabrikarbeiter:innen.; Der Postoperaismus löste sich dann später noch weiter von Marxismus und der Arbeiter:innenklasse als revolutionärem Subjekt und der Fabrik als zentralem Kampffeld.

29 | Negri, Antonio (2018): French Insurrection, <https://www.versobooks.com/blogs/news/4158-french-insurrection>

weitere Verbreitung zu vermeiden. Der Staat organisiert heute so allumfassend das Leben seiner Bürger:innen, dass die dauerhafte Aufhebung seiner Autorität ein großes Vakuum hinterlassen würde, das schnell vollständig gefüllt werden müsste: nämlich entweder vom alten Staat oder der Arbeiter:innenmacht. Eine solche Situation lag in Frankreich jedoch zu keinem Zeitpunkt vor. Dass die Zeit rund um die Gelbwestenproteste „dauerhaft“ als Gegenmacht bestehen bleiben soll, widerspricht der tatsächlichen Entwicklung der Bewegung. Dies zeigt auf, dass es den Theoretiker:innen der „Gegenmacht“ nicht nur an klaren Analysen von Bewegungen mangelt, sondern durch ihre „Theoretisierung“ eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der Machteroberung verhindert wird. Gerade ihre dogmatische Ablehnung einer Kommunistischen Partei ist ein Kernelement dieser falschen Theorie.

Seine Ausläufer findet dieser radikal-demokratische Reformismus auch in der politischen Widerstandsbewegung in Deutschland. Beispielhaft dafür steht die "Interventionistische Linke" (IL), welche schon bei ihrer Gründung stark von den Thesen von Hardt und Negri beeinflusst war. In ihrem aktuellen Zwischenstandspapier von 2024 schreibt sie, sie wolle „um politische Hegemonie kämpfen und Gegenmacht organisieren.“³⁰ Aufgabe sei der „lang-

*fristige Aufbau außerstaatlicher, gesellschaftlicher Gegenmacht in der Verbindung von revolutionärer Organisation und sozialen Bewegungen.*³¹ Die Gegenmacht solle aufgebaut werden „für ein linkes Hegemonieprojekt mit Vergesellschaftung als zentraler Achse.“³² Ob die IL aber von der Hegemonie zur Herrschaft der Unterdrückten übergehen möchte, bleibt hier ebenso unklar wie die Frage, in welchem Verhältnis die „außerstaatliche“ Gegenmacht zu einem eigenen Staat stehen würde, der „Vergesellschaftung“ umsetzt. In der politischen Praxis dieses Gegenmachtansatzes geht es eher darum, Mehrheiten für Vergesellschaftungen unter kapitalistischen Bedingungen zu organisieren, wie sich etwa bei den von der IL beeinflussten Initiativen „DW Enteignen“ oder „RWE enteignen“ zeigt.

Was sich bei den Zielsetzungen schon vage anhört, zeigt seine politische Zahnlosigkeit spätestens dann, wenn es zur Definition von Gegenmacht kommt: „Unter Gegenmacht verstehen wir Entscheidungen und Politiken der Herrschenden unterbrechen, aber auch eigene Lösungen durchzusetzen zu können.“³³ Wollen wir nur „Politiken unterbrechen“ und „auch“ eigene Lösungen durchsetzen – oder wollen wir eine vollkommen andere Gesellschaft? Das heißt, den Herrschenden die Möglichkeit nehmen, überhaupt „Politik zu machen“, und auf unserer

30 | Interventionistische Linke (2024): Zwischenstandspapier #2: Gegenmacht aufbauen, Gelegenheiten ergreifen. https://interventionistische-linke.org/sites/default/files/il_zwischenstand_2024_text.pdf, S.1

31 | Ebd., S.16

32 | Ebd., S.15

33 | Ebd., S.18

Seite nicht „auch“, sondern „nur“ die eigenen Lösungen der Unterdrückten, nämlich den Sozialismus, in einer Revolution durchsetzen? Durch diese bewusste und interpretationsbedürftige Beliebigkeit positioniert sich die IL letztendlich innerhalb des Systems.

Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen?

Eine andere Form, der Machtfrage auszuweichen, sind Konzepte, welche versuchen, diese Frage einfach philosophisch wegzudiskutieren oder ihre Bedeutung zu leugnen. Sie wollen eine neue Welt in der alten aufzubauen, ohne sich lästige „Machtfragen“ zu stellen, und weichen letztendlich der Frage nach der Zerschlagung des gegnerischen Staats aus.

Eine solche wilde Mischung aus Revisionismus, Anarchismus und Postmodernismus vertritt John Holloway (*1947). Dieser fasste seine Herangehensweise im Titel seines 2002 erschienenen Buchs „Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen“ zusammen. „Die einzige Form, um radikale Veränderungen zu erreichen, ist nicht die Eroberung der Macht, sondern die Auflösung der Macht“, heißt es bei Holloway in seinen breit in der Antiglobalisierungsbewegung der 2000er Jahre diskutierten „Zwölf Thesen über Anti-Macht.“³⁴

Holloway geht davon aus, dass sowohl

34 | Holloway, John (2004): Zwölf Thesen über Anti-Macht. <https://www.rosalux.de/publikation/id/1921/zwoelf-thesen-ueber-anti-macht/>

parlamentarische Veränderungen als auch die sozialistischen Aufbauprojekte in Russland oder China keine Befreiung mit sich gebracht hätten, weil sie auf einen proletarischen Staat gesetzt hätten: „Das Scheitern der Gesellschaftsveränderung durch den Staat hat mit dem Wesen des Staates selbst zu tun, damit, dass der Staat nicht einfach eine neutrale Institution ist, sondern eine spezifische Form von sozialem Verhältnis, die mit der Entwicklung des Kapitalismus aufkommt. Und dass er eine Form von sozialem Verhältnis ist, die auf dem Ausschluss der Menschen von der Macht basiert, die auf der Trennung und Fragmentierung der Menschen beruht.“

Holloway verwirrt hier in der Staatsfrage maximal. Zum einen ist der Staat eine Institution, die mit der ersten Teilung der Gesellschaft in verschiedene Klassen aufgetreten ist und damit viel älter als der Kapitalismus. Zugleich ist er gerade deshalb nicht von Ewigkeit und wird mit dem Erämpfen der klassenlosen Gesellschaft abgeschafft werden.

Darüber hinaus ist es zwar richtig, dass der Staat nicht einfach „neutral“ ist, aber was bedeutet das? Er ist eben nicht einfach nur ein soziales Verhältnis, welches abstrakt „auf der Trennung der Menschen beruht“ – wie Holloway schreibt –, sondern er beruht auf konkreten Klassenverhältnissen, in welchen eine Klasse aufgrund ihrer Stellung zu den Produktionsverhältnissen den Staat zur

Unterdrückung einer anderen Klasse nutzt. Darauf baut auch der Grundgedanke des sozialistischen Staatswesens auf: Ausschluss der alten Bourgeoisie von der Herrschaft, die sie nach der Revolution wieder an sich reißen will, und „Beherrschung“ dieser durch eine Diktatur des Proletariats, eine Diktatur der Mehrheit über eine Minderheit. Eben dieser Machtfrage weicht Holloway aus.

An dieser Stelle kann natürlich eingewendet werden, dass der Weg der Diktatur des Proletariats bisher nicht „funktioniert“ habe, da der sozialistische Staat in allen bisherigen Fällen zum Geburtsort einer neuen herrschenden Klasse geworden sei, anstatt dass eine immer breitere Einbeziehung der gesamten Arbeiter:innenklasse in die Ausübung der politischen Macht stattgefunden hätte. Diese Beschreibung ist zwar historisch zutreffend, die entscheidende Frage ist jedoch, welche Schlussfolgerung man daraus zieht: Die Macht weg definieren und die Machtfrage, die sich aufgrund des Widerstands der Bourgeoisie ohnehin stellen wird, umgehen? Oder die bisherigen sozialistischen Aufbauversuche analysieren und kritisieren, Schlussfolgerungen ziehen und die Macht der Diktatur des Proletariats in Zukunft so nutzen, dass die Arbeiter:innenklasse es schafft, die Klassenverhältnisse abzubauen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Staat abstirbt. Sich diesen Schritten aber zu verweigern, bedeutet in jedem Fall, die Machtver-

hältnisse zu verewigen.

Diese Lücke in der eigenen Theorie ist Holloway durchaus bewusst. Bei ihm wird die Machtfrage insofern „gelöst“, als dass er zwischen der „*Macht des Tuns*“ einerseits und der „*Befehlsmacht des Kapitals*“ andererseits unterscheidet. Die Machtfrage wird also mit einem Taschenspielertrick wegdiskutiert: „*Wir müssen deshalb über unseren Kampf nicht als Machtkampf denken, was bedeuten würde, deren Macht zu übernehmen, sondern als Kampf, unsere Macht des Tuns aufzubauen, die unvermeidlich eine soziale Macht ist.*“³⁵ Holloway möchte also nur „*soziale Macht*“, die jedoch so vage wie seine Vorstellung der Revolution bleibt. So schreibt er: „*[Der] Weg des revolutionären Prozesses ist selbst als Frage zu verstehen, im Laufe dessen den Menschen nicht Antworten verkündet werden, sondern sie in einen Prozess der Selbstbestimmung einbezogen werden*“³⁶.

Wie soll das konkret aussehen? „*Wenn wir morgen alle im Bett bleiben, wird der Kapitalismus aufhören zu existieren*“, so Holloway. Der Kapitalismus werde nur „*gemacht*“ und man müsse darüber nachdenken, wie man aufhören könne, ihn zu „*machen*“. Bei Holloway verschwinden reale Machtstrukturen, die durch soziale Beziehungen realer Menschen gebildet werden, in einer gedanklichen Utopie,

35 | Holloway, John (2005): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, In: Kurswechsel 1/2005, S. 36

36 | Ebd.

die an Reggae-Lieder wie an das Lied, "Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin" erinnert.

Dieses utopische Element, welches faktisch das Aufstellen einer strategischen Ausrichtung ablehnt, zeigt sich abschließend in der von den Zapatistas geprägten, und vor Holloway aufgegriffenen Aussage.. „*Fragend gehen wir voran*“.³⁷

Wir haben tatsächlich keine Blaupause vor uns, keine Anleitung, der wir einfach nur folgen müssten, um den weltweiten Kommunismus zu errichten. Auch wenn es in der kommunistischen Bewegung immer wieder Tendenzen zu solchen dogmatisierenden Heilsvorstellungen gibt, haben diese mit einem dialektisch-materialistischen Herangehen nichts zu tun. Selbstverständlich gilt es, offene Fragen zu benennen und sie im Laufe des eigenen Voranschreitens auch in der Praxis zu beantworten. Doch dies, wie Holloway, auf die Spitze zu treiben und gleich jegliche bisher gefundenen Antworten mit einem Federstrich beiseite zu wischen, bringt uns keinen Schritt weiter. Es theoretisiert die Verabsolutierung der Seite der Praxis im Hier und Jetzt und verneint die Möglichkeit, aus der Vergangenheit zu lernen, auszuwerten und aufbauend auf dieser Auswertung Schritte für die Zukunft festzulegen, diese praktisch zu gehen, die eigenen Erfahrungen wieder auszuwerten, zu

37 | Holloway, John (2004): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Vortrag 2004 in Berlin

theoretisieren usw.

Was als falsche Ideen eines Professors abgetan werden könnte, entwickelt sich jedoch auch in eigenen Ausprägungen in realen Bewegungen wie die Zapatistas in Mexiko und die PKK in Kurdistan – zwei trotz verschiedener Formwechsel einflussreiche linke Organisationen.

Das Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN, dt. Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) hatte 1994 einen bewaffneten Kampf gegen den mexikanischen Staat begonnen. Nach einem kurzzeitigen Aufstand in verschiedenen mexikanischen Städten und der Ankündigung, mit 3000 Guerilleros auf Mexiko-Stadt zu marschieren, wurden die Zapatistas in den Dschungel gedrängt. Nach dem Rückzug erklärte ihr jahrelanger Sprecher Subcomandante Marcos: „*Die Übernahme der Macht? Nein, nur etwas weitaus schwierigeres: eine neue Welt.*“ In starkem Kontrast zu dieser theoretischen Ablehnung der Macht und des Staates haben die Zapatistas in blutigen Kämpfen ein Territorium erobert, in dem sie ein politisches System nach ihren Vorstellungen geschaffen haben und bis heute auf Waffen gestützt verteidigen – also de facto staatliche Strukturen. Nach einem taktischen Rückzug Ende 2023, in welchem sie ihre Strukturen weiter dezentralisiert haben, bemühen sie sich weiterhin darum, die eigenen Errungenschaften in einer Art langfristigen Koexistenz mit dem mexikanischen Staat zu

verteidigen. Dabei zeigt sich jedoch, dass dies immer schwieriger wird. Auch in Chiapas wütet der mexikanische Drogenkrieg und kann nicht aus eigener Kraft zurückgedrängt werden, sondern hängt letztlich mit einer gesamt-nationalen sozialistischen Lösung zusammen.³⁸

Der kurdische Revolutionär Abdullah Öcalan (*1949) wurde von Holloway sowie dem Anarchisten Murray Bookchin (1921-2006)³⁹ bei seiner Konzeption des „demokratischen Konföderalismus“ inspiriert⁴⁰. Diese beschreibt die Strategie der PKK bzw. ihres Dachverbands KCK, an welchen auch die in Nordostsyrien (Rojava) kämpfende PYD angegliedert ist. Öcalan vertritt in seinen Schriften die Position, dass es in der Geschichte der „Zivilisation“ immer schon einen Kampf zwischen der „staatlichen Herrschaft“ und der „demokratischen Gesellschaft“ gegeben habe. Es gelte eine eigene „demokratische Gesellschaft“ jenseits des Staates aufzubauen. Diese Vorstellung wurzelt stark in der spezifischen Geschichte der westasiatischen Gesellschaften mit ihrer mehrtausendjährigen Existenz von Stämmen, Dorfgemeinschaften usw. Tatsächlich findet man an der gesellschaftlichen Basis dort sehr viel Kontinuität, die sich gegen alle Wechsel von Kolonial-

herren, Regierungen usw. behauptet hat. Dass hier ein anderes Geschichtsbild entsteht, als in Europa, wo die Lage der arbeitenden Bevölkerung sich mit jeder sozialökonomischen Formation dramatisch verändert hat, mag nicht verwunderlich sein (ebenso wenig wie bei den Kleinbäuer:innen in Chiapas).

Doch auch für die kurdische Selbstverwaltung in Rojava gilt: Was hier faktisch stattgefunden hat, war eine Machtergreifung und der Aufbau eines neuen Staates mit ratsähnlichen Strukturen, einer bewaffneten Armee, Polizeieinheiten usw. – ob Öcalan das so nennen möchte oder nicht.

In der Praxis haben also sowohl die Zapatistas als auch die KCK die Welt zumindest in ihrer Region tatsächlich verändert – jedoch nicht durch das Wegdefinieren der Macht- und Staatsfrage, sondern indem sie die Macht übernommen und staatliche Strukturen aufgebaut haben.

Die Ideen von Negri/Hardt, Bookchin, Holloway oder Öcalan finden ihre Widerspiegelung auch in verschiedenen Strömungen und Organisationen in Deutschland, welche solche Ansätze mit dem Label Gegenmacht umschreiben. So wird der Begriff z. B. in der Klimabewegung demonstrativ genutzt. Deren radikaler Flügel bringt den falschen Ansatz mit all seinen politischen Konsequenzen denkbar offen auf den Punkt. Das Kollektiv "Ausgeco2hlt" schreibt etwa: „*Unsere Vision*

ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Herrschaft. Herrschaft verstehen wir dabei als Macht über Menschen, wohingegen der Aufbau von Gegenmacht für uns den Aufbau von individueller und organisatorischer Handlungsfähigkeit im Sinne von Macht zu Handlungen [Macht des Tuns, siehe Holloway; anm. der Autoren] bedeutet. (...) Wir teilen nicht das Bild einer plötzlichen, punktuellen und schlagartigen, alles verändernden Revolution, durch die und nach der alles gut wird. Dennoch wird es auch größere Umbrüche auf dem Weg zum guten Leben für alle geben müssen. Wir sehen die Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse als einen Prozess, durch den und in dem sich unsere zwischenmenschlichen Beziehungen, unsere Verbindungen zu ‚Natur‘ und Umwelt, unsere Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft langfristig und tiefgehend verändern. Diesen Prozess begreifen wir als den Aufbau von Gegenmacht, der unsere Macht zu einem selbstbestimmten Leben vergrößert und staatliche und wirtschaftliche Macht über unsere Leben eindämmt. Diese Gegenmacht versuchen wir im Rheinischen Braunkohlerevier aufzubauen, das für uns ein Kristallisationsort verschiedener Herrschaftsachsen ist (...), die wir als Interventionspunkte im Kampf gegen Ungerechtigkeit und als Anknüpfungspunkte für den Aufbau einer neuen Gesellschaft nutzen.“⁴¹

In diesem Zitat zeigt sich deutlich die

⁴¹ | Ausgeco2hlt (2017): Wurzeln Im Treibsand – Reflexionen und Werkzeuge von und für die Klimagerechtigkeitsbewegung, S. 13

Verwirrung, welche durch die oben genannten Theoretiker:innen in der deutschen Bewegung, aber auch anderswo gestiftet wird. Denn die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution wird faktisch geleugnet und in ein vages Stufenmodell aufgelöst. Damit wird die Frage von Macht und Herrschaft von der ökonomischen Basis, dem Kapitalismus, gelöst. Wenn die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel jedoch unangetastet bleibt, ist eine Befreiung unmöglich.

Gleichzeitig wird die eigene Praxis auf den Aufbau von Gegenmachtprojekten reduziert. Dadurch wird keine Strategie für die Befreiung der Unterdrückten entwickelt, sondern sich der Illusion hingegeben, man könne versuchen, die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse um einen herum zu ignorieren. Dies funktioniert nur so lange, bis man schließlich vom Staat plattgemacht wird, oder in eine langfristige Koexistenz mit ihm eintritt. Beides bedeutet jedoch, auf dem Weg zum Ziel einer herrschaftslosen Gesellschaft stecken zu bleiben und langfristig zurückzufallen.

Der Klassenstandpunkt wird dadurch aufgegeben und die Klasse durch diejenigen ersetzt, die sich in Bewegung setzen lassen. Damit können Proteste organisiert und größere Freiräume erkämpft werden, eine andere Gesellschaft jedoch nicht.

³⁸ | <https://www.wsws.org/en/articles/2024/01/07/rwdm-j07.html>

³⁹ | Bookchin entwickelte die Theorie eines „libertären Munizipalismus“. Öcalan studierte sein Werk „die Ökologie der Freiheit“ im Gefängnis und hielt sogar eine Briefkorrespondenz mit Bookchin.

⁴⁰ | Vgl. Öcalan, Abdullah (2004): Jenseits von Staat, Macht und Gewalt.

Gegenmacht als falsche Fährte in der revolutionären Bewegung

Nachdem wir verschiedene evolutionäre Gegenmachtauffassungen betrachtet haben (wobei einige bis in das revolutionäre Lager hineinwirken), wollen wir uns nun Kräften aus dem revolutionären und kommunistischen Lager zuwenden, die sich positiv auf diesen Begriff beziehen und unterschiedliche Konzepte dazu entwickelt haben.

Der Gegenmachtbegriff findet sich weder bei den klassischen kommunistischen Vordenker:innen, noch bei den kommunistischen Organisationen der 20er und 30er Jahre.⁴² In der revolutionären Bewegung taucht er prominent erst ab den 60er und 70er Jahre auf, und zwar vor allem im Zusammenhang mit den verschiedenen bewaffneten Stadtguerillaorganisationen. So erklärte die erste Generation der *Roten Armee Fraktion*: „Es ist notwendig, die Politik der alten Linken zu kritisieren, denn wie sie auf der einen Seite exemplarisch zeigt, dass es in der Epoche des imperialistischen Weltsystems absolut unmöglich ist, proletarische Politik zu machen, ohne sich zu bewaffnen, Führung des Klassenkampfes zu sein, ohne Offensiv-

positionen der Klasse zu erobern, die Subjektivität der Klasse zu konstituieren, ohne die proletarische Gegenmacht aufzubauen – dass es unmöglich ist, das Kapital zu bekämpfen, ohne sein Antagonismus zu sein.“⁴³ Die grundsätzliche Abgrenzung der RAF zur „Alten Linken“ – das heißt beispielsweise zur revisionistisch erstarrten KPD, die später zur DKP wurde, und deren Legalismus war politisch wichtig. Dabei schoss sie jedoch „links“ über das Ziel hinaus. So warf sie beispielsweise der Dritten Internationale „Verrat“ sowie der KPD die „Unfähigkeit“ vor, „zu einer an der proletarischen Revolution/Eroberung der politischen Macht durch bewaffneten Kampf orientierten Politik zu kommen, die im Proletariat Klassenidentität und revolutionäre Energie hätte entwickeln können“.⁴⁴ Zwar war die KPD auf militärischem Gebiet tatsächlich in den 20er und 30er Jahren nicht stark genug für den bewaffneten Umsturz, die Begrenzung der Kritik auf ihre Militärpolitik ist jedoch einseitig. Vielmehr geht es doch damals wie heute um die Frage, wie es gelingt, alle Kampfformen so im Zusammenspiel einzusetzen, dass der Klassenkampf hin zu einer Revolution der Arbeiter:innen höher entwickelt wird.

Die RAF lies sich jedoch von der

43 | Rote Armee Fraktion (1976): Erklärung zur Sache: Geschichte der BRD. In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 1. Auflage Köln Oktober 1987

44 | „Spiegel-Interview“. In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 1. Auflage Köln Oktober 1987

sogenannten Fokustheorie leiten. Diese von lateinamerikanischen Revolutionären wie Che Guevara (1928-1967) und Carlos Marighella (1911-1969)⁴⁵ geprägte Revolutionsstrategie geht davon aus, dass ein kleiner Kern (im Spanischen „foco“) aus Revolutionär:innen durch bewaffnete Aktionen einen „Funken schlagen“ kann, der dann von den unterdrückten Massen, der „ausgedorrten Steppe“ aufgegriffen wird und diese zum revolutionären Aufstand anstachelt, da sie sehen, dass der Staat schwach ist und Aktionen gegen ihn möglich sind. Das Problem daran ist jedoch, dass sich auf solche „spontane Art“ eben kein dauerhaftes revolutionäres Klassenbewusstsein bildet. Somit tendiert diese Herangehensweise dazu, dass sich der "foco" in ein Duell mit dem Staat begibt. Dieses muss jedoch zu Ungunsten der Revolutionär:innen ausgehen, da es der revolutionären Seite zunächst an der bewussten Klasse fehlt, welche in den Kampf zieht. Auch die Frage des Vorliegens einer revolutionären Situation wird hier außer Acht gelassen. Bevor diese Niederlage eintritt, verengt der "foco" jedoch seine Sichtweise auf die Frage, wer das revolutionären Subjekt ist, immer weiter auf sich selbst. Dieser Prozess vollzog sich so auch bei der RAF, die im Laufe ihres Kampfs den Aufbau „proletarischer Gegenmacht“ immer stärker mit sich selbst identifizierte: „Solange die Massen nicht den Bruch mit dem Ka-

45 | Marighella veröffentlichte 1970 das Minihandbuch des Stadtguerillero welches eine kondensierte Zusammenfassung des Konzept Stadtguerilla umfasst.

pitalverhältnis, also dem Staat, vollzogen haben, sie Objekt des Kapitals sind, ihre Identität also vom Staat bestimmt, verstaatlicht ist, [ist es so,] dass sie den Bruch aber nur als bewusstes Subjekt des Prozesses des Aufbaus revolutionärer Gegenmacht vollziehen werden – das heißt: bewaffnet –, mobilisiert durch die Vermittlung der bewaffneten Aktion der Avantgarde, unserer Aktion, und zur Identität mit uns kommen werden: zu bewaffneter proletarischer Politik.“⁴⁶ In dieser Auffassung wird das revolutionäre Subjekt der Arbeiter:innenklasse zwar nicht komplett wegdefiniert, jedoch faktisch durch die Stadtguerilla als überzeugten Kern ersetzt, welche durch ihre eigene Existenz Gegenmacht verwirklicht sieht. Tatsächlich konnte jedoch eine weitgehende Isolation von der Klasse durch die Repression des Staats hergestellt werden.

Während im Reformismus auch jeder kleinste Widerstand einer Bewegung gegen das Kapital schon Gegenmacht ist, wird bei der RAF die bewaffnete Aktion zum einzigen Weg, wie Gegenmacht konstituiert wird – und zwar durch das kämpfende Individuum. Dabei zeigen sich auch die Einflüsse des Existenzialismus, einer philosophischen Strömung, welche in der Studierendenbewegung der 60er und 70er durch Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre (1905-1980),

46 | Rote Armee Fraktion (1976): Erklärung zur Sache: Geschichte der BRD. In: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 1. Auflage Köln Oktober 1987

Simone de Beauvoir (1908-1986) oder Albert Camus (1913-1960) einflussreich war. Der Existenzialismus geht davon aus, dass es keine abstrakte „menschliche Natur“ oder Vorherbestimmung gebe, sondern der Mensch frei seine eigenen Handlungen bestimmen müsse und sich dadurch selbst definiere. Eine materialistische Sichtweise, welche Produktions- und Klassenverhältnisse als Rahmen für Entscheidungsmöglichkeiten versteht, die selbst jedoch nicht einfach nur aufgrund des eigenen „Willens“ verändert werden können,⁴⁷ fehlt bei dieser subjektiv-idealistischen Auffassung. Bei der RAF zeigten sich diese Einflüsse in der Form eines „militanten Existenzialismus“ (Camus: „Ich revoltiere, also sind wir“⁴⁸), der letztendlich einem voluntaristisch-idealistischen Revolutionsverständnis entspringt. Dieses prägte die RAF während der gesamten Zeit ihrer Existenz trotz ihres revolutionären Enthusiasmus und Einsatzgeist für die Unterdrückten.

Positive Bezugspunkte zur Gegenmacht bestanden aber nicht nur bei der RAF. Ähnlich findet sich der Begriff auch bei dem stärker an den Autonomen orientierten Revolutionären Zellen, der 1975 – um einiges bescheidener als die RAF – schrieb: *„Was wir wollen, ist Gegenmacht in*

*kleinen Kernen zu organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, ein Teil von der politischen Massenarbeit sind.“*⁴⁹ Auch bei Stadtguerillagruppen in anderen Ländern wurde der Begriff der Gegenmacht genutzt, so etwa bei den *Brigatte Rossi* in Italien. Bei ihnen heißt es etwa: *„Keine revolutionäre Bewegung, die um die Macht kämpft, kann dem Zusammenstoß begegnen, ohne in der Lage zu sein, zwei grundsätzliche Bedingungen zu schaffen: 1. sich mit der Macht auf allen Ebenen zu messen und zu zeigen, dass man in der Lage ist, bei diesem Niveau der Auseinandersetzungen zu überleben; 2. in den Fabriken und proletarischen Stadtteilen eine Gegenmacht entstehen zu lassen“*.

Dies wurde später von ehemaligen Militanten der Bewegung als problematisch ausgewertet, wobei sie sich in ihrer Analyse nicht nur auf ihre eigene Bewegung begrenzten. So kritisierten Aktive der bewaffneten Bewegung in einer rückblickenden Analyse, *„Gegenmacht“*, sei *„ein Begriff, der sich in allen geschichtlichen Erfahrungen als inkonsistent und kraftlos erwiesen hat und die Klasse in ein defensivistisches Verhalten gezogen hat, dessen Schicksal die Niederlage ist oder das in anderen Fällen vom Kompromiss zu Kompromiss geführt hat, zu Formen der Wiedergewinnung für den institutionalisierten Reformismus wie zum Beispiel der Weg der ZapatistInnen*

49 | Revolutionärer Zorn (1975): Revolutionärer Zorn Ausgabe 1 (Mai 75)

*in Mexiko. Oder sie suchten nach neuen revolutionären Ansätzen (in Anbetracht der Abwege der sozialistischen Länder), gerieten aber schnell auf unsichere Pfade, wo der Eklektizismus, das Abenteuerertum und der Konfusionismus sie schließlich zur Kapitulation führte und diese war sehr wohl „total“.*⁵⁰

Gegenmacht durch Hegemonie in der politischen Widerstandsbewegung?

Die Diskussionen der RAF, der *Brigatte Rossi* und weiterer Stadtguerillagruppen beeinflussten trotz ihres Niedergangs weiterhin ernsthafte revolutionäre Kräfte, welche die Kerngedanken daraus zu einem politischen Konzept ausgebaut und weiterentwickelt haben. Einen jüngeren organisatorischen Ausdruck fand dies nach 1990 im deutschsprachigen Raum in der Schweiz. Hier schlossen sich mehrere Gruppierungen im Jahr 1992 zum *Revolutionären Aufbau Schweiz* zusammen.⁵¹ Diese Organisation sowie spätere von ihr inspirierte Projekte in Deutschland sollten in der Folge zentrale Fragen des revolutionären Aufbauprozesses in den imperialistischen Zentren aufwerfen – von der Frage des Aufbaukonzepts (*„Wie können*

50 | In: Kommunistische Revolutionäre (2012): Ansätze des revolutionären Aufbruchs in Italien. <https://www.gefangenen.info/3607/die-fruehlingskampagne-die-operation-moro/>

51 | „Durch den Zusammenschluss dreier vorbestehender Gruppierungen (KGI, MarLen und RGA) sowie der Sammlung von im Migrationsbereich aktiven GenossInnen zum neu gegründeten Migrationskomitee war der Revolutionäre Aufbau gegründet, auch wenn es keinen formellen Gründungsakt mit genauem Datum gab.“

wir Revolutionär:innen bilden, eine Organisation schaffen und mehr werden?“) über die Methoden der Massenarbeit (*„Wann und wie können wir den Sozialismus mit der Arbeiter:innenbewegung verbinden?“*) bis zur Rolle der revolutionären Gewalt. Die dabei verfolgte Herangehensweise zum Aufbau einer revolutionären Organisation durch diese Strömung fand ebenfalls unter dem Motto des Aufbaus von Gegenmacht statt. Da der Aufbau Schweiz eine Struktur im deutschsprachigen Raum ist, welche ihre Gedanken dazu verhältnismäßig ausführlich entwickelt, theoretisiert und schriftlich dargelegt hat, wollen wir uns dieses Beispiel anhand seiner Veröffentlichungen und eigenen Auswertungen exemplarisch anschauen. Gerade weil diese Genoss:innen und auch andere Kräfte, welche ähnliche Auffassungen vertreten, innerhalb der revolutionären und kommunistischen Bewegung immer wieder zu den in der Praxis am meisten vorantreibenden Kräften einer kämpferischen Straßenpraxis gehören, wollen wir eine solidarisch-kritische Auseinandersetzung zur Strategie und Taktik im Klassenkampf führen, um somit einen Beitrag zur Klärung von zentralen Fragen der Bewegung zu leisten.

Überlebenstaktik und „Primat der Praxis“

Die Ausgangsposition zur Zeit seiner Gründung Anfang der 90er Jahre fasst der Aufbau Schweiz 2012 im Text *„20 Jahre Revolutionärer Aufbau“* so

47 | Vgl. dazu Marx, Karl (1852): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorfindenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“

48 | Camus, Albert (1951): Der Mensch in der Revolte.

zusammen: „Nach der umfassenden Krise der revolutionären Linken in den Metropolen, des kontinuierlichen Verlustes des revolutionären Charakters der Befreiungskämpfe im Trikont und insbesondere auch nach dem Ende des Revisionismus 1989 ging es zuallererst darum, an der kommunistischen Alternative zum Kapitalismus festzuhalten“. Es sei zudem notwendig gewesen, auf Basis der bisherigen Erfahrungen die neue geschichtliche Etappe zu erkennen, nämlich dass „der Übergang vom Imperialismus zum Sozialismus (...) eine Frage von Jahrhunderten, Generationen und mehreren Anläufen sein [wird], nicht zuletzt wegen der enormen Zunahme an gesellschaftlicher Komplexität.“ Dadurch falle auf der subjektiven Seite der „Kontinuität, sprich dem politischen Reproduktionsprozess“, die „entscheidende Bedeutung“ zu.

Auf Basis dieser Einschätzung einer umfassenden strategischen Defensive der revolutionären Seite entwickelte die Organisation ein Vorgehen, welches man als „Überlebens-Taktik“ bezeichnen könnte. Es gäbe nun die Notwendigkeit eines schrittweisen organisierten Aufbauprozesses, um die neu entstehenden Keime revolutionären Bewusstseins zu sammeln: „An der Fähigkeit zur Reproduktion der revolutionären Kräfte misst sich gegenwärtig der Erfolg oder Misserfolg des revolutionären Prozesses.“⁵²

52 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2012): 20 Jahre revolutionärer Aufbau, S.9-11

Zur Frage des Parteaufbaus erklärte der Aufbau Schweiz, diese als Organisation nicht selbst und direkt angehen zu wollen. Zwar ging man grundsätzlich davon aus, dass die proletarische Revolution „nur unter der Führung der kommunistischen Partei“ erfolgreich durchgeführt werden könne. Man selbst verstehe sich jedoch nicht als eine „partei-aufbauende Struktur“, sondern als eine „Massenorganisation, die mit ihrer Theorie und Praxis mit-hilft, die Voraussetzungen zur Wiedergründung einer Kommunistischen Partei zu schaffen.“ Wie der weitere Weg in diesem Aufbauprozess aussehen sollte – darauf wollte man sich jedoch bewusst nicht festlegen.

Stattdessen wird in einer Antwort⁵³ auf die Kritik einer trotzkistischen Splittergruppe das „Primat der Praxis“⁵⁴ als eigene Herangehensweise herausgestellt: „Die Parteifrage ist für uns weniger eine theoretische als eine praktische Frage: Welche gesellschaftlichen Bedingungen müssen gegeben sein, dass ein Gründungsprozess einer Partei mehr ist als die Kopfgeburt einiger fähiger und gutwilliger GenossInnen? Welchen Charakter muss sie haben, um als führende Kraft eine relevante Anerkennung und Überlebenschance zu haben? Diese Fragen können nicht in einem theoretischen

53 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2011): Zur Kritik der RSO am revolutionären Aufbau. <https://www.aufbau.org/2011/01/25/zur-kritik-der-rso-am-revolutionn-aufbau-2/>

54 | Dieses „Primat der Praxis“ bildet auch den Kern der eigenen Schulungsarbeit und entspringt den Einflüssen der Stadtguerilla Bewegung auf die Organisation. Vgl. „Schulung und politische Formierung“ (2012) in: Revolutionärer Aufbau Schweiz (2012): 20 Jahre revolutionärer Aufbau, S. 7

Diskurs gelöst werden.“⁵⁵ Damit wurde zwar einem theoretischen Schematismus, welcher mit historischen Erfahrungen wie mit einem Kochrezept arbeiten will, ein Riegel vorgeschoben. Doch zugleich kam darin eine gewisse Geringschätzung der theoretischen Untersuchung vergangener Aufbaukonzepte und Parteaufbauversuche sowie der Theoretisierung der heutigen beschränkten revolutionären Aufbauerfahrungen (inklusive der eigenen) zum Ausdruck.

Auch wurde die Vereinheitlichung innerhalb der kommunistischen Bewegung und der eigenen Organisationen in die Zukunft verschoben. Man wolle „keine so strenge „Einheitsmeinung“ vertreten, wie das eine Partei tun müsste“. Man sehe darin sogar die eigene Stärke.⁵⁶ Dringlicher als „theoretische[n] Fachdiskussionen“ etwa über den Sieg der Bürokratie in der Sowjetunion „erscheint es uns die Klasse in jenen wenigen gegebenen Kämpfen, zu begleiten, den Kampf anzuspornen und die Klasse überhaupt zum Kampf zu befähigen – wo dies möglich ist. Und besonders darum, ein minimales Bewusstsein darüber am Leben zu erhalten, dass der Kapitalismus nicht naturgegeben ist und die kommunistische Idee am Leben zu erhalten.“⁵⁷

55 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2011): Zur Kritik der RSO am revolutionären Aufbau. <https://www.aufbau.org/2011/01/25/zur-kritik-der-rso-am-revolutionn-aufbau-2/>

56 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2011): Zur Kritik der RSO am revolutionären Aufbau. <https://www.aufbau.org/2011/01/25/zur-kritik-der-rso-am-revolutionn-aufbau-2/>

57 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2011): Zur Kritik der RSO am revolutionären Aufbau. <https://www.aufbau.org/2011/01/25/zur-kritik-der-rso-am-revolutionn-aufbau-2/>

Damit wurde die theoretische Debatte zwar nicht verneint, jedoch de facto der praktischen Massennarbeit gegenübergestellt. In der richtigen Abgrenzung gegenüber einer rückwärtsgewandten und dogmatischen Diskussionskultur über theoretische Fragen sowie der Negativerfahrung von Theoriezirkeln der Vergangenheit, die sich als „die Partei“ verstanden hatten, schlug man mit einer Überbetonung des „Primats der Praxis“ im Verhältnis von Theorie und Praxis nun ins Gegenteil um.

Man theoretisierte damit letztendlich eine Tendenz zum Spontaneismus im revolutionären Aufbauprozess sowie ein fast schon gesetzmäßiges langsames Wachstum. Es wird eine langandauernde Phase vorhergesagt, in der es im Wesentlichen um die Reproduktion der eigenen Kräfte gehe. Deshalb solle man möglichst „breit“ Genoss:innen sammeln, um sich nicht in falscher Abgrenzung zu verrennen, und somit die Organisation als revolutionäre Sammlungsbewegung unter der Hegemonie des Kommunismus in seiner allgemeinsten Form begründen. Um bestimmte Schritte in Fragen des Parteaufbaus sowie der Beantwortung offener theoretischer Fragen zu gehen, benötige es letztendlich eine Veränderung der objektiven Seite der Arbeiter:innenbewegung, also einer proletarischen Massenbewegung. Dadurch überlässt man die Aufgabe, den Aufbauprozess gezielt anzuleiten und höher zu entwickeln, tendenziell der Spontanität der einzelnen „Praxen“

sowie dem Warten auf die Veränderung der objektiven Bedingungen.

Die kommunistische Bewegung war nach 1990 jedoch nicht von der Aufgabe der theoretischen Arbeit befreit. Ebenso wie sich Kämpfer:innen nicht im luftleeren Raum entwickeln können, können sich auch Theoretiker:innen der Revolution nicht entwickeln, ohne sich praktisch und als integrierter Teil eines Aufbauprozesses mit theoretischer Arbeit zu beschäftigen. Vor der kommunistischen Bewegung nach 1990 standen eine Reihe an zentralen offenen theoretischen Fragen: Vom Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion über die Frage der marxistischen Psychologie und Persönlichkeitsentwicklung im imperialistischen Zentrum hin zur Frage einer modernen Imperialismus- und Klassenanalyse. Aspekte dieser Fragen wurden in der Folge immer wieder in der eigenen Zeitung *Aufbau* sowie in weiteren Publikationen wie der *Subversion* aufgeworfen. Mit ausführlichen Publikationen hielt sich die Organisation jedoch zurück. Der Schwerpunkt sollte stattdessen der praktische „*Aufbau revolutionärer Gegenmacht*“ sein.

Gegenmacht und politische Widerstandsbewegung

Als zentrale Aufgabe setzt sich die Organisation in ihrer *Politischen Plattform* von 2007, die Perspektive der „*Eroberung der politischen Macht*

durch das Proletariat (...) über den Aufbau von revolutionärer Gegenmacht in der täglichen politischen Praxis sichtbar und fassbar“ zu machen.⁵⁸

Daran anschließend formulierte der *Aufbau Schweiz* präzise eine nicht-ökonomistische Verbindung von Tageskampf und Revolution: „*Der proletarische Klassenstandpunkt bildet die Grundlage kommunistischer Politik, die von konkreten Tageskämpfen der Klasse oder gesellschaftlichen Brennpunkten ausgeht, deren über die Tagesaktualität hinausgehenden fortschrittlichen Inhalte herausarbeitet und in den Kampf für den Kommunismus einbettet.*“⁵⁹

Welche Rolle dabei jedoch nun die Gegenmacht spielen sollte und was darunter verstanden wird, blieb im eigenen Grundlagendokument offen. 2010 beschrieb die Organisation in ihrer Zeitung *Aufbau*: „*Im Mittelpunkt unserer Strategie stehen die Entwicklung und Umsetzung konkreter Formen von Gegenmacht, d.h. Handlungsweisen, welche den kapitalistischen Alltag mit seinen Unterdrückungsverhältnissen, Werten und Gesetzen durchbrechen.*“⁶⁰ Dabei sei insbesondere der „*Kampf auf der Straße (...) der zentrale Ort, wo die verschiedenen Stränge des Klassenkampfes zusammen kommen*“⁶¹ und deshalb zentrale

58 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2007): Politische Plattform, S. 8

59 | ebd.

60 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2010): Warum hat der Kampf um und auf der Straße strategische Bedeutung?

61 | ebd.

Achse der Praxis des *Aufbau Schweiz*. Eine Stärkung in diesem Bereich würde auch Positionen an anderen Orten des Klassenkampfes wie Betrieb, Uni oder Schulen, stärken. Letztlich wird somit gerade die militante Auseinandersetzung auf der Straße als Hebel gesehen, nicht nur um Klassenbewusstsein zu schaffen, sondern auch um den Klassenkampf an weiteren Orten, wo die Klasse lebt und arbeitet, zu verbreitern.

Klar ist: Um führend zu sein, müssen Kommunist:innen alle Kampf- und Organisationsformen meistern. Sie dürfen der Arbeiter:innenklasse nicht hinterhertraben, weder inhaltlich noch praktisch. Dort, wo diese massenhaft unter Tageslosungen auf die Straße geht, gilt es, Formen zu finden, wie Hunderte und Tausende organisiert und dem Sozialismus im weiteren Kampf nahegebracht werden können. Auch dort, wo sich Teile der Klasse in den direkten Kampf mit der Polizei begeben, etwa bei der Blockade von faschistischen Aufmärschen, im direkten Kampf gegen Faschist:innen im Viertel, Arbeiter:innenstreiks oder im Kampf für internationale Solidarität, müssen Kommunist:innen führend und vorantreibend sein, ja selber auch diese Kämpfe initiieren. Dafür müssen sie selbst nicht nur willens, sondern auch praktisch fähig sein, diesen Kampf zu führen, und müssen dementsprechend selber zuvor darin Erfahrung sammeln. Den Kampf um die Straße jedoch zu dem „zentralen Ort“ zu deklarieren, über-

betont dieses Kampfmittel und diesen „Ort“, da somit die Ausübung revolutionärer Gewalt auf Demonstrationen oder Ähnlichem zum einzigen Ankerpunkt der eigenen Klassenkampfpraxis wird – die aber viel breiter und tiefer sein muss. Hier zeigen sich zentrale theoretische Elemente der Fokustheorie, die versucht werden, in diesem Konzept zu verarbeiten.

Hintergrund dessen ist auch, dass der eigene Bezugspunkt zwar theoretisch gesprochen immer noch die gesamte Arbeiter:innenklasse bleibt, praktisch spielt jedoch die „politische Widerstandsbewegung“ die zentrale Rolle und wird somit zum Subjekt dieses Gegenmachtkonzepts.

Grundlage der eigenen Politik ist dabei die Analyse, dass das politische Bewusstsein heute in zwei wichtigen Sektoren geschaffen werden müsse, nämlich der Arbeiter:innenbewegung und der in den 70er Jahren entstandenen politischen Widerstandsbewegung – wobei letztere die wichtigste Rolle in der aktuellen Aufbauphase einnehme. Historisch sei der Betrieb der zentrale Ort gewesen, in dem Bewusstsein geschaffen worden sei. Dieser habe nach wie vor strategische Bedeutung. Bei der Arbeit in der Arbeiter:innenbewegung wolle man in Abgrenzung zu den K-Gruppen („*Parteien mit doktrinärer marxistisch-leninistischer Ideologie*“)⁶² jedoch keine eigenen Mitglieder in

62 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2007): Politische Plattform, S.10

die Betriebe schicken. Ganz nach dem „Primat der Praxis“ wolle man betrieblich vor allem von außen unterstützen: „Wir intervenieren hauptsächlich dort, wo sich schon etwas bewegt“⁶³. Hier zeigt sich auch eine Parallelität zum Konzept der "Interventionistischen Linken", welche ebenfalls ihre politische Praxis am Zyklus politischer Bewegungen orientiert.

Eine Besonderheit dieses Gegenmachtkonzepts ist also die zentrale Rolle der politischen Widerstandsbewegung – und deren Ausdruck auf der Straße – im eigenen Aufbauprozess. Der Begriff der politischen Widerstandsbewegung (PWB), der heute breiten Einzug in das Vokabular der marxistischen Linken gehalten hat, wurde unter anderem vom Aufbau Schweiz popularisiert. Demnach seien aufgrund der zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeiter:innenklasse und den konkreten Kämpfen seit der 1968er Bewegung eine Reihe an eigenständigen Teilbereichskämpfen entstanden, welche sich gegen einzelne Symptome des Kapitalismus/Imperialismus wenden: Die Ökologie-Bewegung, die antimilitaristische- und Friedensbewegung, die antifaschistische Bewegung, Antirepressionsbewegungen, die neue Frauenbewegung usw. Diese Bewegungen behandeln sowohl Lebensbedingungen des Proletariats als auch des Kleinbürger:inntums und seien somit meist klassenübergreifend. In

diesen Teilbereichskämpfen entstünden politisches Bewusstsein und politische Kollektive innerhalb der Bewegung – und zwar öfter als über den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit.⁶⁴

Tatsächlich ist aufgrund der Schwäche der kommunistischen Bewegung nach 1945 die Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf innerhalb der Betriebe immer stärker geworden und der Einfluss revolutionärer Positionen auf (ältere) Arbeiter:innen innerhalb der Betriebe wurde immer geringer.

Dagegen waren diese revolutionären Einflüsse in den seit den 1970ern entstandenen und viel von jungen Menschen geprägten „neuen sozialen Bewegungen“ durch die Vorbilder der chinesischen Kulturrevolution, des vietnamesischen Widerstands und des Guevarismus aus Lateinamerika stärker. Zugleich mangelte es hier (und bis heute) an einer starken kommunistischen Partei und somit standen die verschiedenen klassenübergreifenden „Teilbereichsbewegungen“ im Wesentlichen unter bürgerlicher Führung. Das heißt ihre Existenz als von der Arbeiter:innenbewegung getrenntes Phänomen rührte nicht nur von objektiven (wo

64 | „Die Politisierung von derjenigen, die sich revolutionär organisieren, geschieht heute selten über den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es sind Themen wie Rassismus oder Sexismus, die globalen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus oder die Fragen der staatlichen Repression, welche bewegen.“ In: „Gemeinsam sind wir stärker – revolutionäre Praxis heute“, Aufbau 89. <https://www.aufbau.org/2017/04/30/gemeinsam-sind-wir-staerker-revolutionaere-praxis-heute/>

die Ausdifferenzierung der Klasse sicherlich ihren Anteil hatte), sondern insbesondere von subjektiven Faktoren her.

Doch gerade dieser Aspekt wird vom Aufbau Schweiz nicht thematisiert. Im Gegenteil macht er aus der „Not eine Tugend“ und verewigt die Existenz der politischen Widerstandsbewegung in der eigenen Herangehensweise. Es wird versucht, irgendwie mit der Logik der politischen Widerstandsbewegung einen Umgang zu finden. Es wird davon ausgegangen, dass, wenn einmal anhand eines Themas politisches Bewusstsein entstanden sei, es bei einem Teil der politischen Widerstandsbewegung auch „zur Politisierung über dieses Thema hinaus“ und zur „Verknüpfung verschiedener Gebiete des Widerstands“ käme. Damit einher gehe eine größere Selbstverständlichkeit, das „staatliche Gewaltmonopol zu durchbrechen“, wodurch es zu einer „authentischen, antikapitalistischen Stoßrichtung von Teilen der PWB“ käme. Der Aufbau Schweiz will hier zum „Orientierungspunkt für eine Klassenposition und eine kommunistische Perspektive innerhalb der PWB“ werden. Jedoch könnten weder die PWB noch die Bewegung in den Betrieben von sich aus eine kohärente Theorie und Strategie entwickeln. Man sehe es deshalb als die eigene Aufgabe, „die Verbindung zwischen Kampf in der PWB und Arbeitskämpfen in Form und Inhalt zu stärken“. Diese aus der Phase einer umfassenden Defensive geborene

Aufbaustrategie kann damit wohlwollend als eine Art „Umweg“ hin zur Klasse bezeichnet werden. Der Aufbau Schweiz stellt jedoch fest, dass fast alle eigenen Genossinnen „über die PWB zu uns stiessen und stossen“ und schlussfolgert daraus: „Die PWB ist also nach wie vor unser wichtigstes Agitations- und Kampffeld.“

Zusammengefasst setzt sich die Organisation also als Hauptziel der eigenen Arbeit, selbst eine Hegemonie in der politischen Widerstandsbewegung zu erringen. Schwerpunkt der eigenen Verankerungsarbeit ist also nicht die Arbeiter:innenklasse als Ganze, sondern die bereits in Bewegung geratene klassenübergreifende PWB und die Stärkung dieser. Geschehen soll die Organisierung mit einer „differenzierten Organisationsstruktur“, die der „konkreten Entwicklung des Klassenbewusstseins“⁶⁵ gerecht werde: Für die verschiedenen Teilbereiche („Klassenkampf“, „Antifa“, „Frauenkampf“ usw.) werden eigene Strukturen geschaffen, um in den jeweiligen politischen Widerstandsbewegungen einen kommunistischen Pol aufzubauen. Zusammengeführt werden sollen diese Kämpfe dann durch die revolutionäre Organisation selbst.

Mit dieser „Teilbereichsorganisierung“ bricht die Aufbau Schweiz bewusst mit der bisherigen Organisationsweise kommunistischer Organisationen, die sich fundamental nach

65 | Revolutionärer Aufbau Schweiz (2007): Politische Plattform, S. 9

den Orten, an denen die Klasse lebt und arbeitet, strukturiert – spricht: durch Straßen- und Betriebszellen, Zellen in den Schulen und Universitäten. Dies ist auch insofern konsequent, da sie davon ausgeht, dass die PWB die Hauptquelle der „Reproduktion der revolutionären Kräfte“ sei und die Straße als Hauptaktionsfeld der PWB die „zentrale Achse“ der eigenen Praxis.

Die strategischen Probleme des Gegenmachtkonzepts

Das hier knapp dargestellte Gegenmachtkonzept möchte verschiedene Fallstricke der bisherigen kommunistischen Erfahrungen vermeiden und zugleich eine aktuelle Antwort auf neue Entwicklungen geben, schlägt dabei jedoch in eine falsche Richtung um und birgt langfristig die Gefahr, in einer Sackgasse zu landen.

Diese besteht im Wesentlichen darin, dass der Aufbau einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung und einer kommunistischen Partei und damit der Kampf um die Hegemonie in der Arbeiter:innenklasse durch den Kampf um die Hegemonie in der politischen Widerstandsbewegung ersetzt wird. Zwar gibt es bei diesem Gegenmachtkonzept immer wieder einen klaren Klassenbezug, doch der „Umweg“ über die politische Widerstandsbewegung bringt es letztendlich mit sich, die Arbeiter:innenklasse langfristig durch die PWB als revolutionäres Subjekt zu ersetzen. Diese

Problematik zeigt sich in mehreren Facetten.

Professionalisierung der PWB statt systematischer Aufbau einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung

Die Arbeiter:innenklasse hat sich seit den 70er Jahren stark ausdifferenziert. Das führt dazu, dass diese sich in teilweise sehr unterschiedlichen „Lebensweisen“ bewegt, die Frage der eigenen „Individualität“ und „Identität“ mehr in den Vordergrund rückt und die verschiedenen Widersprüche des Imperialismus/Kapitalismus unterschiedlich auf verschiedene Teile der Klasse wirken. Dies hat auch zur Verbreiterung von Teilbereichskämpfen geführt und dazu, dass das Gefühl, „eine Klasse“ mit gemeinsamen Interessen zu sein, erst wieder bewusst hergestellt werden muss. Auf diese objektive Realität der Ausdifferenzierung der Klasse sowie den ideologischen Einfluss des Postmodernismus wird jedoch im Gegenmachtkonzept damit geantwortet, die Arbeit der politischen Widerstandsbewegung nach links zu ziehen und zu systematisieren. Es wird versucht, mit einer Vertiefung der Teilbereichskämpfe zu antworten, anstatt langfristig die politische Tendenz zurückzudrängen, sich eben in Teilbereichskämpfen zu verlieren.

Dadurch wird der notwendige Prozess, in der Praxis einen Weg zu

finden, wie kommunistische Massenarbeit stattfinden kann, wie ökonomische und politische Kämpfe im Betrieb, im Stadtteil, in der Uni und in der Schule „in den Kampf um den Kommunismus eingebettet“ werden können, nur in die Zukunft verschoben und nicht gelöst.

Ja, es ist richtig, dass die Reproduktion einer Organisation aus der direkten Massenarbeit schwierig ist – jedoch ist es nicht nur eine strategische Notwendigkeit, sondern es gibt durchaus praktische Beispiele, die zeigen, dass dies möglich ist, wenn diese Arbeit nicht nur ökonomische, sondern auch politische Kämpfe umfasst, eine intensive Beschäftigung mit den Potenzialen unserer Klasse stattfindet und sie in ein breites Netzwerk aus marxistischer politischer Bildung und sozialistischer lebendiger Kultur eingebettet sind.

Das bedeutet nicht, grundsätzlich die gezielte Arbeit zu konkreten Themen abzulehnen. Auch die historische KPD hat beispielsweise immer wieder Organisationen für bestimmte „Teilkämpfe“ geschaffen wie die antifaschistische Organisation "Kampfbund gegen den Faschismus", die antiimperialistische Struktur "Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung", die Hilfsorganisation "Internationale Arbeiterhilfe", die internationalistische Organisation "Bund der Freunde der Sowjetunion", die Antirepressionsorganisation "Rote Hilfe Deutschland" und viele weitere. Und doch hat sie

dabei die Aufgabe der strategischen Verankerung an den Orten, wo die Klasse lebt und arbeitet, nicht aufgegeben, sondern sie war das Fundament. Es ist deshalb auch richtig, an den Kämpfen der politischen Widerstandsbewegung teilzunehmen und sie zu beeinflussen (vor allem weil auch bestimmte Teile unserer Klasse daran teilnehmen), jedoch immer eingebettet in den konkreten Prozess des Parteaufbaus, der mit dem Wiederaufbau einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung und Kommunistischen Partei verbunden sein muss. Es ist gerade eine starke, in der Klasse verankerte Partei, welche die Kämpfe um bestimmte Teillosungen erfolgreich führen kann.

Begrenzung bei der Ausbildung kommunistischer Kader:innen

Die Konzentration auf die politische Widerstandsbewegung hat zudem größeren Einfluss auf die Art und den Inhalt der Ausbildung der eigenen Kader:innen. Es besteht die Gefahr, die Kampfformen der politischen Widerstandsbewegung, bei denen vor allem der „Kampf auf der Straße“ im Zentrum steht, zu verabsolutieren und die Kader:innenentwicklung zu sehr darauf zu begrenzen. Die Anwendung revolutionärer Gewalt muss – abgeleitet aus den konkreten Bedingungen – richtigerweise ein integrierter Teil des Aufbaus sein, so dass sich Revolutionär:innen darin schulen können, und kann nicht auf

eine spätere Etappe verschoben werden. Es ist jedoch zu einseitig, die politische Praxis so auf diesen Bereich zu konzentrieren, dass militantes Klassenbewusstsein allein in der direkten (individuellen) Konfrontation mit Polizei auf der Straße geformt werden soll. Kommunistische Militanz muss natürlich diesen Aspekt umfassen, und es ist richtig, ihn in den imperialistischen Zentren unter Bedingungen des Legalismus auch klar zu benennen. Und doch gibt es noch viele weitere Aspekte, welche für die Ausbildung eines allseitigen Klassenbewusstseins in einem revolutionären Aufbauprozess notwendig sind, sei es die direkte Konfrontation mit dem eigenen Chef im wilden Streik, die Unterordnung von Beziehung, Wohnort und Beruf unter die Politik, um den Aufgaben des Aufbauprozesses nachzukommen, die kontinuierliche Disziplin in der täglichen Agitation und Propaganda, die gezielte Arbeit am Geschlechtsbewusstsein usw.

Dabei stehenzubleiben, die eigenen Kräfte vor allem innerhalb der politischen Widerstandsbewegung heranzuziehen und zu organisieren, führt zudem dazu, dass eine notwendige allseitige Entwicklung der eigenen Genoss:innen begrenzt wird. Diese erlernen zwar „aktivistische Fähigkeiten“ für einen Bereich, doch das Erlernen der Organisierung von allseitigen Kämpfen in den Orten, an denen die Klasse lebt und arbeitet, unterbleibt weitestgehend – und damit auch die Erfahrung, etwa im eigen-

nen Betrieb, im Stadtteil oder in der Schule zu kämpfen. Zudem besteht die Gefahr, dass die Arbeitsteilung in einer kommunistischen Organisation auch auf ideologischem Gebiet zwischen den verschiedenen Teilbereichen verläuft und es somit den Genoss:innen schwerfällt, zu allseitigen Einschätzungen der Gesamtlage zu kommen. Mit der Zuspitzung der Widersprüche verlieren Teilbereichsbewegungen zudem an Anziehungskraft, da zumindest den politisch interessierten Teilen der Klasse und des Kleinbürger:innentums immer deutlicher wird, wie alle Fragen miteinander zusammenhängen und dass sie nur im Zusammenhang miteinander gelöst werden können.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Ausbildung und Heranziehung der eigenen Genoss:innen unter den Bedingungen einer politischen Widerstandsbewegung stattfindet, welche vielfach massenfeindlich, basisdemokratisch, postmodern und antikommunistisch eingestellt ist. Hier besteht die Gefahr, dass die eigenen Genoss:innen vor allem Szenediskussionen führen (und zum Teil auch negativ von diesen beeinflusst werden), die jedoch in der Klasse in der Breite gar nicht vorherrschend sein müssen. Damit wird der spätere „Sprung in die Breite der Klasse“ noch mehr erschwert.

Zuletzt wird das gesellschaftliche Potenzial, aus dem man für die Schaffung eines revolutionären Kerns einer

zukünftigen Partei schöpfen möchte, auf die politische Widerstandsbewegung begrenzt. Dabei umfasst der fortgeschrittenste Teil der Klasse – diejenigen, die allseitig interessiert sind, das System hinterfragen und bereit sind aktiv zu werden – weit mehr Menschen als die politische Widerstandsbewegung. Diese gigantischen Potenziale in der Klasse, die von einer erfolgreichen kommunistischen Massenarbeit geweckt werden müssen, bleiben somit ungenutzt.

Das „Primat der Praxis“ unterbetont die Aufgaben der kommunistischen Theorie und Strategiebildung

Kommunistische Kräfte haben in der Vergangenheit immer wieder dazu tendiert, schematisch historische Erfahrungen als Kochrezepte anwenden zu wollen, anstatt eine konkrete Analyse der konkreten Situation zu tätigen. Dies führte sowohl zu verfrühten Spaltungen als auch zum Abgleiten in Theoriezirkel. Die Überbetonung des „Primats der Praxis“ im Gegenmacht-konzept verstärkt jedoch eine Unterbetonung und spontaneistische Herangehensweise in der Theoriebildung und strategischen Führung.

Ideologisch werden viele Fragen in die Zukunft der proletarischen Massenbewegung verschoben, obwohl sie schon heute angegangen und in der Praxis überprüft werden könnten, um anschließend auf einem höheren Ni-

veau theoretisch verarbeitet zu werden. Man könnte auch sagen, dass es ohne sie die notwendige Kontinuität nicht geben kann. Es gilt also, eine Einheit von Theorie und Praxis zu schaffen, die sich gegenseitig bedingt.

Auch die Betonung darauf, vor allem dort zu sein „wo sich etwas bewegt“, führt dazu, die Aufgaben der strategischen Führung des eigenen Aufbauprozesses stark den Schwankungen der PWB und ihrer Teilkämpfe unterzuordnen, was einem ebenfalls das erschwert, was man als revolutionäre Bewegung erreichen muss, nämlich eine langfristige Kontinuität zu schaffen.

Gegenmacht ohne Partei?

Die beschriebene Herangehensweise des Aufbaus Schweiz ist in abgewandelter Form auch bei einer Reihe von Strukturen in Deutschland zu finden. Darunter finden sich zum Beispiel einige revolutionäre Organisationen, die sich in der Plattform "Perspektive Kommunismus" (PK) zusammengeschlossen haben. Ihr Ziel ist laut Selbstverständnis „eine Organisation, die auf ideologischer, kultureller und politischer Ebene eine reale Gegenmacht zur Macht von Staat und Kapital aufbaut.“ Ein offizielles Grundlagendokument, wie Gegenmacht darin bzw. dadurch aufgebaut werden soll und was darunter zu verstehen ist, gibt es von PK jedoch nicht.

Es benötige in jedem Fall eine „*bundesweite revolutionäre Organisation*“⁶⁶, der revolutionäre Aufbauprozess müsse jedoch genauso „*Organisierungen etwa auf sozialer, kultureller, gewerkschaftlicher oder betrieblicher Ebene umfassen. Ebenso wie solche, die hauptsächlich in einem einzelnen politischen Widerstandsfeld aktiv sind, etwa dem Kampf um Klimagerechtigkeit, für Frauenbefreiung oder dem antimilitaristischen oder antifaschistischen Kampf.*“ Gerade die Arbeit in diesen „Teilbereichen“ der PWB macht die politische Praxis von PK stark aus.

Einen etwas anderen Schwerpunkt bezüglich des Aufbaus von Gegenmacht benennt der "Rote Aufbau Hamburg", eine der Strukturen von Perspektive Kommunismus: „*Uns geht es darum eine reelle Gegenmacht aufzubauen; sei es im Fußballverein, im Stadtteil, im Betrieb oder auf der Straße. Eine Alternative zu dem herrschenden System muss sichtbar werden und Menschen ansprechen, die noch nicht in der „Szene“ aktiv sind. Dafür brauchen wir verschiedenste kulturelle, politische und sportliche Angebote. Wir müssen mit unserer Klasse in Kontakt kommen und Vertrauen und Solidarität aufbauen.*“

Etwas intensiver ausformuliert findet sich diese Auffassung auch bei dem in Berlin aktiven "Bund der Kommu-

nist:innen" (BdK), welcher nicht Teil von Perspektive Kommunismus ist, jedoch ebenfalls den Gegenmachtbegriff aktiv nutzt. Dabei rückt er jedoch die Arbeiter:innenklasse als ganzes – und weniger die politische Widerstandsbewegung – in den Fokus. Der BdK betont, dass Gegenmacht „*kein Ziel in sich selbst ist, sondern ein strategisches Mittel, um Ziele zu erreichen.*“⁶⁷ „*Die Voraussetzung der Überwindung des Kapitalismus ist die organisierte, politisierte Masse, die über die Konjunkturen spontaner Proteste hinweg einem Ziel entgegengeht. Die politische Aufgabe zur Förderung dieses Prozess ist die Herstellung und Verteidigung proletarischer Gegenmacht. In allen gesellschaftlichen Bereichen – Betriebe, Stadtteile, im kulturellen und Bildungsbereich – sind Institutionen und Netzwerke zu schaffen, in denen sich die Gesellschaft zusammenschließt und ihre Interessen durchsetzt. In der Arbeiterbewegung trugen diese Institutionen den Namen Räte/Sowjets oder Kommunen. Sie sind Kampforganisationen sowie Keimformen einer künftigen Demokratie.*“⁶⁸

Sieht man von der Begriffsverwendung von Gegenmacht – welche wie oben geschildert mit dutzenden völlig unterschiedlichen reformistischen, revisionistischen und anarchistischen Auffassungen verknüpft ist – einmal

67 | Bund der Kommunist:innen (2024): „Gegenmacht aufbauen“ – aber wie?. https://kommunist-innen.org/wp-content/uploads/2024/07/BDK_Gegenmacht-aufbauen-aber-wie-Antwort-auf-Zwischenstandspapier-der-IL.pdf

68 | Bund der Kommunist:innen (2024): Programm. <https://kommunist-innen.org/programm>;

ab, kann man sich dem Kern dieser Ausführungen in Bezug auf die Frage der kommunistischen Massenarbeit nur anschließen. Kommunist:innen haben die Aufgabe, ihre eigene Klasse zu organisieren und diese Organisationsformen in der Praxis zu Stützpunkten im Kampf gegen das Kapital und zu Keimformen einer kommenden Rätemacht zu machen – auch wenn die Räte selbst erst im Prozess der Revolution entstehen werden, und nochmal ganz anders aussehen werden als heute zu schaffende Organisationsformen. Damit wird zudem das organisatorische Rückgrat dafür geschaffen, dass die Arbeiter:innenklasse im Sozialismus auch real die Macht ausüben kann. Besonders interessant ist darauf aufbauend aber die Frage, wie man diese Schritte gehen soll und welche Instrumente man dafür wann benötigt.

Der Rote Aufbau Hamburg beschreibt in einem aktuellen Artikel „*in Anlehnung an den italienischen Marxisten und Politiker Antonio Gramsci Gegenmacht als den schrittweisen Griff nach der Hegemonie, welche damit im Widerspruch zur sozialen Macht und politischen Herrschaft des Kapitals steht*“⁶⁹. Dabei gehe es darum, „*gesellschaftliche Mehrheiten*“ zu erobern und zur „*reellen Gefahr für ihr System*“ zu werden. Ebenfalls erklären sie in dem Artikel, dass in der „*Zivilgesellschaft*“ der „*Kampf*

69 | Roter Aufbau (2024): Unsere Seite aufbauen – Revolutionäre Gegenmacht im Aufbauprozess: Wie kann dies konkret aussehen? In: LuttjeLüd (2024), Nr. 1

um Hegemonie“ ausgefochten werden müsse.

Den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891-1937) bei Fragen von Macht und Hegemonie heranzuziehen, ist berechtigt. Er hat sowohl den Ersten Weltkrieg, den Höhepunkt der weltweiten Arbeiter:innenbewegung 1917-1919 als auch den italienischen Faschismus als wichtiger Aktivist, Theoretiker und später Anführer der italienischen Kommunist:innen miterlebt und sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigt.

Gramsci spricht jedoch an keiner einzigen Stelle in seinem Werk von Gegenmacht, Gegenhegemonie, dem „*schrittweisen Griff nach Hegemonie*“ oder der Eroberung „*gesellschaftlicher Mehrheiten*“ und schlägt auch nirgends vor, mit der Bourgeoisie um die Hegemonie innerhalb der Zivilgesellschaft zu streiten – und das ist kein Zufall. In seinem nicht fertiggestellten letzten Werk vor der Gefangenschaft (als er noch unzensuriert schreiben konnte) erklärte er zum Verdienst der Turiner Kommunist:innen in der italienischen Rätebewegung um 1920 – das heißt in einer akut revolutionären Situation: „*Die Turiner Kommunisten hatten sich konkret die Frage der „Hegemonie des Proletariats“ gestellt, das heißt die Frage der sozialen Basis der proletarischen Diktatur und des Arbeiterstaats. Das Proletariat kann in dem Maße zur*

führenden und herrschenden Klasse⁷⁰ werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das ihm gestattet, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren⁷¹

Die Frage der Hegemonie des Proletariats ist bei Gramsci also unmittelbar mit der sozialen Basis der proletarischen Diktatur, das heißt der in der revolutionären Situation geschaffenen Rätewahl, und damit der Eroberung der Macht verbunden, sowie mit der Frage des Bündnisses mit der Bäuer:innenschaft, die sich 1920 eben „konkret“ stellte, und zwar insofern, als große Teile der Turiner Arbeiter:innen gewonnen waren, die Bäuer:innenschaft aber noch nicht genügend.

Diese Gedanken formulierte er in abstrakter Form im faschistischen Gefängnis weiter aus, jedoch nicht für die Veröffentlichung bestimmt und unter den Bedingungen der Zensur, sodass seine Texte einiger „Übersetzungsarbeit“ bedürfen: *„Das methodologische Kriterium (...) ist folgendes: dass sich die Suprematie [=Vorherrschaft] einer gesellschaftlichen Gruppe [=Klasse] auf zweierlei Weise äußert, als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘ [=Hegemonie]. Eine gesellschaftliche Gruppe ist*

herrschend gegenüber den gegnerischen Gruppen, die sie ‚auszuschalten‘ oder auch mit Waffengewalt zu unterwerfen trachtet, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muss sogar bereits führend [=hegemonial] sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (das ist eine der Hauptbedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch fest in Händen hält, wird sie herrschend, muss aber weiterhin auch ‚führend‘ sein.“⁷²

Auch wenn Gramsci keine konkreten Zeiträume nennt, analysiert er auch hier die Frage der Hegemonie des Proletariats als eine „Hauptbedingung“ für die Eroberung der Macht, welche zur proletarischen Diktatur führt, in welcher das Proletariat nicht nur führend gegenüber den verbündeten Klassen ist, sondern auch herrschend gegenüber der Bourgeoisie ist. Von einem schrittweisen Prozess, in dem eine „Gegenhegemonie“ geschaffen wird, ist aber auch hier keine Rede. Tatsächlich ist es im Gegenteil eher unrealistisch, davon auszugehen, die Kommunist:innen könnten in einem langsamen Prozess – quasi linear – „gesellschaftliche Mehrheiten“ erobern und lange vor einer revolutionären Situation wirklich die führende politische Kraft innerhalb der gesamten Arbeiter:innenklasse sein. Auch die Bolschewiki wurden erst in der

Phase zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 wirklich führend innerhalb der Arbeiter:innenklasse und gegenüber der Bäuer:innenschaft – als die Machteroberung unmittelbar bevorstand.

Das bedeutet nicht, dass es nicht notwendig ist, dauerhaft auf diesen Zustand hinzuarbeiten! Das bedeutet, eigene Kampforgane unserer Klasse zu schaffen und eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung aufzubauen. Hegemonial werden die Kommunist:innen innerhalb der Klasse und die Klasse gegenüber den verbündeten Klassen jedoch erst unmittelbar vor der Revolution werden. Diese Hegemonie gilt es dann während der Diktatur des Proletariats zu halten und weiter auszubauen.

Dazu schreibt Gramsci während der revolutionären Aufstände in Italien 1919: *„Damit dieses Ziel [die proletarische Diktatur, Anm. d. Autoren] erreicht werden kann, erzieht die kommunistische Partei das Proletariat dazu, seine Klassenmacht zu organisieren und sich dieser wohl gerüsteten Macht zu bedienen, um die bürgerliche Klasse zu beherrschen und die Bedingungen festzulegen, durch die die ausbeutende Klasse unterdrückt wird und nicht wiedererstehen kann. Die Aufgabe der kommunistischen Partei in der proletarischen Diktatur ist deshalb: die Klasse der Arbeiter und Bauern endgültig in einer herrschenden Klasse zu organisieren; zu kontrollieren, dass alle Organe des neuen Staates wirklich revolutionär*

arbeiten und die Vorrechte und alten, durch das Prinzip des Privateigentums bedingten Verhältnisse zerstören.“⁷³

Diese Notwendigkeit einer starken Kommunistischen Partei für die Frage der Klassenmacht wird von Gramsci in den revolutionären Aufständen, während der Phase der Bolschewisierung der italienischen Kommunistischen Partei als auch später in seinen Gefängnisheften⁷⁴ immer wieder betont.

Genau deshalb ist es problematisch, wenn die Genoss:innen, die sich stark auf ihn beziehen, diese Frage in eine weit entfernte Zukunft verschieben: *„Erst wenn unsere Gruppe eine relevante Arbeit in Hamburg entwickelt hat, kann man sich über eine bundesweite Vernetzung mit anderen revolutionären Gruppen zusammen setzen, welche zum Ziel hat, eine bundesweite Organisation zu gründen, die statt eines Papiertigers ein Totengräber dieser Gesellschaft sein kann“⁷⁵*, heißt es etwa beim Roten Aufbau.

Auch der BdK verschiebt den Parteaufbau in eine fernere Zukunft. Zwar sei *„eine einheitliche bundesweite Organisation ‚neuen Typs‘ auf*

70 | Bemerkenswert ist das Gramscis spätere Unterscheidung in „Führung“ (Hegemonie) und „Herrschaft“ schon 1926 auftaucht und später in den Gefängnisheften vertieft wird.

71 | Gramsci (1926): Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens.

72 | Alle Anmerkungen in eckigen Klammern sind eigene Interpretationen der Autoren. Gramsci 2019: Bd 8, H 19, § 24, S. 1947

73 | Gramsci, Antonio (1919): Die Gewerkschaften und die Diktatur. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/gramsci/1919/10/gewerk.html>

74 | Dort schreibt Gramsci unter anderem, „das wichtigste Ziel“ des Proletariats sei es, „seine eigene Gruppe unabhängiger Intellektueller zu konstituieren“. „Unabhängige“ oder auch „organische Intellektuelle“ nutzt Gramsci um über die Kader:innen der Arbeiter:innenklasse zu sprechen. Vgl. Gramsci 2019: H8, S. 1810

75 | Roter Aufbau (2015): Selbstverständnis, http://roter-aufbau.de/?page_id=45

Grundlage des Demokratischen Zentralismus und auf der Höhe unserer Zeit“ eine „notwendige Antwort auf die Krise der Linken in diesem Land“. Diese Organisation entstehe aber „nicht durch das bloße „Ausrufen“ dieser, sondern aus Strukturen, die sich durch tatsächliche, kleinteilige Arbeit in der Klasse verankert haben und nur in diesem Zusammenspiel entsteht erst das Potential für eine tatsächliche Gegenmacht unserer Klasse.“⁷⁶

Roter Aufbau und BdK formulieren richtige Ansprüche in Bezug auf die kommunistische Massenarbeit in der Klasse und die Aufgaben, vor denen alle Kommunist:innen stehen. Ebenso nehmen sie eine richtige Einschätzung verschiedener Fallen vor, in die Kommunist:innen nicht tappen dürfen. Jedoch scheint ihre Vorstellung von Gegenmacht ebenso mit einer Theoretisierung des Zirkelwesens einherzugehen, wie es auch ausformuliert beim Revolutionären Aufbau Schweiz zu finden ist. Das heißt, sie lehnen eine kommunistische Partei (bzw. „bundesweite revolutionäre Organisation“ oder „bundesweite Organisation neuen Typs“) zwar nicht grundsätzlich ab, verschieben ihre Schaffung jedoch in eine unbestimmte Zukunft.

Aber ab wann ist es denn dann soweit, die Frage des einheitlichen bundesweiten Aufbaus einer Kommu-

nistischen Partei anzugehen? Welche quantitativen und qualitativen Kriterien sind dafür anzulegen und wie sollen diese erreicht werden? Was muss geschehen, bevor man sich an die „notwendige Antwort auf die Krise der Linken in diesem Land“ heranwagt bzw. die objektive Möglichkeit (die ja aktuell verneint wird) dazu überhaupt sieht?

Strategische Schlussfolgerungen

Viele der in diesem Text aufgeworfenen brennenden strategischen Fragen bleiben in den Strukturen, die sich auf Konzepte der Gegenmacht beziehen, bewusst oder unbewusst über Jahre oder Jahrzehnte der politischen Arbeit sowohl theoretisch als auch praktisch unbeantwortet. Damit beschränken sie objektiv die Möglichkeiten der organisatorischen Weiterentwicklung und eine Klärung über den Weg des Parteaufbaus in der kommunistischen Bewegung und verfestigen das Zirkelwesen der revolutionären und kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Dabei sind doch gerade die dialektisch verbundenen strategischen Fragen des Parteaufbaus und des Wiederaufbaus einer allseitigen klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung Fragen, auf die wir im Angesicht der sich immer schneller zuspitzenden Widersprüche und Angriffe von oben dringende Antworten

geben müssen.

Die schrittweise Überwindung des Zirkelwesens würde schon heute einen massiven Fortschritt für die kommunistische Bewegung bedeuten. Natürlich bringen mutige Schritte auf diesem Weg auch wieder neue Fragen und Probleme mit sich, die jedoch dazu da sind, von uns als kommunistischer Bewegung gelöst zu werden, und nicht vor ihnen in Passivität zu verfallen.

Um es klar zu sagen: Die kommunistische Partei entsteht nicht spontan, nicht im richtigen Moment, sondern an ihrem Aufbau müssen wir dauerhaft und planvoll arbeiten. Die Frage des Parteaufbaus stellt sich nicht in einer entfernten Zukunft, sie stellt sich jetzt. Ohne diese Aufgabe anzunehmen und an ihrer Lösung zu arbeiten, bleiben auch die fortschrittlichsten Genoss:innen und kämpferischsten Gruppen in einer Sackgasse, der Sackgasse des ewigen Zirkelwesens, stecken. Das Gegenmachtkonzept und seine Absage an einen klaren strategischen Weg zum Parteaufbau konstruiert dieser politischen Sackgasse jedoch eine theoretische Grundlage.

Durch sein theoretisch begründetes Ziel, den Kampf um die Hegemonie in der politischen Widerstandsbewegung, anstatt der Hegemonie der kommunistischen Bewegung und Partei in der Arbeiter:innenklasse, verewigt das Gegenmachtkonzept das

Zirkelwesen in Theorie und Praxis. Es führt zur immer neuen Reproduktion von kleinen Zirkeln auf niedriger Organisationsstufe und einem starken Drang nach Abgrenzung gegen andere Aufbauprojekte, welche die eigene angestrebte oder propagierte Hegemonie durch die eigene politische Arbeit in Frage stellen könnten. Lokales bzw. regionales Königreichdenken, Selbstbezogenheit auf die eigene Gruppe und Identität sowie ein Klammern an einzelne Arbeitsfelder und Zielgruppen anstatt einer allseitigen Entwicklung sind typische Ausprägungen, die mit dem Zirkelwesen verbunden sind.

Wir haben gezeigt, dass der Begriff der Gegenmacht mit höchst unterschiedlichem Inhalt gefüllt ist. Vom reformistischen „Platz am Verhandlungstisch“ und autonom-utopischen Vorstellungen, welche der Machtfrage ausweichen, über militaristische Abweichungen der Stadtguerilla bis zu Konzepten in der revolutionären Bewegung, welche eine revolutionäre Politik auf lange Sicht ohne Parteaufbau anstreben. Da Gegenmacht mit so vielen unterschiedlichen, falschen und vagen Konzepten verbunden ist, ist sie nicht nur inhaltlich, sondern schon allein als Begriff für die wissenschaftliche Klärung der Strategiefrage ungeeignet.

Diese unterschiedlichen Konzepte von Gegenmacht entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern dahinter stehen materielle Gründe: Sie alle

76 | Bund der Kommunist:innen (2024): „Gegenmacht aufbauen“ – aber wie?. https://kommunist-innen.org/wp-content/uploads/2024/07/BDK_Gegenmacht-aufbauen-aber-wie-Antwort-auf-Zwischenstandspapier-der-IL.pdf

greifen bestimmte einzelne Entwicklungen auf, die in den Klassengesellschaften im Widerstand gegen die Ausbeutung spontan entstehen und bei denen einzelne Freiräume und Rechte erkämpft werden können, wie z. B. im Arbeitsprozess, in der politischen Widerstandsbewegung, und nicht zuletzt international in nationalen Befreiungsbewegungen etc. Die unterschiedlichen Theorien stellen dabei verschiedene Aspekte dieser spontanen Prozesse ins Zentrum. Damit wird sich begnügt, und dann theoretisiert, wieso es richtig ist, hierbei stehenzubleiben und die Machtfrage, die eng mit den Fragen der sozialistischen Revolution und des Parteaufbaus zusammenhängt, letztlich zu umgehen.

Doch unser Ziel als Kommunist:innen ist nicht Gegenmacht, sondern die Eroberung der Macht. Wir können davon ausgehen, dass dies nicht mit den Kapitalist:innen am Verhandlungstisch oder durch das Parlament erreicht werden kann, sondern nur durch die revolutionäre Zerschlagung des Staatsapparats. Eine solche Revolution kann jedoch nicht einfach durch einen Willensakt hervorgerufen werden, sondern es benötigt objektive Bedingungen, damit dies möglich ist. Woran wir arbeiten können, sind die subjektiven Bedingungen, die organisatorischen, politischen und ideologischen Voraussetzungen, um im Falle einer revolutionären Situation die Verhältnisse umstürzen zu können.

Wir benötigen dafür eine organisierte klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung und eine in der Arbeiter:innenklasse verankerte Kommunistischen Partei. Diese muss im Zentrum eines Netzwerks aus Strukturen der Arbeiter:innenbewegung stehen, welche systematisch daran arbeiten, alle Kampfformen anzuwenden: Vom gewerkschaftlichen Streik bis zur wilden Betriebsbesetzung; von der offenen Massenpresse bis hin zu illegalen Zeitungen; von der Flugblattverteilung bis zur Miliz usw. Diese Strukturen müssen die gesamte Bandbreite an Organisationsformen abdecken: von offen bis konspirativ, in den Betrieben, Universitäten, Schulen, Stadtteilen, dort, wo Menschen in Bewegung geraten sind und dort, wo es erst untergründig gärt.

Politisch muss es uns dabei gelingen, die Tagesnöte unserer Klasse ebenso wie die großen politischen Forderungen aufzugreifen und in den Kampf um die Revolution einzubetten. Dafür muss der gezielte Eingriff in die aktuellen politischen Ereignisse und Bewegungen mit einer dauerhaften Verankerungsarbeit in allen Teilen unserer Klasse verbunden werden.

Ideologisch gilt es, die kommunistische Theorie durch Auswertung der vergangenen und heutigen Erfahrungen auf die Höhe der Zeit zu heben und innerhalb der kommunistischen Bewegung eine Vereinheitlichung im Kampf um eine solche revolutionäre

Linie herzustellen. Mit diesem Text haben wir versucht, einen Beitrag zu diesem Klärungsprozess zu leisten.





**Die regionale
Perspektive der
sozialistischen
Revolution**

Der grundsätzlich internationale Charakter der sozialistischen Revolution dürfte unter Kommunist:innen wohl kaum umstritten sein. Wie sich dieser Charakter jedoch in der Strategie und Taktik sowie der alltäglichen Praxis und der Ausrichtung der Arbeit von Kommunist:innen in Deutschland und international in den vergangenen 150 Jahren wie heute konkret ausdrückt, war und ist hingegen eine heiß umstrittene Frage.

Wir wollen uns in diesem Text genau dieser Frage widmen und damit analysieren, welche grundsätzlichen strategischen, aber eben bereits heute relevanten konkreten Schlussfolgerungen sich aus der internationalen Perspektive der sozialistischen Revolution für uns ergeben.

Bei unserer Untersuchung gehen wir von den historischen Erfahrungen und den ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus aus und bringen diese mit der Entwicklung des Imperialismus in den vergangenen Jahrzehnten zusammen. Anhand dieser Grundlagen wollen wir dann konkret schauen, welche Rückschlüsse wir für den heutigen Kampf für die sozialistische Revolution, für unsere Strategie und Taktik und die Ausrichtung unserer Arbeit hier und heute im imperialistischen Deutschland ziehen können.

Dabei werden wir einen Schwerpunkt auf die Frage legen, inwieweit die heutigen Bedingungen des imperialis-

tischen Weltsystems die Möglichkeiten der Entstehung einer regionalen sozialistischen Revolution steigern und in welchen Punkten diese Perspektive weiterhin begrenzt bleiben muss. Dazu werden wir uns zudem historische Beispiele regionaler revolutionärer Situationen, Aufstände und Revolutionen anschauen.

In unseren Schlussfolgerungen wollen wir dann abschließend festhalten, welche Konsequenzen sich aus den Untersuchungen ergeben:

- Spielen die untersuchten Fragen heute nur auf taktischer Ebene eine Rolle oder auch auf strategischer? Also ändert sich z. B. dadurch unsere Revolutionsstrategie heute oder nur die Bedeutung von internationaler Bündnisarbeit?
- Wir sehen die Internationalisierung der Produktion, der Wirtschaft, der Politik, der Medien und Co. Doch wie sieht es mit der internationalen revolutionären Organisation und dem Aufbauen von Kämpfen aufeinander aus? Wie können sich vereinzelte nationale Kämpfe gegenseitig beeinflussen und stärken?
- Welche Rolle spielt der internationale Kampf des Proletariats gegen internationale imperialistische Bündnisse, wie die EU und die NATO?

Voraussetzungen der sozialistischen Revolution

Als Kommunist:innen sind wir Internationalist:innen und wollen nicht nur in unserem eigenen Land den Sozialismus erkämpfen, sondern streben letztendlich in einem weltrevolutionären Prozess die Überwindung des Kapitalismus auf Weltniveau an. Denn letztlich kann der Sozialismus nur siegen, imperialistische Überfälle und eine Restauration des Kapitalismus unterbunden werden und zum Kommunismus übergegangen werden, wenn dies auf der ganzen Welt geschieht. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern war unter anderem die erklärte Grundlage und das Ziel der Kommunistischen Internationale, die dies am 1. September 1928 in ihrem Programm festhielt:

„Das Endziel, das die Kommunistische Internationale erstrebt, ist die Ersetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft durch das Weltsystem des Kommunismus. Die kommunistische Gesellschaftsordnung, die durch den ganzen Ablauf der geschichtlichen Entwicklung vorbereitet wird, ist der einzige Ausweg für die Menschheit, denn nur diese Gesellschaft vermag die fundamentalen Widersprüche des kapitalistischen Systems aufzuheben, die die Menschheit mit Entartung und Unter-

gang bedrohen.“¹

Von dieser Zielsetzung ausgehend stellt sich die Frage, wie wir von einzelnen nationalen Klassenkämpfen gegen die Auswirkungen des Kapitalismus zum Weltkommunismus kommen. Da die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ein grundlegendes Entwicklungsgesetz des Kapitalismus ist, das auf der ständigen Konkurrenz der Kapitalist:innen untereinander, der Ausbeutung der schwächer entwickelten Länder durch die imperialistischen Staaten und dem dauerhaften Kampf dieser untereinander um die Weltherrschaft beruht, kann die internationale sozialistische Revolution nicht als ein einmaliger, gleichzeitiger weltweiter Akt verstanden und erwartet werden.² Dies gilt umso mehr, da die ungleichmäßige Entwicklung der Länder im Kapitalismus insbesondere auch den Auf- und Abstieg verschiedener Länder mit einschließt und nicht nur in eine Entwicklungsrichtung verstanden werden darf.

Vorstellungen von der sozialistischen Revolution als gleichzeitiger Akt, wie sie in der kommunistischen Weltbewegung immer wieder als schädliche Abweichung auftauchen, führen letztendlich zu einer Passivität und einem Warten darauf, dass sich die

¹ | Programm der Kommunistischen Internationale, Absatz III, Das Endziel der Kommunistischen Internationale: der Weltkommunismus

² | Vgl. dazu mit detaillierten Ausführungen: W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, Seite 189 ff.

objektiven und subjektiven Bedingungen in allen Ländern der Welt gleichzeitig auf eine revolutionäre Situation hin entwickeln. Da dies aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung jedoch niemals passieren kann, warten ihre Unterstützer:innen ihr Leben lang vergebens auf dieses Ereignis und verdammen damit ihre Anhänger:innen dazu, Zuschauer:innen im Klassenkampf zu werden. Mit dem Übergang des Kapitalismus in die Epoche des Imperialismus und durch seine weitere Entwicklung verschärft sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung einzelner Länder und Kapitale in immer höherem Maße.

Ausgehend von diesen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts können wir festhalten, dass der Sieg der sozialistischen Revolution und der Übergang zum Aufbau des Sozialismus zuerst in einer Gruppe von Ländern in einer Region oder selbst in einem kapitalistischen Lande allein möglich und machbar ist. Gleichzeitig sind die langfristigen Schwierigkeiten und Probleme nicht zu unterschätzen, die bei einer erfolgreichen Revolution in einem Land im Aufbau des Sozialismus auf dieses zukommen würden, sollte es dauerhaft alleine und isoliert sein. Hier wird es vor allem darum gehen, so schnell wie möglich eine Unabhängigkeit (Autarkie) in allen strategischen Bereichen der Produktion und Versorgung aufzubauen, um nicht in Abhängigkeitsverhältnisse zu kapitalistischen Staa-

ten zu geraten. Aber jeder derartige Sieg in einem begrenzten Teil der Welt erweitert die Basis der Weltrevolution massiv und verschärft dadurch noch mehr die Krise des Kapitalismus. Je mehr Länder sich durch eine erfolgreiche Revolution und die Überwindung der Herrschaft der Monopole dem Lager des Sozialismus anschließen und damit den Weltmarkt des Kapitalismus verkleinern und eine sichtbare Alternative bilden, desto größer und tiefer wird die Krise des Kapitalismus und umso mehr wird seine Existenz letztlich selbst in Frage gestellt. Die dadurch entstehende Ausweitung der Diktatur des Proletariats durch den Sieg des Sozialismus in einzelnen Ländern oder Regionen legt die Grundlage für die Diktatur des Weltproletariats, welche die notwendige und entscheidende Vorbedingung des vollständigen Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Weltwirtschaft ist.

Bei einer solchen Entwicklung ist es notwendig, *„dass die neu entstehenden proletarischen Republiken sich mit den bereits bestehenden verbünden, dass das Netz dieser Föderationen – das auch die das imperialistische Joch abwerfenden Kolonien mit einbezieht –, ständig wächst und dass diese Föderation schließlich zur Union der Sozialistischen Räterepubliken der Welt werden, die den Zusammenschluss der Menschen unter der Hegemonie des staatlich organisierten*

Weltproletariats verwirklicht.“³

Die Kommunistische Internationale ging weiter davon aus, dass die Revolutionen in verschiedenen Ländern nicht nur nicht zur selben Zeit passieren, sondern auch in ihrer Art bzw. von ihrem Charakter her unterschiedlich und eben nicht rein proletarische Revolutionen sein würden:

*„Die internationale Revolution des Proletariats besteht aus einer Reihe ungleichzeitiger und ungleichartiger Prozesse: rein proletarische Revolutionen; Revolutionen von bürgerlich-demokratischem Typus, die in proletarische Revolutionen umschlagen; nationale Befreiungskriege und koloniale Revolutionen. Erst am Ende seiner Entwicklung führt dieser revolutionäre Prozess zur Weltdiktatur des Proletariats.“*⁴

Die im Programm der Kommunistischen Internationale festgehaltene strategische Ausrichtung fasste die ideologischen Standpunkte und historischen Erfahrungen der Kommunistischen Weltbewegung bis zum Jahr 1928 zusammen. Sie verallgemeinerten damit etwa die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der missglückten regionalen Ausweitung dieser auf den europäischen Kontinent, insbesondere in den revolutionären Kämpfen 1918-1923. Die

3 | Programm der Kommunistischen Internationale, Absatz IV, Nr. 1 Die Übergangsperiode und die Eroberung der Macht durch das Proletariat

4 | Programm der Kommunistischen Internationale, Absatz IV, Nr. 8 Der Kampf für die Weltdiktatur des Proletariats und die Haupttypen der Revolution

russischen Kommunist:innen gingen damals davon aus, dass man wenigstens in Deutschland ebenfalls mit der Revolution siegen müsste, damit sich die Diktatur des Proletariats dauerhaft in Russland halten und man den Sozialismus aufbauen könne. Dafür war man etwa im Herbst 1923 auch bereit, die Rote Armee zur Unterstützung zu schicken und einen Krieg mit Polen, Frankreich und weiteren Staaten zu riskieren, die sich der Ausbreitung der Revolution in den Weg stellen würden.⁵

Aus der weiteren Entwicklung der Geschichte wissen wir, dass dieser Versuch der regionalen Ausbreitung 1923 vorerst scheiterte und damit für die folgenden Jahre die seit 1917 anhaltende Offensive des internationalen Proletariats endete. Erst mit dem Zweiten Weltkrieg und unter den besonderen politischen und ökonomischen Bedingungen, die durch Krieg und Faschismus und den heroischen Kampf der Roten Armee und der Arbeiter:innenklasse der besetzten Länder entstanden, konnte das sozialistische Lager auf ein Drittel der Welt ausgeweitet werden.

In der Folge von inneren und äußeren Widersprüchen und Einflüssen entwickelten sich die Sowjetunion und die sozialistischen Aufbauversuche in anderen Ländern jedoch bereits ab Mitte der 50er-Jahre und noch

5 | „Deutscher Oktober“, Dokument 9, Josef Stalin, Anmerkungen zum Charakter und zu den Perspektiven der deutschen Revolution, Moskau 20. August 1923, ebd., S. 111f

einmal verstärkt in den darauf folgenden Jahrzehnten weg von einer sozialistischen Entwicklung hin zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse und dem Neuentstehen von Ausbeutungsverhältnissen.

Die Grundlage der revolutionären Situation

Mit Ausnahme der oben benannten besonderen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und der Befreiung der vom Faschismus besiegten Länder kann die Arbeiter:innenklasse nur durch eine sozialistische Revolution in einer revolutionären Situation siegreich die Macht erringen und die Diktatur der Kapitalist:innen brechen. Der Versuch einer sozialistischen Revolution ohne das Vorliegen einer revolutionären Situation muss letztendlich scheitern, wobei auch die Entstehung einer revolutionären Situation noch lange nicht automatisch zur Revolution oder gar zu ihrem Sieg führt.

Lenin beschreibt die revolutionäre Situation als eine gesamt-nationale Krise sowohl der ausgebeuteten als auch der ausbeutenden Klassen. Damit es zur revolutionären Situation kommt, genügt es in der Regel nicht, dass die „unteren Schichten“ in der alten Weise „nicht leben wollen“, es ist zudem erforderlich, dass die „oberen Schichten“ in der alten Weise „nicht leben können“, so Lenin. Dazu muss sich die Not der unterdrückten Klassen „über das gewöhnliche Maß hinaus“ verschärfen,

die Aktivität der Massen erheblich steigern und sie müssen dadurch zu „selbstständigem historischem Handeln gedrängt werden“.

Gleichzeitig betont Lenin, dass „nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution entsteht, sondern nur aus einer Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Wandlungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich: die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die genügend stark sind, um die alte Regierungsgewalt zu zerschlagen (oder zu erschüttern), die niemals, selbst in der Epoche der Krisen nicht, ‚fällt‘, wenn man sie nicht ‚fallen läßt‘.“⁶

Damit erteilt Lenin gleichzeitig all jenen eine Absage, die hoffen oder daran glauben, dass die Krisen des kapitalistischen Systems dazu führen könnten, dass dieses von alleine zusammenbricht und eine neue Gesellschaft aufgebaut werden könnte, ohne zuvor einen organisierten revolutionären Kampf gegen das alte System zu führen und zu gewinnen. Während die kapitalistische Klasse gerade in der tiefsten Krise alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um das alte System am Leben zu halten, muss auch die Arbeiter:innenklasse in der revolutionären Situation bereit sein, alle Kräfte auf ihrer Seite zu mobilisieren und in den revolutionären Kampf zu führen.

6 | W. I. Lenin, Der Zusammenbruch der II Internationale, LW Bd. 21, S. 206 f

Reserven für und gegen die Revolution

Die beiden sich in diesem Kampf um die Macht gegenüberstehenden Klassen müssen dabei versuchen, neben ihren eigenen Klassenkräften möglichst weitere gesellschaftliche Schichten als direkte oder indirekte Reserven zu mobilisieren, um damit ihre Kräfte im Klassenkrieg aufzustocken oder aber zumindest als Reserven der Gegenseite auszuschalten.

Klassische direkte Reserven, um deren Unterstützung die revolutionäre und die konterrevolutionäre Klasse in der Revolution kämpfen, sind die schwankenden kleinbürgerlichen Zwischenklassen und Schichten. Dazu gehören insbesondere in den entwickelten imperialistischen Ländern auch die Schichten der Arbeiter:innenaristokratie.

Potentielle Verbündete der sozialistischen Revolution in Deutschland sind dabei heute insbesondere die Kleinbürger:innen und die halbproletarischen Zwischenschichten. Hierzu zählen unter anderem das klassische Kleinbürger:innentum aus kleinen Bäuer:innen, kleinen Gewerbetreibenden und selbstständigen Handwerker:innen sowie kleinen Beamt:innen und kleinen Selbstständigen. Daneben gibt es heute ein wachsendes modernes Kleinbürger:innentum, vor allem aus den leitenden Angestellten mittlerer Ebenen in den größeren kapitalistischen Unternehmen

und Monopolen sowie den besser gestellten Freiberufler:innen.

Eine Voraussetzung für die Mobilisierung und Bindung dieser Reserven an die Vorhut der Arbeiter:innenklasse ist die Zerschlagung bzw. Entzauberung ihrer Träume vom Aufstieg im kapitalistischen System. Dafür müssen sie realisieren, dass ihr dauerhaft drohender Abstieg in die Arbeiter:innenklasse durch Wirtschaftskrisen, die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz und die für sie ökonomisch unhaltbaren Bedingungen, die ihnen von Banken und Monopolen diktiert werden, hervorgerufen wird. Die Aufgabe der Vorhut der Arbeiter:innenklasse ist es, ihnen ihre falschen Illusionen in das kapitalistische System anhand ihrer eigenen Lebensrealität vor Augen zu führen und damit die ideologische Anziehung, die die Kapitalist:innenklasse auf sie ausübt, und den Drang, an ihrem eigenen unhaltbaren Status quo festzuhalten, zu brechen und sie in den Klassenkampf auf Seite der Revolution zu integrieren.

Als weitere direkte strategische Reserven der Revolution analysiert Stalin als Verallgemeinerung aus den russischen Revolutionserfahrungen in seinem Werk „Über die Grundlagen des Leninismus“ unter anderem „b) das Proletariat der benachbarten Länder; c) die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern“.⁷ Als indirekte Reserven nennt

7 | J. Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Kapitel VII Strategie und Taktik, SW Bd. 6, S. 132 ff.

er die Ausnutzung der Widersprüche und Konflikte der nichtproletarischen Klassen im eigenen Land, um den Gegner zu schwächen, und die Ausnutzung der Konflikte, Kriege und Widersprüche zwischen den dem proletarischen Staat feindlich gesinnten bürgerlichen Staaten.

Spiegelbildlich kann man die herrschende Klasse der benachbarten Länder und konterrevolutionären (z. B. faschistischen und religiös-fundamentalistischen) Bewegungen als strategische Reserven der Konterrevolution verstehen und muss diese mit einberechnen. Das zeigte sich auch nach der sozialistischen Oktoberrevolution und dem darauf folgenden Bürgerkrieg, als die internationale Bourgeoisie jede konterrevolutionäre Bewegung in und um Russland herum befeuerte und zum Angriff auf die Revolution führte. Hinzu kamen reguläre Interventionstruppen aus rund zwei Dutzend Staaten, welche die Revolution zerschlugen und Russland unter sich aufteilen wollten.

Aus diesen Erfahrungen lernend, müssen wir uns auch für einen zukünftigen neuen Anlauf für die sozialistische Revolution die Frage nach der Bedeutung dieser Reserven und der auf sie einwirkenden Veränderungen des Imperialismus in den vergangenen 100 Jahren stellen.

Dabei wollen wir sowohl aufbauend auf den allgemeinen Analysen der Entwicklungen des imperialistischen

Weltsystems und der europäischen und deutschen Wirtschaft im Besonderen als auch aus historischen Erfahrungen erste Schlussfolgerungen für die heutige strategische Bedeutung dieser Reserven für die sozialistische Revolution in Deutschland ziehen.

Politische und gesellschaftliche Entwicklungen

Nach dem Blick auf diese Grundlagen wollen wir nun analysieren, wie sich der Imperialismus in den vergangenen mehr als 100 Jahren seit Lenins Imperialismus-Analyse und den programmatischen Grundsätzen der Kommunistischen Internationale entwickelt hat und welche Bedeutung diese Entwicklungen für den internationalen Charakter der sozialistischen Revolution und insbesondere die Frage der regionalen Reserven haben.

Die Entwicklung des Imperialismus

Während Lenin in seinem Werk „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*“ den Imperialismus in einem noch sehr frühen Stadium seiner Entwicklung beschrieben hat, so hat er sich seitdem weiter ausgebreitet und entwickelt. Heute können wir viele der in diesem Werk für einzelne Länder beschriebenen Charakteristika auf weltweitem Niveau voll ausgereift sehen, die Lenin zu seiner Zeit nur in Ansätzen beschreiben konnte. Dazu zählt etwa die allgemeine Tendenz zur

Monopolbildung auf allen Ebenen der kapitalistischen Produktion auf Welt-niveau.

Heute ist der Kapitalismus überall auf der Welt die vorherrschende Produktionsweise und wir leben in einem imperialistischen Weltsystem, das imperialistische Staaten verschiedener Einflussstärke und abhängige, neokolonial und kolonial unterdrückte Staaten umfasst. Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus treibt dabei den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung durch die Weltmonopole und das Finanzkapital auf die Spitze.

Die Erschließung so gut wie jedes Fleckchens Land auf unserem Planeten, die Globalisierung der Produktion durch nahezu vollständige Einbeziehung dieser in die Weltwirtschaft sowie die Internationalisierung von Produktionsketten hat zu einem einheitlichen Weltmarkt geführt, auf dem sich die imperialistischen Mächte und Weltmonopole dauerhaft in Konkurrenz gegenüberstehen und miteinander um Einflussphären, Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten kämpfen.

Durch die dauerhafte kapitalistische Überproduktion, die Konkurrenz untereinander, die Ungleichentwicklung der einzelnen Länder und Monopole und die dauerhaft bestehenden widerstreitenden Interessen der verschiedenen Kapitale wird das imperialisti-

sche Weltsystem immer wieder durch gigantische Krisen erschüttert. Seit 2008/2009 befindet sich darüber hinaus das aktuelle Modell der globalen Produktion in einer langanhaltenden Krise.⁸

Diese hochvernetzte und internationalisierte Produktion führt sowohl zu einer gegenseitigen Durchdringung und Verzahnung einzelner nationaler Wirtschaften als auch zu einer gesteigerten gegenseitigen Abhängigkeit dieser voneinander. So konnten wir in den vergangenen Jahren immer wieder sehen, wie eine plötzliche Störung des internationalen Waren- und Handelsverkehrs zu massiven wirtschaftlichen Verwerfungen auf dem Weltmarkt führte und starke Folgen für jeweils zahlreiche Länder hatte.

Auch wenn die Gründe für diese Erschütterungen jeweils unterschiedlich waren (Verstopfung des Suez-Kanals, Folgen der Corona-Pandemie-Politik, Störung des Handels mit russischem Öl und ukrainischem Getreide in Folge des Russland-Ukraine-Kriegs, Wirtschaftssanktionen und Zollkriege), so zeigen sie doch die massive Anfälligkeit der heutigen globalisierten Produktion. Zudem führen die sich immer weiter und schneller zuspitzenden Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Ländern und die immer offener ausgefochtenen Machtkämpfe zwischen regionalen Mächten zur Ausweitung

8 | Vgl. Smith, John (2016): *Imperialism in the twenty-first century*, Monthly Review Press, S. 279 ff.

regionaler Kriegs- und Konfliktregionen und einer steigenden Weltkriegsgefahr.

Infolge dieser Entwicklungen versuchen die Imperialisten bereits seit einigen Jahren, die Verzweigung der Weltwirtschaft ein Stück weit zu entwirren, sich dauerhaften und exklusiven Zugang zu den wichtigsten Rohstoffen und Produktionszweigen zu verschaffen und die internationalen Produktionsketten, wo möglich, zu verkürzen und zu regionalisieren, um sie weniger stör anfällig und besser verteidigbar zu machen. Dies sehen wir etwa bei den Diskussionen um die Förderung Seltener Erden im eigenen Land, auch wenn dies deutlich teurer ist als in anderen Ländern, oder den Versuchen der Ansiedlung von Chip- und Batterieindustrie in Deutschland, den USA und Japan. Der größte Teil insbesondere leistungsstarker Hightech-Mikrochips wird heute ausschließlich in Taiwan produziert – vor dem Hintergrund eines möglichen Kriegs mit China wohl eine der größten Achillesfersen der internationalen Produktion.

Doch die internationalisierte Produktion hat auch weitere Effekte, die sich auch jenseits der direkten Produktionssphäre auf das Leben der Menschen auswirken. Dazu gehört etwa die technologische Entwicklung der Kommunikationsmittel und ein dadurch schnellerer Informationsaustausch zwischen immer mehr Menschen auf der ganzen Welt. So kommt

es auch zu einer stärkeren Vernetzung der Massen durch Internet und Medien. Bei einer Umfrage der Bundesnetzagentur gaben 2023 90% der über 16-jährigen an, Online-Kommunikationsdienste zu nutzen.⁹ Informationen werden nicht mehr stark zeitversetzt und nach „Nachrichtenwert“ gefiltert verbreitet, sondern gehen quasi in Echtzeit durch die Welt und dies kann nur noch durch einen sehr hohen Aufwand überhaupt verhindert werden. Gleichzeitig steigt damit auch die schnellere und vermehrte Verbreitung von „Fake News“ (falschen Nachrichten). Die Entwicklung moderner Kommunikationsmittel und ihre steigende Bedeutung für Produktion und Klassenkampf, für Kapitalist:innen und Arbeiter:innenklasse, ist daher Fluch und Segen zugleich.

Regionale Verflechtungen

Auch wenn Deutschland den USA und China als mächtigsten imperialistischen Ländern der Welt in Einigem nachsteht, nimmt es den Status einer der wichtigsten darauf folgenden Mächte der Welt ein. Es hat eine breit aufgestellte ökonomische Basis, das drittgrößte nominelle Bruttoinlandsprodukt der Welt¹⁰ und ist in der Lage, sich im internationalen Konkurrenzkampf mit einer eigenen Strategie am Kampf um die Welthege monie zu beteiligen.

9 | Nutzung von Online-Kommunikationsdiensten in Deutschland, Ergebnisse der Verbraucherbefragung 2023: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Digitales/OnlineKom/befragung_kurz23.pdf

10 | World Economic Outlook Database 2024, <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2024/October>

Das heißt, es ist aufgrund seiner Machtstellung gegenüber einer großen Anzahl von Staaten weltweit in der Lage, seine Interessen durchzusetzen, und ist dabei nicht nur z. B. auf eine bestimmte Region begrenzt.¹¹

Eine besondere Rolle für den deutschen Imperialismus spielt die Europäische Union (EU). Als imperialistisches Bündnis nutzt Deutschland die EU zur Durchsetzung seiner Interessen in Europa und darüber hinaus. Die EU ist ein zentrales Mittel zur Ausübung von politischem Einfluss und zum Ausspielen seiner wirtschaftlichen Überlegenheit für den deutschen Imperialismus. Sie ist dabei ein zeitweiliges imperialistisches Bündnis, das sich über Jahrzehnte aus den widersprüchlichen imperialistischen Kräfteverhältnissen in Europa herausgebildet hat und dauerhaften Veränderungen im Konkurrenzkampf der Imperialisten unterworfen ist. Neben Deutschland und seinen imperialistischen Konkurrenten schließt sie auch abhängige Staaten ein, die vom imperialistischen Kapital zunehmend ökonomisch durchdrungen und von den dazugehörigen Staaten in politische Abhängigkeit gebracht werden.

Durch die jahrzehntelange Existenz und Entwicklung dieses Bündnisses haben sich innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern der EU besondere politische und wirtschaftliche Verbindungen und Verflechtungen

11 | Ausführlicher dazu in unserem Artikel „Die Entwicklung des deutschen Imperialismus“ in Klassenkampf Nr. 2

gebildet und verfestigt. Auch wenn die EU als imperialistisches Bündnis von den Widersprüchen und sich entgegenstehenden Interessen insbesondere der wirtschaftlich stärksten Mitgliedsstaaten geprägt ist, fördern ihre Abkommen und Richtlinien die Entstehung eines innereuropäischen Wirtschaftsmarkts mit möglichst freiem Waren- und Kapitalverkehr. Mit der EU betreffen die innerhalb ihrer Bürokratie getroffenen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen gleichzeitig ein mit dem Bündnis wachsendes, immer größeres Gebiet und ebenso die Arbeiter:innenklasse zahlreicher Länder.

Ähnliche Entwicklungen sehen wir auch in anderen Regionen der Welt, in denen die wirtschaftliche Integration durch regionale imperialistische Bündnisse und kapitalistische Freihandelsabkommen zu einer gegenseitigen wirtschaftlichen Durchdringung bzw. einem Verwachsen von Wirtschaftsräumen kommt, was dann eben auch ähnliche wirtschaftliche Entwicklungen und einen größeren kulturellen Austausch in der Region fördert.

Doch nicht nur die geographische Nähe und ökonomische Verschränkung der Wirtschaftsräume führen zu einer größeren regionalen Vernetzung, sondern auch die ähnlichen Kulturkreise und ihre regionale Entwicklung verstärken und stützen diesen Faktor. Das können wir zum Beispiel in Regionen wie

Westeuropa, dem Balkan, in Teilen Nordafrikas und Westasiens, in Südamerika etc. sehen.

Das Zusammenkommen ähnlicher Kulturkreise (z. B. gleiche oder ähnliche Sprache, Religion, Gebräuche), gemeinsamer Medienlandschaften und Kommunikationsmittel sowie einer stark gegenseitig verzweigten Wirtschaft führt auch dazu, dass größere soziale, politische und ökonomische Protestbewegungen immer häufiger nicht mehr nur auf ein Land konzentriert sind, sondern sich sehr schnell regional oder sogar international ausbreiten. Die Gründe dafür sind ein Zusammenspiel der einfacheren Kommunikation, ähnlicher Lebenslagen und derselben ökonomischen und politischen Probleme, die die Menschen auf die Straße treiben. Durch diese Entwicklungen kann heute der Funke des Protests und der ‚Rebellion‘, von einem lokalen Ereignis ausgehend, sehr schnell überspringen überspringen und ganze Weltregionen in Aufruhr versetzen. Beispiele dafür gibt es in den vergangenen Jahren mehr als genug. Vom ‚Arabischen Frühling‘ 2011 über die Gelbwestenbewegung und Bäuer:innen-Proteste in der EU bis zu den Protesten gegen neoliberale Angriffe in Südamerika und der internationalen Solidaritätsbewegung mit Palästina.

Doch ist diese Entwicklung wirklich so neu und besonders? Sind es nur quantitative Veränderungen, welche die regionale und internationale Be-

einflussung von Protesten und Aufstandsbewegungen häufiger vorkommen lassen und deren Auswirkungen vergrößern, oder verändert sich dadurch auch ihre Qualität? Entstehen dadurch etwa regionale oder internationale revolutionäre Situationen? Und welche taktischen und strategischen Schlussfolgerungen können und müssen wir aus diesen Veränderungen für unsere politische Arbeit in Deutschland heute ziehen?

Beispiele für regionale Revolutionen, internationale Bewegungen und revolutionäre Situationen

Tatsächlich ist das Phänomen der sich gegenseitig beeinflussenden internationalen Proteste nicht so neu, wie es uns heute vielleicht scheinen mag. In einer Zeit, in der es, zumindest in den imperialistischen Zentren, überall verfügbares Internet und digitale Massenkommunikation gibt, kann sich manch einer wohl kaum eine internationale Bewegung ohne diese Informationsmittel vorstellen.

Historisch gibt es jedoch im 19. und 20., aber auch im frühen 21. Jahrhundert eine ganze Reihe an Ereignissen, bei denen man vom Vorliegen einer über den nationalen Rahmen hinausgehenden revolutionären Bewegung und Aufständen, meist im Rahmen von regionalen revolutionären Situationen, ausgehen kann.

Verbunden wurden diese Bewegungen durch dieselben objektiven Gründe für ihre Entstehung, die trotz der unterschiedlichen nationalen Entwicklung eben doch so ähnlich waren, dass sie dazu führten, dass in einem zeitlichen Zusammenhang über Ländergrenzen hinweg eine revolutionäre Bewegung mit ähnlichen oder sogar identischen gemeinsamen Forderungen und Zielen entstand, die sich jeweils gegen die Herrschenden im eigenen Land richtete. Diese Gründe liegen in einer ähnlichen, wenn eben auch nicht gleichen quantitativen und qualitativen Entwicklung der nationalen Ökonomien und dem parallel wachsenden Widerspruch zwischen der voranschreitenden Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktionsmitteln (Produktivkräfte) und der Verteilung des durch die Produktion geschaffenen Reichtums (Produktionsverhältnisse). Wir wollen uns einige dieser Bewegungen hier exemplarisch ansehen.

1848er Revolution: Die erste regionale Revolution?

Das Jahr 1848 ist durch eine Reihe von ineinandergreifenden Revolutionen in Europa in die Geschichte eingegangen. Ausgehend von Italien und Frankreich breitete sich die revolutionäre Welle über Deutschland, Österreich, Ungarn, Moldawien, Tschechien und weitere Regionen Europas aus. Gemeinsam hatten diese Revolutionen, dass es um die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung

ging. Die feudalen oder halbfeudalen Systeme sollten beseitigt, demokratische Rechte für die Masse der Bevölkerung erkämpft, parlamentarisch-demokratische Verhältnisse hergestellt und die feudalen Herrscher durch die aufstrebende bürgerliche Klasse ersetzt werden. Ihrem Charakter nach handelte es sich also um bürgerliche Revolutionen.

Bereits Ende des Jahres 1847 reiften in den verschiedenen Ländern Europas die Spannungen zwischen den verschiedenen Klassen und politischen Fraktionen immer weiter heran, sodass sie sich ab Januar 1848 gewaltvoll entluden und bis in den März hinein große Teile Europas erfassten.

Folgen der Revolutionen waren nicht nur der Sturz bzw. die Beschneidung der politischen Macht zahlreicher europäischer Königshäuser, sondern insbesondere die Bildung verschiedener bürgerlicher Nationalstaaten und die Durchsetzung bürgerlicher Rechte und Freiheiten.

Und doch blieben die meisten dieser Revolutionen auf halbem Wege stecken bzw. wurden im Blut der Konterrevolution erstickt. Ein Euphemismus, dass diese trotz allem als ‚Frühling der Völker‘ in die bürgerliche Geschichtsschreibung eingingen. Ergebnis der revolutionären Kämpfe waren zwar eine Reihe von (zum Teil zeitlich begrenzten) Zugeständnissen an die revolutionären Massen. Doch in den meisten Ländern konnte sich

die Konterrevolution in Form der alten Feudalklasse wieder durchsetzen, auch wenn sie bestimmte Zugeständnisse machen musste oder ein Bündnis mit der aufstrebenden bürgerlichen Klasse einging.

Friedrich Engels, der selbst aktiv an den revolutionären und bewaffneten Kämpfen in verschiedenen Regionen Deutschlands teilnahm, beschreibt die Revolution von 1848 als europäische Revolution: *„Die Revolution von 1848 war keine deutsche Lokalangelegenheit, sie war ein einzelnes Stück eines großen europäischen Ereignisses.“*¹² Laut Engels scheiterten nicht nur die einzelnen nationalen Kämpfe, sie hätten ganz andere Perspektiven und Möglichkeiten gehabt, wenn einzelne Revolutionen unter Führung der Arbeiter:innenklasse siegreich gewesen wären. So beschreibt er die Niederlage der revolutionären Kämpfe in Frankreich als strategische Niederlage für die Kämpfe in Deutschland und sah dadurch die Möglichkeiten eines isolierten Sieges in Deutschland für kaum mehr realistisch an.

1917-1919: Sozialistische Revolution & Räterepubliken

Die bisher wohl größte revolutionäre Welle erschütterte große Teile Europas in der Zeit rund um das Ende des Ersten Weltkriegs. Dazu zählen nicht nur die beiden erfolgreichen Revolutionen in Russland im Jahre 1917 (Fe-

bruarrevolution und Oktoberrevolution), sondern auch die revolutionären Erhebungen in zahlreichen weiteren Ländern Europas in den Jahren 1918-1919. In einigen Ländern gingen die revolutionären Kämpfe und Revolutionsversuche bis in die beginnenden 1920er Jahre hinein.

In verschiedenen europäischen Ländern wie unter anderem Deutschland¹³, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Slowakei führten die revolutionären Erhebungen der Arbeiter:innen und Soldaten zu einem Ende des Krieges bzw. zur Gründung von Rätebewegungen, welche die Regierungen stürzten, und zur kurzzeitigen Schaffung von revolutionären Räterepubliken, wenn meist auch nur auf lokaler Ebene. Eine dauerhafte revolutionäre Regierung und die Übernahme der staatlichen Macht im gesamten Land gelang jedoch nur in Ungarn für einige Monate.

Gemeinsam hatten alle diese Ereignisse, dass die Entstehung von revolutionären Situationen in den einzelnen Ländern nicht unabhängig voneinander passierte, sondern eine gemeinsame Ursache hatte. Der Weltkrieg hatte ganz Europa in ein Schlachtfeld verwandelt und letztlich dazu geführt, dass die Wirtschaft der europäischen Länder am Boden lag, das Maß des Leids der Bevölkerung und der an die Fronten geworfenen Arbeiter:innenklasse aller Länder sich

bis aufs Äußerste zuspitzte und dadurch gleichzeitig die Herrschenden nicht mehr wie bisher ihre Herrschaft aufrechterhalten konnten.

Durch den Erfolg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland und das darauf folgende Ausscheiden Russlands aus dem Weltkrieg durch den Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 wurde der „russische Weg“ zur leuchtenden Hoffnung und zum Vorbild für die Arbeiter:innenklasse der noch im Krieg stehenden europäischen Länder.

Die besondere Situation des Weltkriegs und die dadurch hervorgerufene Mobilisierung immer größerer Teile der männlichen Teile der Arbeiter:innenklasse schufen verschiedene revolutionäre Zentren. Sowohl die Großstädte und Regionen mit zentralen Industriestandorten, in denen sich die Not und Armut immer weiter zuspitzten, als auch die Städte mit den größten Armeestützpunkten entwickelten sich zu den wichtigsten revolutionären Zentren.

Eine besondere Schwäche, die dazu führte, dass letztendlich ein großer Teil der revolutionären Erhebungen in Europa in den Jahren 1918-1919 scheiterte oder aber bei den Erfolgen einer demokratischen Revolution (Abschaffung der Monarchie, Einführung demokratischer Rechte etc.) stehen blieb, war die Schwäche und Unerfahrenheit der kommunistischen Organisationen und der offene Ver-

rat der alten Sozialdemokratie. Damit verging zunächst auch die Chance, die erfolgreiche sozialistische Revolution von Russland aus weiter auszubreiten. Auch weitere revolutionäre Erhebungen, wie die Märzrevolution im Ruhrgebiet und der Hamburger Aufstand, scheiterten in den 1920er-Jahren als vorerst letzte ernsthafte Versuche, die Revolution auch in weiteren Ländern zum Erfolg zu führen.

Der historische Verrat der europäischen Sozialdemokratie der II. Internationale zu Beginn des Ersten Weltkriegs durch die Burgfriedenspolitik mit der eigenen herrschenden Klasse, ihr damit einhergehendes Übertreten auf die Seite des Imperialismus und die in den meisten Ländern zu späte Trennung der kommunistischen Kräfte und Gründung eigener kommunistischer Parteien ohne die alte Sozialdemokratie, schwächten das Proletariat in der entscheidenden Phase des Weltkriegs und der daraus entstandenen revolutionären Situation. Der Versuch der russischen Kommunist:innen, dieser Entwicklung mit dem Zusammenschluss der europäischen kommunistischen Kräfte in der Zimmerwalder Linken ab 1915, welcher später in der Gründung der III. Internationale (Kommunistische Internationale) im Jahr 1919 gipfelte, zu begegnen und so die Voraussetzungen für eine revolutionäre Beendigung des Krieges und seine Überführung in einen revolutionären Bürgerkrieg zu schaffen, konnte die zu geringe Erfahrung, Festigkeit und Verankerung

¹² | Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg, MEW Bd. 7, S. 413.

¹³ | Vgl. <https://komaufbau.org/100-jahre-novemberrevolution-100-jahre-kpd/>

der Kommunist:innen jedoch nicht entscheidend ausgleichen.

Die detaillierte Bewertung der Geschichte und Entwicklung der Kommunistischen Internationale und ihrer expliziten Konzeption als Weltpartei (Führung der gesamten Bewegung aus einem Zentrum heraus) kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, sondern muss gesondert erfolgen. Gleiches gilt für die Beeinflussung der antikolonialen Kämpfe in den Kolonien und ihre Beeinflussung durch die erfolgreiche Oktoberrevolution und die revolutionären Kämpfe in den imperialistischen Ländern Europas 1918-1919.

Etwas anders als die beiden europäischen Revolutionswellen 1848 und 1918 lagen sicher die Gründe, Entstehungsgeschichte und Dimensionen der beiden folgenden Beispiele. Trotzdem wollen wir sie hier als Beispiele nennen, um aus diesen Erfahrungen und ihren Besonderheiten lernen zu können und den eigenen Horizont auch über eher „typische“ historische Beispiele hinaus zu erweitern und diese zu analysieren.

1968er-Bewegung

Die Entstehungsgeschichte und der Verlauf der internationalen 1968er-Bewegung sind in jedem Land zu einem bestimmten Grad unterschiedlich gewesen. Trotzdem liegen ihr einige gemeinsame Aspekte und internationale Ereignisse zugrunde,

welche die parallele Entstehung dieser weltweiten Bewegung in der Mitte der 1960er Jahre möglich machten und die es für uns zu untersuchen gilt.

Gemeinsame Grundlage der Bewegung waren verschiedene starke Umbrüche, sowohl auf ökonomischer als auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene, die Millionen Menschen dazu brachten, selber aktiv zu werden. Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Beispielen können wir hier nicht von einer (einheitlichen) revolutionären Situation im klassischen Sinne ausgehen, sondern müssten das Vorliegen dieser genauer für einzelne Länder und Regionen der Welt betrachten und bestimmen, in welchen Aspekten eine solche überhaupt vorlag. Gleichzeitig sind gerade die revolutionären Kämpfe und Protestbewegungen der 1960er-Jahre von einer starken gegenseitigen Beeinflussung und Rückwirkung aufeinander geprägt.

Bedeutenden Einfluss auf das Entstehen und die Entwicklung der Bewegungen hatten dabei insbesondere folgende ineinander verschränkte und sich gegenseitig vertiefende Aspekte:

- Die erste größere Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg (ab 1967) erschütterte das „Wirtschaftswunder“ des seit zwei Jahrzehnten ununterbrochenen Wirtschaftswachstums sowie die Finanzmärkte bzw. das US-geführte Weltwährungssystem von

Bretton-Woods, welches schließlich 1973 kollabierte. Damit wurde auch die Propaganda, dass der Kapitalismus das bessere System als der Sozialismus sei, direkt in Frage gestellt.

- Erstarben der Unabhängigkeits-, Befreiungs- und Guerillabewegungen in zahlreichen Kolonien und ihre gegenseitige Stärkung und Beeinflussung; Einflüsse der kubanischen Revolution und der chinesischen Kulturrevolution.
- Entstehung eines breiten Antikriegs- und antiimperialistischen Bewusstseins insbesondere im Zuge der Kubakrise, des Vietnamkrieges, der 10 Jahre zuvor erfolgten Gründung der Bundeswehr und des Beitritts Deutschlands zur NATO.
- Infragestellung der herrschenden kulturellen und gesellschaftlichen Normen durch die erste Nachkriegsgeneration. Entwicklung und Verbreitung moderner Kommunikationsmittel und Medien.
- Erstarben der Bürgerrechtsbewegung in den USA sowie Bewegungen für Demokratisierung und Modernisierung des Bildungsreichs in zahlreichen Ländern.

Diese und weitere Faktoren führten dazu, dass die 1960er- und der Anfang der 1970er-Jahre geprägt waren von zahlreichen Protest- und Aufstandsbewegungen, die mal mehr und mal weniger radikal das herrschende

System in Frage stellten. Auch wenn revolutionäre und kommunistische Kräfte in den meisten Ländern die spontanen Bewegungen nicht dauerhaft anführen, lenken oder organisieren konnten, so haben die parallelen sozialen und politischen Bewegungen der 1960er-Jahre eine Welle gesellschaftlicher Umbrüche mit zentralen Forderungen nach Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Frieden und kultureller Freiheit hervorgebracht. Sie prägten das gesellschaftliche Klima nachhaltig, auch wenn viele ihrer konkreten Ziele nur teilweise erreicht wurden. Im Nachgang der 1968er-Bewegung bildeten sich gerade in Deutschland zahlreiche unterschiedliche revolutionäre und kommunistische Organisationen, welche die Suche nach dem Weg zur sozialistischen Revolution in den folgenden Jahrzehnten prägen sollten.

Nationale Befreiungsbewegungen und Bewegungen in abhängigen Ländern

Nicht nur in der 1968er-Bewegung haben die nationalen Befreiungsbewegungen und Kämpfe in abhängigen Ländern eine bedeutende Rolle gespielt. Auch im Aufschwung der Aufstandsbewegung im Zuge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 spitzten sich die Widersprüche insbesondere in den abhängigen Ländern besonders zu und führten hier zu entsprechenden Massenbewegungen gegen die imperialistische Ausbeutung und

Unterdrückung. Bis heute setzen die Imperialisten und ihre Marionettenregime zur Aufrechterhaltung ihrer Besatzung, Ausplünderung und Unterdrückung zahlreicher Völker und Nationen immer wieder ganze Regionen in Brand und rufen damit ebenso Widerstand hervor.

In den vergangenen Jahren konnte man dies vor allem im Widerstand in Kurdistan und Palästina sehen. Der Kampf gegen imperialistische Unterdrückung und Besatzung hat hier immer wieder zu einem Flächenbrand in Westasien geführt, der sich nicht auf ein Land begrenzen lässt, sondern die gesamte Region ins Wanken gebracht hat und damit sowohl die bisherige Herrschaft als auch das Leben der Unterdrückten in Frage gestellt hat.

So hat der israelische Krieg nach den Angriffen am 7. Oktober 2023 sich nicht nur auf den Gaza-Streifen oder weitere palästinensische Gebiete beschränkt, sondern einen Krieg in der Region ausgelöst, der bis heute anhält und den Status quo der gesamten Region in Frage stellt. Insbesondere das Fehlen starker revolutionärer Kräfte in der Region und die fehlende Vereinigung der Unterdrückten im revolutionären Kampf verhindern dabei immer wieder einen stärker vereinten Kampf gegen alle Unterdrücker:innen in der Region.

Auch anhand der Entwicklungen in Kurdistan können wir sehen, dass die Versuche der regionalen Mächte,

die kurdische Nation zu spalten und in die verschiedenen unterdrückten Nationalstaaten zu pressen und zu assimilieren, keinen Erfolg haben, sondern regelmäßig Widerstand hervorrufen. Hier kämpfen seit Jahren kommunistische und fortschrittliche Kräfte um die Freiheit und Demokratisierung mit einer regionalen Perspektive. Dabei zeigen insbesondere die spontanen Bewegungen, wie die unter der Parole „Jin, Jiyan, Azadi!“ (Frau, Leben, Freiheit) entstandene Protestbewegung im Iran 2022 und ihre Ausweitung unter anderem auf die Türkei, Afghanistan, Syrien und den Irak oder die grenzüberschreitenden Widerstände unter anderem in vier verschiedenen Staaten lebenden kurdischen Bevölkerung und der mit ihnen verbundenen nationalen Befreiungsbewegungen gegen die Ausbreitung des „Islamischen Staats“ und die Verteidigung der Städte Kobane und Sindschar 2013/2014, die regionale Dimension dieser Kämpfe.

Eine der wohl größten regionalen Protestbewegungen, welche in zahlreichen Regierungsstürzen gipfelte, waren die in westlichen Medien als „arabischer Frühling“ oder auch „arabische Revolution“ benannten Aufstände in zahlreichen Ländern in Nordafrika und Westasien im Jahr 2011, die als Folge der Auswirkungen der schlechten ökonomischen Situation der Länder Nordafrikas und Westasiens infolge der Weltwirtschaftskrise entstanden waren.

Beginnend mit der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 in Tunesien breitete sich die Aufstandswelle in rasender Geschwindigkeit über alle Länder Nordafrikas, die arabische Halbinsel und zahlreiche Länder Westasiens aus. Unter anderem in Tunesien, Ägypten, Libyen und dem Jemen mussten die Regierungen im Rahmen der Proteste und Aufstände zurücktreten. Insgesamt fanden in mehr als 17 Ländern der Region größere Demonstrationen oder andauernde Proteste für mehr Demokratie und gegen die prekäre wirtschaftliche Situation der Arbeiter:innenklasse der Länder statt. Der „arabische Frühling“ ist wohl das anschaulichste aktuelle Beispiel für die gegenseitige Beeinflussung von Protesten, die zu einer regionalen revolutionären Situation geführt haben und nicht allein das herrschende System in einem Land, sondern das einer gesamten zusammenhängenden Region ins Wanken gebracht hat.

Die mit diesen Aufständen verbundenen Hoffnungen wurden jedoch schnell enttäuscht. Auf die Proteste und Aufstände folgten nach einzelnen Zugeständnissen und Beschwichtigungen in der Mehrzahl der Länder eine enorme Repression und eine Stärkung islamisch-fundamentalistischer Kräfte anstatt einer dauerhaften Verbesserung der ökonomischen und politischen Situation der Arbeiter:innenklasse. Auch hier fehlten starke revolutionäre Kräfte, welche die Aufstände hätten dauerhaft zum

Erfolg führen können. Eine Ausnahme waren hier alleine die oben bereits benannten kurdischen Kräfte in Syrien, die seitdem versuchen, ein demokratisches Gegenmodell in Teilen des Landes zu organisieren und zu verteidigen.

Regionale Konterrevolution

Verbunden mit nationalen, aber insbesondere auch den verschiedenen aufgezeigten regionalen Aufstands- und Revolutionsversuchen, ist die regionale Reaktion der Konterrevolution auf diese. So sehr die Kapitalist:innen einzelner Unternehmen und die verschiedenen imperialistischen Staaten im unversöhnlichen Konkurrenzkampf zueinander stehen, so eint sie doch über alle unterschiedlichen und gegeneinander stehenden Eigeninteressen hinweg das Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutungsordnung als Ganzes.

Überall dort, wo der Aufstand gewagt wird, aber nicht erfolgreich ist oder nicht unermüdlich immer weitergeführt wird, bis der Sieg tatsächlich gesichert ist und eine Phase der Stabilisierung der demokratischen oder proletarischen Herrschaft eingetreten ist, wird die Konterrevolution mit aller Macht zurückschlagen. Bereits Karl Marx und Friedrich Engels haben dies aus den ersten Revolutionserfahrungen der Pariser Kommune geschlussfolgert. Wo die Kommunisten zögerlich waren, wo sie zu sanft

und gutmütig mit den Herrschenden umgegangen sind, haben sie nach der Niederschlagung der Kommune den doppelten Preis dafür gezahlt. Gleiches können wir auch bei der Bekämpfung regionaler Revolutionsversuche oder der regionalen Konterrevolution gegen die siegreiche Oktoberrevolution sehen.

Sowohl die Revolutionen 1848 als auch die Revolutionsversuche 1918-1919 und die demokratischen Aufstände im „arabischen Frühling“ verfehlten ihre Ziele und wurden in der Repression der Konterrevolution erstickt. Zeitweise oder auch dauerhafte positive Veränderungen, welche in den Aufständen erkämpft wurden, werden auf der anderen Seite durch noch reaktionärere Regime und die Stärkung der Konterrevolution beantwortet. So haben wir es zuletzt mit dem Aufstieg islamisch-fundamentalistischer Kräfte in zahlreichen arabischen Ländern nach dem Sturz der langjährigen Herrscherfamilien wie etwa in Tunesien gesehen.

Ideologische Diskussion über regionale und internationale Revolutionen

Die Diskussion, welche Schlussfolgerungen Kommunist:innen nun aus der Entwicklung des Kapitalismus und darauf aufbauend des Imperialismus als internationales bzw. weltweites System mit einem einheitlichen Weltmarkt ziehen, ist so alt wie die Ent-

wicklung dieses Gesellschaftssystems selbst.

Wir wollen hier nicht in aller Ausführlichkeit die historische Diskussion um die Frage, inwieweit der „Sozialismus in einem Land“ möglich ist, nachzeichnen und bewerten. Dafür gibt es genug historische Texte und Analysen, sowohl von trotzkistischer als auch von kommunistischer Seite. Die Geschichte hat uns jedoch gezeigt, dass die Annahme der Bolschewiki richtig war, dass trotz aller Schwierigkeiten und Probleme der Sieg der sozialistischen Revolution und der Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich sind.

Lenin hat in seinem Text „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“¹⁴ bereits 1915 ausführlich dargelegt, dass die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung einzelner Staaten ein unbedingtes Gesetz im Kapitalismus ist, aus dem sich die Möglichkeit und im Zweifel auch die Notwendigkeit ergibt, die sozialistische Revolution nur in einem Land durchzuführen.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution schrieb Lenin im August 1918 an amerikanische Arbeiter: „Wir wissen, es kann auch so kommen, dass die europäische proletarische Revolution nicht in den nächsten Wochen ausbricht, so schnell sie auch in letzter Zeit heranreift. Wir bauen darauf,

¹⁴ | Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Lenin Werke, Band 21, Seite 342-346

dass die internationale Revolution unausbleiblich ist; das bedeutet aber keineswegs, dass wir törichterweise damit rechnen, die Revolution werde unbedingt innerhalb einer bestimmten kurzen Frist beginnen.“¹⁵

Die Bolschewiki setzten zwar stark darauf, dass die Revolution insbesondere in Deutschland und in möglichst vielen weiteren europäischen Ländern zeitnah erfolgreich sein würde, aber sie machten ihr Schicksal nicht von dieser Entwicklung abhängig. Stattdessen haben sie aus eigenen Kräften heraus einen Weg zum Aufbau des Sozialismus für sich entwickelt, während sie gleichzeitig sehr viele Kräfte in die Förderung der Ausdehnung der Revolution gesteckt haben. Doch als das scheiterte, haben sie mehr und mehr versucht, sich durch die Herstellung diplomatischer und Handelsbeziehungen auch mit den kapitalistischen Ländern den nötigen Spielraum für eine Weiterentwicklung ohne direkte kriegerische Konfrontation zu sichern. Die Bewertung dieser Entwicklung und des Problems, dass damit mit der Zeit die Perspektive der internationalen Revolution immer weiter in den Hintergrund gerückt ist, müssen wir an anderer Stelle vornehmen.

Ganz anders gehen viele trotzkistische Gruppen, historisch wie heute, an diese Frage heran. Sie verstehen und propagieren die sozialistische

¹⁵ | Brief an die amerikanischen Arbeiter, Lenin Werke, Band 28, Seite 48-62

Revolution als einen gleichzeitigen Aufstand der internationalen Arbeiter:innenklasse in einer Vielzahl an Ländern oder gar der gesamten Welt. In der Konsequenz gründen sie mit jeder Spaltung ihrer Bewegung dogmatisch und ohne eine konkrete Analyse und Bewertung der Bedingungen eine neue Internationale. Damit bauen sie letztendlich ihre Strategie darauf auf, dass sich in zahlreichen kapitalistischen Ländern zeitgleich eine revolutionäre Situation ergibt und der subjektive Faktor ebenso in all diesen Ländern parallel so weit entwickelt ist, dass es zum revolutionären Aufstand kommt. Sie verschieben damit in letzter Konsequenz die Revolution auf den Sankt-Nimmerleinstag.

Wie bereits oben dargelegt, hat die Entwicklung des Imperialismus zu einer immer verzweigteren und verschränkteren Entwicklung der Weltwirtschaft und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den imperialistischen und kapitalistischen Ländern geführt. Diese Entwicklung hebt aber die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in keinem Falle auf, sondern verschärft sie im Weltmaßstab weiter.

In dem kommunistischen Magazin „Marxist Teori“ aus der Türkei beschreibt Toprak Akarsu diese Entwicklung des Imperialismus heute wie folgt: „In der Zeit der imperialistischen Globalisierung gewinnt auch die lokale Dimension der Internationalisierung auf regionaler Ebene an Dynamik und der Wettbewerb durch regionale

*Integrationen wird charakteristisch. EU, Nafta und Shanghai Five spiegeln den regionalen Integrationstrend wider.*¹⁶

Anhand der Analyse der Entwicklung der Widersprüche und Klassenkämpfe in Nordafrika und Westasien zieht Akarsu daraus die Schlussfolgerung, dass „heute die regionale Revolution von Anfang an einen Platz im Programm und in der politischen Strategie des Proletariats finden muss. Das Ziel, schnell von Revolutionen einzelner Länder zu regionalen Revolutionen und von dort zur Weltrevolution überzugehen, ist ein aktuelles Problem, das auf der Tagesordnung steht und gelöst werden muss.“

Anknüpfend an den Vorschlag der Kommunistischen Internationale Anfang der 1920er Jahre, die Nationen des Balkans in einer sozialistischen Föderation zusammenzufassen, legt Akarsu in dem Artikel den Vorschlag dar, heute zunächst antiimperialistischen Kampfkoordinationen der revolutionären und kommunistischen Kräfte auf dem Balkan und in Westasien zu schaffen, mit dem Ziel, in einer regionalen revolutionären Situation die Kräfte zu bündeln und in eine sozialistische Föderation zu überführen.

Für uns als Kommunist:innen in Deutschland bzw. Europa stellt sich die Frage, inwieweit diese Analyse

16 | Theoretische Voraussetzungen der regionalen Revolution, Ausgabe 20, März-April 2016, eigene Übersetzung, <https://www.marxisttheori5.org/93-marxist-teori/sayi-20-mart-nisan-2016/541-bolge-devrimin-teorik-onculleri.html>

auf unsere Region übertragbar bzw. anwendbar ist und ausgehend von den oben ausgeführten Beispielen regionaler Revolutionen und Aufstände, welche strategischen Schlussfolgerungen sich daraus heute ziehen lassen.

Europäische Revolution?

Ergibt sich aus den bisherigen Ausführungen für uns nun die strategische Ausrichtung auf eine zeitgleiche, vereinigte europäische Revolution? Ist der Klassenkampf dementsprechend nicht nur seinem Charakter nach, sondern auch seiner Form nach, heute international? Müssen wir dementsprechend unsere Organisationsformen, den Schwerpunkt unserer Agitation und Propaganda und die Richtung unseres Hauptschlages gegen den deutschen Imperialismus verändern?

Nein, so eine Schlussfolgerung können wir aus den bisherigen Ausführungen natürlich nicht ziehen! Und damit würde man auch die Diskussion, welche die Genoss:innen von „Marxist Teori“ in ihrer Zeitung führten, von den Füßen auf den Kopf stellen oder bewusst entstellen, wie dies zum Teil in der theoretischen Diskussion dieser Frage als typisch dogmatischer Beißreflex in der türkischen revolutionären Bewegung gemacht wurde.

Solche Schlussfolgerungen zu ziehen, würde bedeuten, eine Art

„Ultraimperialismus“-Theorie¹⁷, wie sie Karl Kautsky 1914 entwickelte, zu adaptieren und das grundlegende Gesetz der Ungleichentwicklung der Staaten im Kapitalismus und seiner Verschärfung im Imperialismus zu negieren. Kurz gesagt: Es wäre eine Abkehr von der materialistischen Analyse der Realität hin zu einem idealistischen Gedankenkonstrukt, welches die zwingenden Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie und die daraus hervorgehende unausweichliche dauerhafte Konkurrenz der Imperialisten verschleiern würde.

Betrachtet man zudem die historische wie auch die aktuelle Situation der verschiedenen Regionen, über die wir hier diskutiert haben, genauer, so müssen hier wesentliche Unterschiede benannt werden, die in der Analyse und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen müssen. Während die Regionen Nordafrika, der Balkan und Westasien seit der Entstehung des Imperialismus geprägt sind von der Besatzung und Ausplünderung von Natur und Bevölkerung durch die imperialistischen Staaten, ist gerade Westeuropa genau durch das Gegenteil geformt worden. Die westeuropäischen Staaten und Ökonomien sind gerade durch ihre imperialistische Ausplünderung der Kolonien und der abhängigen Länder überall auf der Welt zu führenden In-

17 | Der Imperialismus, Karl Kautsky, Die Neue Zeit 32-II, 1914, 21, S.908-922. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1914/xx/imperialismus.pdf>

dustrienationen geworden.

Die Völker auf dem Balkan, in Westasien und Nordafrika eint über die nationalen Grenzen hinweg ihr Interesse im Kampf gegen den Imperialismus. Sie haben damit nicht nur ihre nationale Bourgeoisie als Feind, sondern werden auf dem Weg zum Sozialismus eine Phase antiimperialistisch-demokratischer Kämpfe durchlaufen, in denen ihnen die imperialistischen Räuber als gemeinsamer Feind gegenüberstehen werden.

In Westeuropa und für uns in Deutschland ist diese Situation grundlegend anders. Egal wie sehr die Imperialisten durch zeitweilige imperialistische Bündnisse wie die EU, die NATO oder andere ihre Interessen bündeln und sich schwächere Staaten unterordnen, führt das nicht dazu, dass sich unser Kampf hauptsächlich gegen diese Bündnisse oder die herrschende Klasse anderer Länder richten würde. Unser Hauptfeind ist und bleibt der deutsche Imperialismus. Auch wenn wir zum Beispiel in der auf die Weltwirtschaftskrise folgende Staatsschuldenkrise in der EU gesehen haben, wie sich auch hier Proteste gegenseitig befeuern können.

Aus diesem zentralen Unterschied und den oben benannten Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung kann es keine prinzipielle strategische Neuorientierung auf eine gleichzeitige vereinigte europäische Revolution geben.

Was in unserer Strategie und Taktik jedoch bedacht werden muss, ist, dass bei der Entstehung einer parallelen revolutionären Situation in einer Reihe von europäischen Ländern die revolutionären Entwicklungen in den einzelnen Ländern sich gegenseitig direkt beeinflussen, so wie wir es in den obigen historischen Beispielen bereits gezeigt haben. Erfolgreiche Schlachten und Siege der Revolution in einem Land stärken die revolutionären Kräfte in anderen Ländern, wie konterrevolutionäre Rückschläge in einem Staat die Reaktion in anderen Staaten ermuntern und sie moralisch stärken.

Schlussfolgerungen für die revolutionäre Strategie

Doch was ergibt sich nun aus den bisher analysierten Grundlagen, Entwicklungen und historischen Erfahrungen, sowie heutigen Debatten für die Bedeutung des internationalen Charakters der sozialistischen Revolution im 21. Jahrhundert und insbesondere für uns in Deutschland?

Wir haben gesehen, dass die Frage der regionalen und auch der europäischen Revolution nicht neu ist und die Kommunist:innen bereits seit 200 Jahren immer wieder beschäftigt hat und es darauf ankommt, aus diesen Erfahrungen und Debatten richtige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wir haben zudem gesehen, dass die Entwicklung des Imperialismus die gegenseitige ökonomische, politische und gesellschaftliche Durchdringung und Verzahnung der Länder in einer Region, aber auch weltweit, massiv zunimmt und Rückwirkungen auch auf die Frage der gegenseitigen Beeinflussung von Protestbewegungen, Aufständen und revolutionären Situationen hat.

Wir haben dabei jedoch auch festgehalten, dass diese Entwicklung eben nicht dazu führt, dass es international oder regional zu einer einheitlichen und gleichzeitigen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung kommt, die automatisch zu einer zeitgleichen Entstehung von revolutionären Situationen führt, auf die es zu warten gilt.

Für die revolutionäre Strategie der sozialistischen Revolution im Imperialismus und insbesondere für uns in Deutschland können wir daher feststellen, dass die Revolution weiter grundsätzlich national bleibt, auch wenn die gegenseitige Beeinflussung tendenziell wächst. Dies gilt insbesondere für verschiedene Regionen, die historisch, kulturell und gesellschaftlich eng verbunden sind und in denen sich dadurch zum Beispiel eine gemeinsame Medien- und Kulturlandschaft entwickelt hat, in der sich dauerhaft auch Protestkulturen gegenseitig positiv beeinflussen können oder wie in der EU eine politische oder ökonomische Krise des

imperialistischen Bündnisses sich auf alle beteiligten Staaten auswirkt.

Auch wenn sich an der grundsätzlichen geographischen Revolutionsstrategie gerade aus der Analyse nichts ändert, so müssen wir doch trotzdem aus den Analysen Schlussfolgerungen für die konkrete Ausrichtung und Schwerpunktsetzung unserer Arbeit ziehen. So wird die regionale bzw. internationale revolutionäre Bewegung noch viel zu wenig als konkrete strategische Reserve der nationalen Revolution angesehen und entsprechend organisiert. Doch nur durch eine entsprechende Organisation und Vorbereitung kann die mögliche Ausweitung von Protestbewegungen, Aufständen und Revolutionen in weitere Länder einer Region und dadurch auch die Spaltung und Schwächung der imperialistischen Kräfte gelingen.

Konkret heißt das für uns, dass wir davon ausgehen, dass aufgrund der engen politischen und militärischen Kooperation sowie der wechselseitigen ökonomischen Durchdringung der Kampf und Aufstand der Arbeiter:innenbewegungen in anderen europäischen Ländern und der gemeinsame internationale Kampf von wachsender Bedeutung für Sieg oder Niederlage der sozialistischen Revolution in Deutschland sein werden, da diese die strategische Reserve der Konterrevolution, die herrschende Klasse in ihrem Land, entschieden schwächt oder ganz ausschaltet. Dies

gilt insbesondere, da die objektiven Bedingungen und Möglichkeiten für das zeitlich eng beieinanderliegende Entstehen revolutionärer Situationen in einer Region der kapitalistischen Weltwirtschaft durch die oben beschriebenen, dem Imperialismus eigenen Entwicklungstendenzen gewachsen sind.

Nicht zuletzt im Ukrainekrieg haben wir mehr als deutlich gesehen, dass bei dem aktuellen Stand der Technik und der verzweigten imperialistischen Interessen und Wirtschaftsbeziehungen eine Begrenzung militärischer, ökonomischer und politischer Konflikte ab einer bestimmten Intensität kaum mehr möglich ist, sondern die Konflikte zu weltweiten Verwerfungen führt. Insbesondere dort, wo der Imperialismus tatsächlich in Gefahr gerät, wird aus jeder nationalen Erhebung schnell ein internationaler Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution. Und dann dürfen die Arbeiter:innenklasse und die Kommunist:innen an ihrer Spitze eben nicht auf den Zuschauerrängen der Geschichte verharren, sondern müssen international ihren Platz im Kampf einnehmen.

Schon heute muss es uns daher darum gehen, die Vernetzung und die gemeinsame Praxis über die nationalen Grenzen hinweg auf- und auszubauen und einen Austausch von Erfahrungen und Organisations- und Kampfmethoden zu schaffen. Je besser wir international organisiert sind,

je breiter unsere Kontakte und unsere gemeinsamen Kampferfahrungen auf regionaler und internationaler Ebene sind, desto besser sind wir auf die kommenden Kämpfe vorbereitet.

Die Notwendigkeit dieser Vernetzung und gemeinsamer Organisation gilt natürlich im Besonderen für alle Gebiete, die strategisch für den deutschen Imperialismus sind und von diesem besonders ausgebeutet werden. Hier haben wir direkt einen gemeinsamen Feind, gegen den sich unser internationaler Kampf richtet. Dies gilt insbesondere in der EU, in der Deutschland eine Führungsrolle und die des Hauptprofiteurs einnimmt. Darüber hinaus gilt sie für die Balkanstaaten bzw. die Länder Osteuropas, in denen Deutschland historisch wie aktuell den größten und direktesten Einfluss als imperialistischer Ausbeuter einnimmt.¹⁸

Je mehr sich die zwischenimperialistischen Widersprüche (auch in Europa) zuspitzen, je größer die chauvinistische Propaganda gegen andere Länder und Nationen wird, desto wichtiger wird die Frage der regionalen und internationalen Vernetzung der revolutionären und kommunistischen Kräfte. Gerade in der Vorbereitungsphase eines neuen großen imperialistischen Verteilungskrieges ist es die Aufgabe der Kommunist:innen, eine internationale Praxis und Vernetzung dagegen zu entwickeln und einen

erneuten Verrat am proletarischen Internationalismus wie zu Beginn des Ersten Weltkriegs zu verhindern. Dafür müssen wir heute die ideologischen, politischen und organisatorischen Vorbereitungen treffen und ein entsprechendes Fundament legen.

Die sich daraus ergebende Frage einer konkreten internationalen Organisationsform, also etwa des Ziels der Neugründung einer kommunistischen Internationale als Weltpartei und welche Schlussfolgerungen aus den gemachten Erfahrungen, ihren Stärken und Schwächen, gezogen werden müssen, lässt sich nicht so einfach oder prinzipiell beantworten. Für eine Antwort auf diese Frage braucht es eine konkrete Auswertung der historischen Erfahrungen und eine konkrete Analyse der heutigen Bedingungen. Was sich jedoch als Schlussfolgerung festhalten lässt, ist, dass es eine deutlich gesteigerte Vernetzung und praktische Zusammenarbeit zwischen revolutionären und kommunistischen Organisationen und Parteien über Ländergrenzen hinweg braucht, damit diese die Rolle einer strategischen Reserve spielen und einen realen Unterschied im Klassenkampf machen können. Gleichzeitig wird die internationale Zusammenarbeit kommunistischer Kräfte immer auch verschiedene Organisationsformen beinhalten müssen und auf verschiedenen Ebenen stattfinden, die sich gegenseitig ergänzen müssen.

¹⁸ | Vgl. Der deutsche Imperialismus in Europa, <https://komaufbau.org/deutscherimperialismus/>





**Die Landwirtschaft
in Deutschland
und die Frage der
Bäuer:innen**

Zur historischen Bedeutung der Bäuer:innenfrage in der kommunistischen Bewegung

Die Bäuer:innenfrage hat in der Geschichte der kommunistischen Bewegung immer eine zentrale Bedeutung für die revolutionäre Strategie und Programmatik gespielt. Im 19. und 20. Jahrhundert lebte und arbeitete der überwiegende Teil der Bevölkerung in vielen europäischen Ländern noch auf dem Land. So war es auch in Deutschland, in dem sich schon im 16. Jahrhundert ein Teil des Bauernkriegs abgespielt hatte. Karl Marx sah die Bäuer:innenschaft 1856 in einem Brief an Friedrich Engels als eine entscheidende Reserve im Kampf um die sozialistische Revolution an: „*The whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit, to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasants' war. Dann wird die Sache vorzüglich.*“¹ Der erste Anlauf zur Schaffung des Sozialismus in Deutschland beinhaltete nach 1945 eine große Bodenreform und später die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR. Die beiden weltgeschichtlich bedeutendsten Revolutionen des 20. Jahrhunderts, nämlich in Russland (1917) und China (1949), wurden neben den Arbeiter:innen von den Bevölkerungsmehrheiten der

Bäuer:innen in beiden Ländern getragen. Das Bündnis zwischen Arbeiter:innen und Bäuer:innen, für das die Kommunist:innen kämpften, fand seinen Ausdruck im Symbol von Hammer und Sichel.

Wie ist es aber heute? Die Geschichte und Bedeutung der Bäuer:innenfrage wie überhaupt des ländlichen Raums scheinen für die heutige kommunistische und politische Widerstandsbewegung in Deutschland mit wenigen Ausnahmen ein loser Faden zu sein. Dies hat sich insbesondere rund um die letzten großen Bäuer:innenproteste Anfang 2024 gezeigt, zu denen es vielen politischen Kräften schwerfiel, sich konkret zu positionieren, sofern unter ihnen überhaupt ein Hahn danach gekräht hat. Die Unklarheit beginnt häufig schon bei der Frage, ob es heute in Deutschland überhaupt noch Bäuer:innen in dem Sinne gibt, wie sie früher in kommunistischen Programmen auftauchten. Ist die Landwirtschaft heute nicht vielmehr durchgehend kapitalistisch, und gibt es dort keine Bündnispartner:innen mehr für die Arbeiter:innen? Welche Haltung sollten wir dann aber gegenüber den Bäuer:innenprotesten einnehmen, wenn diese wieder aufblühen?

Um diese Fragen zu klären, analysieren wir im Folgenden die heutigen Klassenverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft. Wir beginnen mit einer Darstellung der Bäuer:innen und ihrer historischen Entwicklung

als Klasse, bevor wir die agrarische Betriebslandschaft und ihre Arbeitskräfte anhand aktueller Statistiken und Studien untersuchen. Dabei fokussieren wir uns auf die Frage, wer heute die Landarbeit verrichtet, und stellen dar, dass sich diese Gruppe in Bäuer:innen, nämlich Familienarbeitskräfte als Selbstausbeuter:innen im eigenen Betrieb, sowie Landarbeiter:innen unterteilt. Wir untersuchen die Frage, inwiefern es sich bei den Eigentümer:innen der landwirtschaftlichen Betriebe noch um eine eigene Klasse handelt. Dabei berücksichtigen wir die großen regionalen Unterschiede in der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur, vor allem zwischen Ost und West. Wir nehmen eine Einschätzung der Bäuer:innenproteste vor und gehen der Frage nach, auf welche Klassenkräfte sich die kommunistische Bewegung heute auf dem Land stützen muss. Zum Ende stellen wir einige Thesen zur kommunistischen Landwirtschaftspolitik zur Diskussion.

Die Bäuer:innenschaft in Deutschland und ihre historische Entwicklung

Unter Bäuer:innen verstehen wir im Allgemeinen landwirtschaftliche Produzent:innen. In vielen kapitalistischen Ländern bilden diese eine eigene kleinbürgerliche Zwischenklasse zwischen Bourgeoisie und Proletariat, insofern sie einfache

Warenproduzent:innen mit dem charakteristischen Merkmal der Bindung an den Boden sind: Einfache Warenproduzent:innen zu sein bedeutet, sie produzieren selbst ihre Waren und beschäftigen keine Lohnarbeiter:innen. Die Bindung an den Boden setzt nicht unbedingt Eigentum am Boden voraus, sondern nur seine Nutzung, z. B. als Pächter:in.

Diese Zwischenklasse hat sich in Europa historisch aus der Feudalgesellschaft entwickelt. Im Feudalismus gehörte der Boden den Feudalherr:innen, zu denen die Bäuer:innen, die etwa 80-90 Prozent der Bevölkerung ausmachten, in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis standen, d. h. sie waren damals noch keine einfachen Warenproduzent:innen. Vielmehr waren sie an den Boden der Feudalherr:innen gebunden und mussten darauf für ihn arbeiten (Fronddienst) bzw. Abgaben aus den Erträgen an ihn leisten, die sie auf selbst bewirtschaftetem Land eingefahren hatten (Naturalabgaben). Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Städte und des Handwerks und des wachsenden Bedürfnisses der Feudalherr:innen nach Geld gingen die Naturalabgaben der Bäuer:innen langsam in Geldabgaben über und je nach Land verwandelten sich leibeigene Bäuer:innen in freie Pächter:innen, z. B. im 14. Jahrhundert in England². Dort wurden sie jedoch von den Feudalherr:innen in den nächsten 150 Jahren zu großen

1 | Marx, Karl (1856): Brief an Engels, 16. April 1856, aus: MEW 29, Dietz Verlag, S. 47, Englisch im Original

2 | Marx, Karl (1867), Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, MEW 23, Dietz Verlag, S. 744

Teilen von den Boden verjagt, verschwanden als eigene Klasse und verwandelten sich in Proletarier:innen, während aus den Feudalherr:innen kapitalistische Großgrundbesitzer:innen wurden.

Dort, wo die Bäuer:innen fortbestehen und auf den Böden bleiben, wachsen sie mit der Entwicklung des Kapitalismus in diesen hinein und werden zunächst als einfache Warenproduzent:innen Selbstausbeuter:innen von sich und ihren Familien, bevor sie auch familienfremde Lohnarbeiter:innen einsetzen und sich damit in Kapitalist:innen verwandeln. Das Merkmal des Vorherrschens der Selbstausbeutung verbindet sie mit vielen Handwerker:innen, Ladenbesitzer:innen und anderen Teilen des Kleinbürger:innentums, zu dem sie damit ebenfalls zählen. Auch als Kapitalist:innen behalten sie in Teilen ihren historisch geerbten Charakter als Zwischenklasse bzw. Übergangsform, denn die dominierende Rolle der Selbstausbeutung besteht fort, die Karl Marx (1818-1883) bezüglich der Bäuer:innen und Handwerker einmal wie folgt zusammengefasst hat:

„Der unabhängige Bauer oder Handwerker wird in zwei Personen zerschnitten. Als Besitzer der Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter. Er zahlt sich also sein Salair als Kapitalist und zieht seinen Profit aus seinem Kapital, d.h., er exploitiert sich selbst als Lohnarbeiter und zahlt sich

in dem surplus value den Tribut, den die Arbeit dem Kapital schuldet. Vielleicht zahlt er sich noch einen dritten Teil als Grundbesitzer (Rente) ...“³

Diese Besonderheit besteht beim größten Teil der noch verbliebenen Bäuer:innen in Nord-, West- und Süddeutschland in unterschiedlichem Maße bis heute fort, wie wir im zweiten Abschnitt genauer sehen werden. In Ostdeutschland dagegen hat die Bäuer:innenschaft aufgrund der historischen Besonderheit der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR weitestgehend aufgehört, zu existieren, und ist kapitalistischen Agrargroßbetrieben gewichen.

Kurzer geschichtlicher Abriss

Die Landwirtschaft hat in den Gebieten, die heute zu Deutschland gehören, je nach Region immer schon große Unterschiede aufgewiesen. Ausschlaggebend dafür sind:

- geographische Verschiedenheiten z. B. zwischen Bergregionen und Flachland,
- die jeweilige Bodenbeschaffenheit,
- die geschichtliche Entwicklung wie auch unterschiedliche Traditionen der Erbteilung im Feudalismus: Während in der Nordhälfte des heutigen

³ | Marx, Karl (1862/63): Theorien über den Mehrwert, MEW 26.1, Dietz Verlag, S. 383

Deutschlands überwiegend das Anerbenrecht, also der Übergang des ungeteilten Landes an einen einzigen Erben, vorherrschend war, wurden Ländereien vor allem im Südwesten (etwa ab der Pfalz, Hessen und Thüringen) in der Regel auf die Erben aufgeteilt und damit in immer kleinere Stücke zerlegt (Realteilung). Dies trug zur Verarmung der dortigen Landbevölkerung und zur heutigen Vorherrschaft von Nebenerwerbslandwirtschaften in Süddeutschland bei.

Historisch haben neben den Feudalherr:innen auch die Kirchen einen großen Teil des Landes in Deutschland besessen. Dies setzt sich bis heute fort, auch wenn keine aktuellen und genauen Zahlen dazu bekannt sind, weil es in Deutschland keine offizielle statistische Erfassung der Verteilung des Grundbesitzes (sowie überhaupt des Eigentums) gibt. Gemäß der letzten wissenschaftlichen Untersuchung hierzu von 1974 (in Westdeutschland) gehörten den Kirchen 4 Prozent des Grund und Bodens. Die größten Adelshäuser wiederum besaßen knapp 1 Prozent des Waldes⁴.

Der Süden und die Mitte Deutschlands sowie weitere benachbarte Regionen Europas wurden 1524/25 zum Schauplatz des Bauernkrieges, einer der ersten großen Erhebungen

⁴ | <https://www.stern.de/wirtschaft/news/inventur-wem-gehoert-deutschland--3089512.html>

der unterdrückten Klassen im Feudalismus. Der Bauernkrieg endete zwar mit der Massakrierung zehntausender Bäuer:innen und anderer Aufständischer durch die Fürsten, verbesserte jedoch langfristig die rechtliche Stellung der Bäuer:innen und legte damit letztlich die Saat für die spätere Abschaffung der Leibeigenschaft⁵.

Die Bäuer:innenbefreiung in Westeuropa ging schließlich von der Französischen Revolution von 1789 aus. Nachdem die Revolutionär:innen in Frankreich die Feudalordnung umgepflügt und die Aufhebung der Leibeigenschaft durchgesetzt hatten, trug Napoleon Bonaparte (1769-1821) sie mit seinen Armeen und seinem bürgerlichen Gesetzbuch („Code Civil“) in andere Teile Europas und so auch nach Deutschland. In den französisch besetzten Gebieten links des Rheins wurden die Bäuer:innen am konsequentesten persönlich frei und rechtlich gleichgestellt. Die mit Napoleon verbündeten Rheinbundstaaten wie Bayern, Baden und Württemberg hoben die Leibeigenschaft ebenfalls auf und verwandelten feudales in privates Eigentum, auch wenn sich die praktische Umsetzung der Bäuer:innenrechte vielfach über mehrere Jahrzehnte erstreckte.

Preußen wiederum schaffte nach der Niederlage gegen die französische Revolutionsarmee mit den

⁵ | <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowissen/geschichte/deutscher-Bauernkrieg-gemeiner-mann-ende-folgen-100.html>

Stein-Hardenbergschen Reformen ab 1807 de jure die Erbuntertänigkeit ab und ermöglichte es den Bäuer:innen, sich von Frondienst und Abgaben an die Gutsherr:innen freizukaufen. Dies geschah jedoch häufig um den Preis der Aufgabe ihres Landes, sodass östlich der Elbe eine große Klasse landloser Bäuer:innen und Landarbeiter:innen entstand, die sich nur dadurch unterscheiden, dass die letzteren niemals auf eigenem Land gearbeitet haben. Der größte Teil des Bodens verblieb derweil bei den Großgrundbesitzer:innen (Junkern), die ihre Güter langsam in kapitalistische Großbetriebe umwandelten⁶.

Das Zusammenspiel von preußischer Landwirtschaftsentwicklung im Osten, Erbteilung im Süden und dem Entwicklungsgang des Kapitalismus in allen Teilen Deutschlands führte bis ins frühe 20. Jahrhundert zur Entstehung einer großen agrarischen Überbevölkerung und Landarmut der Bäuer:innen.

1933 arbeiteten 9,3 Millionen Menschen in Deutschland in der Landwirtschaft, was 14 Prozent der Bevölkerung und 29 Prozent der gesamten Arbeitskraft entsprach⁷. 7000 Gutshöfe mit einer Größe von über 500 Hektar (ha) kontrollierten fast 25 Prozent des gesamten Ackerlandes, während die kleinsten 2,26 Millionen Bauern-

höfe sich ein Fünftel der Bodenfläche teilten und um ihre Existenz kämpften⁸. Hinzu kam, dass die Landbevölkerung damals noch überwiegend in äußerst primitiven Verhältnissen, z. B. ohne Strom und fließendes Wasser, lebte.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) widmete sich ab Mitte der 1920er Jahre vermehrt der Bäuer:innenfrage, so etwa 1926 in einer Kampagne zur Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser. Darin forderte sie die Übergabe der zu enteignenden Ländereien an Genossenschaften der Kleinbäuer:innen, Pächter:innen und Landarbeiter:innen⁹. In der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von 1930 erklärte die Partei, sie werde *„die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen“*, *„ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den landarmen Bäuer:innen übergeben“*, *„Sowjetgüter mit modernstem Maschinenbetrieb schaffen“* und *„die Arbeitsbedingungen des Landproletariats denjenigen der städtischen Arbeiterschaft gleichsetzen und viele Millionen Bäuer:innen in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen“*¹⁰. Dabei orientierte sie sich stark an der Bäuer:innen-

8 | Vgl. Tooze (2006): S. 212 f.

9 | Leitlinien der Komintern zur Unterstützung des KPD-Volksbegehrens zur Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser und zur Regierungskrise der Weimarer Republik, Moskau, 23.1.1926, aus: Weber, Hermann / Drabkin, Jakob / Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.) (2015): Deutschland, Russland, Komintern II. Dokumente (1918-1943), De Gruyter, S. 485 f.

10 | Thälmann, Ernst (1930): Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, 24. August 1930, <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/thaelmann/1930/08/natsozbehf.htm>

politik in der Sowjetunion.

Die faschistische NSDAP wiederum griff die Bäuer:innenfrage auf, um sie mit dem rassistischen Mythos einer bodenverbundenen germanischen Rasse zu verbinden und damit ihr Programm einer Eroberung weiter Teile Osteuropas zu untermauern.

Die überschüssige deutsche Landbevölkerung sollte nach den Plänen von SS und „Blut-und-Boden“-Ideologen die Masse der Siedler:innen für die Kolonisierung von Polen und der Sowjetunion stellen. Bäuer:innen wurden im „Reichsnährstand“ zusammengefasst, der die landwirtschaftliche Produktion und die Preise kontrollierte. Auf der Grundlage des „Reichserbhofgesetzes“ vom September 1933 wurden Höfe zwischen 7,5 und 125 ha vor Pfändung geschützt, für unveräußerlich und unbelastbar erklärt, durften nur noch Menschen „deutschen und stammesgleichen Blutes“ gehören und bei der Vererbung nicht mehr aufgeteilt werden¹¹. Die Idee hinter dieser Politik war es, im Deutschen Reich langfristig nur noch existenzfähige Höfe mittlerer Größe zu erhalten und kleinere zusammenzufassen. Dies sollte die Grundlage für einen neuen deutschen „Bauernstand“ schaffen. Im Gegenzug sollten hunderttausende Familien in die eroberten Gebiete umgesiedelt werden, um dort neue landwirtschaftliche Betriebe aufzubauen. Der Reichsnährstand argumentierte,

11 | Tooze (2006): S. 220 f.

dass Deutschland 7 bis 8 Millionen zusätzliche Hektar Land benötige, um seine Bevölkerung autark zu ernähren und den Krieg zu gewinnen¹².

Bekanntermaßen fanden die Eroberungspläne der Nazis vor den Toren von Moskau und in Stalingrad ihr Ende, Deutschland verlor den Zweiten Weltkrieg und wurde nach 1945 in zwei Staaten geteilt. In der sowjetisch besetzten Zone legten die sozialistisch geführten Verwaltungsorgane bereits 1945/46 im Zuge der demokratischen Bodenreform die Sense an den Großgrundbesitz an und enteigneten Güter über 100 ha sowie die Ländereien von Nazis und Kriegsverbrecher:innen. Die enteigneten Böden, die etwa 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) entsprachen, wurden an 560.000 landlose und landarme Bäuer:innen sowie Neubäuer:innen übergeben. Ab 1952 begann die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR mit der Schaffung der ersten „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG). Diese nahmen bis 1960 ca. 84 Prozent des Landes in der DDR ein¹³, wobei der Rest vor allem durch „Volkseigene Güter“ (VEG) betrieben wurde. Das heißt: Während die LPGs Kollektiveigentum der Genossenschaftsbäuer:innen waren, die neben ihrem leistungsbezogenen Lohn eine

12 | <https://www.economist.com/culture/2011/02/03/marching-on-their-stomachs>

13 | <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/ddr-kompakt/521541/zwangskollektivierung/>

Beteiligung an den Gewinnen des Betriebs erhielten, gehörten die VEGs dem Staat. Sie unterlagen auch direkt der staatlichen Wirtschaftsplanung. Die meisten LPGs wurden nach 1990 (teil)aufgelöst und in GmbHs oder Genossenschaften nach bundesdeutschem Recht umgewandelt. Ein geringerer Teil der früheren LPG-Flächen ging an Einzelbäuer:innen oder wurde an frühere Eigentümer:innen zurückgegeben.

In Westdeutschland blieb die Eigentumsstruktur auf dem Land nach 1945 dagegen erhalten, wobei sich ein langfristiger Strukturwandel vollzog. Aus den noch in halbfeudalen Verhältnissen lebenden Knechten und Mägden der Vorkriegszeit wurden Lohnarbeiter:innen. Durch die Expansion der Industrie fanden sie sowie viele frühere landarme Bäuer:innen ab den 1950er Jahren Arbeit in den Städten. Der hieraus entstehende Arbeitskräftemangel auf dem Land wirkte als zusätzlicher Motor für die Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft durch den Einsatz von Traktoren und Maschinen sowie Industriedünger und Pflanzenschutzmitteln. Das machte landwirtschaftliche Betriebe zunehmend kapitalintensiv und beschleunigte ihre Konzentration und das Sterben kleiner und unrentabler Höfe. Lag die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in Westdeutschland im Jahr 1960 noch bei 1,5 Millionen, gibt es heute gerade einmal noch 255.000 davon in

Gesamtdeutschland¹⁴. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist derweil von 8,7 ha auf 63 ha gewachsen, wobei sich deutliche regionale Unterschiede fortsetzen¹⁵. Zugleich hat sich die Effizienz der Bauernhöfe massiv gesteigert, der Weizenерtrag pro Fläche etwa ist heute ca. viermal so hoch wie vor 120 Jahren. Im Jahr 1900 ernährte ein:e einzelne:r Landwirt:in in Deutschland vier Menschen, heute sind es ca. 140¹⁶.

Der Strukturwandel wurde dabei durch staatliche Eingriffe gesteuert. Wesentliches Element hierbei ist bis heute die *Gemeinsame Agrarpolitik* (GAP) der Europäischen Union, die bereits 1957 von den sechs Gründungsmitgliedern¹⁷ ihrer Vorläuferorganisationen initiiert wurde. Ziel war die Unabhängigkeit Europas von Nahrungsmittelimporten durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Dazu wurde ein einheitlicher europäischer Markt geschaffen und dort den europäischen Erzeugnissen ein Vorrang gegenüber Importen eingeräumt, etwa durch garantierte Mindestpreise und den staatlichen Aufkauf von Überschüssen. Dies war der Start für die weitgehende Subventionierung der europäischen Landwirtschaft durch die EU.

14 | <https://www.bpb.de/themen/umwelt/landwirtschaft/325872/wachsen-oder-weichen-deutsche-landwirtschaft-im-strukturwandel/>

15 | https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_028_412.html

16 | <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/landwirtschaft#landwirtschaft-heute>

17 | Belgien, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande

Der Agrarhaushalt macht heute rund 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes aus und umfasste 2024 ca. 52,5 Milliarden Euro¹⁸. Die Subventionen sind für die Bäuer:innenbetriebe überlebenswichtig, auch wenn sie zu einem großen Teil in die Taschen großer Agrarkonzerne fließen¹⁹, die auch eine dominierende Rolle im *Deutschen Bauernverband* (DBV) spielen²⁰. Auf Basis der Subventionspolitik gehören die europäischen Länder heute zu den größten Agrarexporturen der Welt. Deutschland liegt diesbezüglich auf Platz 4 hinter den USA, Brasilien und den Niederlanden²¹. Dies führte u. a. zur Überschwemmung afrikanischer Länder mit billigem Geflügelfleisch und Milch aus Europa und der Verdrängung der heimischen Produktion dort²². Insgesamt ist die Agrarproduktion in Europa schon lange in globale Produktionsketten eingebunden, etwa durch den notwendigen Import von Saatgut, Futtermitteln, Dünger und Pflanzenschutzmitteln.

18 | <https://www.situationsbericht.de/4/41-eu-agrarhaushalt-mehrjaehriger-finanzrahmen>

19 | Steeger, Gesa / Huth, Katarina / Wöpel, Simon / Donheiser, Max (2022): EU-Agrarsubventionen: Diese Großkonzerne profitieren, Correctiv, <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/agrarindustrie/2022/12/01/eu-millionen-fuer-lebensmittel-konzerne/>

20 | So schreibt der frühere Vorsitzende des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM) über den DBV: *Es ist NICHT die Aufgabe des Bauernverbandes unsere Interessen zu vertreten, sondern neben den bäuerlichen Interessen auch die Interessen der Molkereien oder der Milchindustrie. Zum Bauernverband gehören führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft, sowie ihr nahestehende Wirtschaftszweige.*“, Schaber, Romuald (2010): *Blutmilch – Wie die Bäuer:innen ums Überleben kämpfen*, Pattloch, S. 129

21 | <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1188866/umfrage/fuehrende-exportlaender-fuer-agrarprodukte-weltweit-nach-exportwert/>

22 | <https://www.thuenen.de/de/themenfelder/welternahrung-und-globale-ressourcen/lokale-maerkte-foerdern-globalen-handel-verstehen/europas-gefluegel-und-milchexporte-nach-westafrika>

Das langsame Sterben kleiner und nicht-rentabler Bauernhöfe und der Zwang für die verbliebenen Betriebe, sich der Produktivitätsentwicklung durch teure Investitionen anzupassen („Wachsen oder weichen“) hat in den vergangenen Jahrzehnten anhand konkreter Konfliktpunkte immer wieder zu heftigen Bäuer:innenprotesten in Europa geführt. 1971 kämpften 100.000 Landwirt:innen in Brüssel gegen den „Mansholt-Plan“, der einen Abbau der landwirtschaftlichen Überproduktion in Europa, die kontrollierte Abwicklung von 5 Millionen Kleinbäuer:innen und die schrittweise Streichung der Agrarsubventionen vorsah. Der Plan wurde infolge der Proteste größtenteils aufgegeben. Für das direkt entgegengesetzte Ziel, nämlich einen Abbau der Überproduktion und gegen den daraus resultierenden Preisverfall für Milch protestierten 2009 die Milchbäuer:innen u. a. in Frankreich und Deutschland. Sie forderten eine stärkere Produktionsbegrenzung für Milch in der EU, blockierten hierfür französische Molkereien²³, verschütteten u. a. im Allgäu und der Uckermark hunderttausende Liter Milch und organisierten einen Hungerstreik vor dem Kanzleramt. Die letzten großen Bäuer:innenproteste entzündeten sich Anfang 2024 in mehreren europäischen Ländern am Plan der EU, die Steuererleichterung auf Agrardiesel abzuschaffen und KFZ-Steuern auf landwirtschaftliche

23 | <https://www.dw.com/de/europas-baer:innen-auf-den-barrikaden/a-4278307>

Fahrzeuge zu erheben. In Deutschland blockierten Bäuer:innen landesweit mit ihren Traktoren Autobahnzufahrten. In den Protesten wirkten auch der DBV und die Agrarindustrie mit und versuchten sie im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen. Die Arbeitsbedingungen von Landarbeiter:innen haben bei den Protesten dagegen kaum eine Rolle gespielt. Meist endeten die Kämpfe mit gewissen staatlichen Zugeständnissen, so nahm die Ampelregierung schon im Januar 2024 die Streichung der Kfz-Steuerbefreiung zurück und streckte die Abschaffung der Subvention für Agrardiesel auf mehrere Etappen²⁴.

Die Klassenverhältnisse in der heutigen deutschen Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist heute sowohl nach Bruttowertschöpfung als auch nach Beschäftigten der mit Abstand kleinste Sektor des deutschen Kapitalismus. Zusammen mit der Forstwirtschaft und der Fischerei kommt sie gerade einmal auf 1 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung, wobei dieser Wert seit Jahrzehnten relativ konstant ist²⁵. Nur geringfügig höher liegt mit 1,2 Prozent der Anteil dieses Sektors an den Erwerbstätigen²⁶. Diese Zahlen widersprechen jedoch

24 | <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/bauernproteste-landwirtschaft-100.html>

25 | <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/255082/umfrage/struktur-des-bruttoinlandsprodukts-in-deutschland/>

26 | <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrwr13a.html>

nicht der enormen strategischen Bedeutung dieses Sektors, nämlich für die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Im Durchschnitt liegt der landwirtschaftliche Selbstversorgungsgrad in Deutschland, also das Verhältnis zwischen Eigenerzeugung und Verbrauch, heute bei 82 Prozent, wobei diese Zahl in Zeiten globaler Produktionsketten eher eine Rechengröße darstellt und erst dann wirklich Aussagekraft gewinnt, wenn man einzelne Produkte genauer betrachtet: Getreide z. B. wird mit einem Selbstversorgungsgrad von 104 Prozent im Überfluss produziert, während nur etwa 10 Prozent des in Deutschland verbrauchten Sonnenblumenöls hier hergestellt werden. Bei Schweinefleisch beträgt der Selbstversorgungsgrad sogar 135 Prozent. Dennoch importierte Deutschland 2024 rund 942.000 Tonnen davon, während es zugleich über 2,2 Millionen Tonnen exportierte²⁷. Im Jahr 2023 exportierte Deutschland pflanzliche Erzeugnisse wie Getreide, Kartoffeln, Mehl, Grieß und Malz im Wert von 15,2 Milliarden Euro sowie Fleisch und Milchprodukte im Wert von 18,5 Milliarden Euro. Der größte Teil davon ging in die Niederlande, nach Belgien und Italien. Deutschland importierte dagegen für 38 Milliarden Euro pflanzliche Produkte wie Getreide, Ölsamen, Früchte und Nüsse sowie für 19,9 Milliarden Euro Fleisch und Milchzeugnisse, wobei die Importe

27 | <https://www.landwirtschaft.de/wirtschaft/agrarmaerkte/markt-und-versorgung/der-selbstversorgungsgrad-wie-ist-es-in-deutschland-um-die-versorgung-mit-lebensmitteln-bestellt>

vor allem aus Polen, den Niederlanden und Tschechien kamen^{28/29/30/31}. Daneben sind für die deutsche Landwirtschaft die Importe von Futtermitteln, Dünger, Rohstoffen und Maschinen relevant. Hierzu gehören Soja aus Brasilien, Argentinien und den USA³², Mais aus Osteuropa³³, Phosphat aus Marokko, Russland und China³⁴ Kali aus Russland und Belarus³⁵, Stickstoffdünger³⁶, Pflanzenschutzmittel, Landmaschinen, Saatgut und Zuchtmaterial³⁷.

Die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe ist wiederum vielfältig, historisch bedingt und unterscheidet sich je nach Region. In erster, grober Näherung kann man eine landwirtschaftliche Dreiteilung Deutschlands feststellen, bei der kapitalistische Agrarbetriebe im Osten dominant sind, mittlere Familienbetriebe im Norden

28 | https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_022_51.html

29 | <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/von-reis-bis-schokolade-von-diesen-laendern-haengt-die-deutsche-lebensmittelversorgung-ab>

30 | <https://www.landwirtschaft.de/wirtschaft/agrarmaerkte/markt-und-versorgung/der-selbstversorgungsgrad-wie-ist-es-in-deutschland-um-die-versorgung-mit-lebensmitteln-bestellt>

31 | Tabellen zum Außenhandel (Agrar) des Statistischen Bundesamtes <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/51000/details>

32 | <https://www.landwirtschaft.de/tier-und-pflanze/tier/nutztiere-allgemein/woher-kommt-das-futter-fuer-unsere-nutztiere>

33 | <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28902/umfrage/importmenge-von-mais-nach-deutschland-im-jahr-2007-08/>

34 | <https://www.zdf.de/nachrichten/wissen/phosphor-umwelt-recycling-klaerschlam-100.html>

35 | https://www.iva.de/download/Aktuelle_Situation_DM-Industrie.pdf

36 | <https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/duengerimporte-russland-abhaengig-deutschland-612063>

37 | <https://www.landwirtschaft.de/tier-und-pflanze/pflanze/nutzpflanzen-allgemein/woher-stammt-das-saatgut-fuer-unsere-lebensmittel>

und Nordwesten und kleine Familienbetriebe und Nebenerwerbslandwirtschaften in Süddeutschland. Das bedeutet aber erstens nicht, dass alle diese Betriebsformen nicht auch in den anderen Landesteilen vorkommen. Zweitens schließt es Übergänge zwischen diesen Betriebsformen nicht aus, etwa in der Form familiengeführter kapitalistischer Agrarbetriebe, bei denen die Selbstausbeutung nicht mehr dominant ist.

Insgesamt können wir in der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten die folgenden Entwicklungstendenzen feststellen:

- Wachsende Automatisierung und Digitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitigem Fortbestehen einfacher Handarbeit bei bestimmten Tätigkeiten wie z. B. der Ernte von Obst und Gemüse.
- Integration der Landwirtschaft in globale Produktionsketten.
- Konzentration der Produktion bei immer weniger, immer größeren landwirtschaftlichen Betrieben mit immer höherem Output. Diese Entwicklung ist in Westdeutschland stark zu verzeichnen (genauere Zahlen s. u.). Die Zahl und Größe der Betriebe im Osten ist dagegen zwischen 2010 und 2020 relativ konstant geblieben³⁸.

38 | Statistisches Bundesamt (2021): Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, Betriebsgrößenstruktur und Ackerland, <https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/storymaps/stories/5fe8efbd8c774031a276714f52d05366>

Der große Umbruch fand hier bereits Anfang der 1990er Jahre statt, als die LPGs der DDR in Agrarbetriebe umgewandelt wurden, die Zahl der Betriebe von 4.300 auf rund 30.000 anstieg, sich diese verkleinerten³⁹ und die Zahl der Beschäftigten sich um 90 Prozent verringerte⁴⁰.

- Ungeklärte Nachfolge in vielen Familienbetrieben: In rund 63 Prozent der Einzelunternehmen, in denen die Betriebsleiter über 55 Jahre alt sind, war die Hofnachfolge im Jahr 2021 ungeklärt. Die Gründe dafür sind vor allem die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Bäuer:innenbetriebe, mangelndes Interesse nachfolgender Generationen an der Arbeit in der Landwirtschaft und im konkreten Fall Probleme wie die Notwendigkeit hoher Investitionen⁴¹.
- Langsam wachsende Bedeutung von Unternehmensgruppen: Von 16,6 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche werden 1,84 Mio. ha inzwischen von Betrieben bewirtschaftet, die Teil irgendeiner Gruppe sind (11 Prozent). Solche Gruppen können z. B. entstehen, wenn Unternehmer:innen Anteile an einem land-

wirtschaftlichen Betrieb erwerben. Nach den aktuellsten Zahlen betrifft dies heute 3740 Betriebe, die 2.200 Unternehmensgruppen gehören⁴². In vielen Fällen ist dabei nur ein einziger Betrieb übernommen worden und dabei vom Einzelunternehmen in eine komplizierte Rechtsform übergegangen. Das bedeutet: Von einer Monopolisierung wie in anderen Wirtschaftszweigen, in denen zwei bis drei Unternehmen einen Wirtschaftssektor unter sich aufteilen, kann in der deutschen Landwirtschaft heute noch lange keine Rede sein. Vielmehr geht es hier um eine langsame Entwicklung von klassischen Bäuer:innenbetrieben zu „kapitalistischeren“ Betriebsformen, in denen sich Eigentum und Produktion voneinander trennen.

- Deutlicher Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft⁴³: Diese sank allein zwischen 2010 und 2023 um knapp 19 Prozent auf 875.900⁴⁴. Die Zahl umfasst Bäuer:innen bzw. Familienarbeitskräfte (45 Prozent), fest angestellte

42 | Statistisches Bundesamt (2021): Wem gehört die Landwirtschaft? Landwirtschaftszählung 2020, <https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/storymaps/stories/43e6eb55a955499eb8e624e78b38ecca>

43 | Statista, Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in Deutschland in den Jahren 2010 bis 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/663368/umfrage/anzahl-von-arbeitskraeften-in-der-landwirtschaft-deutschland/>

44 | Statistisches Bundesamt (2023): Statistischer Bericht, Landwirtschaftliche Betriebe, Arbeitskräfte und Berufsbildung der Betriebsleitung/Geschäftsführung 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Publikationen/Downloads-Landwirtschaftliche-Betriebe/statistischer-bericht-arbeitskraefte-2030218239005.xlsx>

Lohnarbeiter:innen (27 Prozent) und Saisonarbeiter:innen (28 Prozent).

- Arbeitskräftemangel auf vielen Höfen⁴⁵.
- Steigende Pachtanteile und steigende Pachtpreise: Der Pachtflächenanteil ist in Westdeutschland inzwischen bei 56 Prozent angelangt, das heißt, weit mehr als die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist hier gepachtet und nicht Eigentum der Bäuer:innen. In der Regel steckt dahinter, dass die Flächen untergegangener Höfe von anderen landwirtschaftlichen Betrieben gepachtet werden, um die eigene Produktion zu erweitern. Im Osten liegt der Pachtflächenanteil schon länger recht konstant bei ca. 68 Prozent⁴⁶.
- Wachsende Abhängigkeit der Bäuer:innen als Erzeuger:innen von Rohprodukten (wie z. B. Milch, Getreide) von der durchmonopolisierten Industrie (z. B. Molkereien), Agrar- und Handelskonzernen.

lienbesitz sind und keine Dominanz der Selbstausbeutung mehr aufweisen, sodass der Begriff „Bäuer:innen“ hier keine Anwendung mehr finden kann. Diese Agrarbetriebe haben üblicherweise eine verhältnismäßig hohe Zahl (10-100) an überwiegend fest beschäftigten Lohnarbeiter:innen und weisen eine fortgeschrittene Arbeitsteilung auf. Sie existieren zum Teil als Genossenschaften nach bürgerlichem Recht, die nichts mehr mit den LPGs aus DDR-Zeiten zu tun haben, das heißt, der Betrieb gehört nicht mehr den dort Beschäftigten. Saisonarbeit ist in diesen Betrieben weniger ausgeprägt als in den anderen Betriebsformen. Verglichen mit Industrieunternehmen handelt es sich bzgl. der Beschäftigtenzahl immer noch um kleine bis mittlere Unternehmen, verglichen mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben um große Unternehmen mit Flächen von teils bis zu 200-2000 ha. Im Kontrast dazu stehen die bäuerlichen Familienbetriebe, die in Nord-, West- und Süddeutschland häufig auftreten. Die dort arbeitenden Familienangehörigen zählen zusammen mit den Landarbeiter:innen zu den beiden produzierenden Klassen in der deutschen Landwirtschaft. Diese beiden Klassen und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen stellen wir im Folgenden genauer dar.

In Ostdeutschland sind, wie bereits erwähnt, kapitalistische Agrarbetriebe vorherrschend, die nicht in Fami-

39 | <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/47157/landwirtschaft-in-ostdeutschland-der-spaete-erfolg-der-ddr/#node-content-title-2>

40 | <https://www.agrarheute.com/management/recht/ost-deutsche-landwirtschaft-erfolgsgeschichte-573577>

41 | <https://www.praxis-agrar.de/betrieb/betriebsfuehrung/hofuebergabe/ungeklaerte-hofnachfolge-wenn-die-betriebsaufgabe-im-raum-steht>

45 | <https://www.topagrar.com/betriebsleitung/news/tatsaechlich-kein-fachkraeftemangel-in-der-landwirtschaft-13550028.html>

46 | Statistisches Bundesamt (2021): Wem gehört die Landwirtschaft? Landwirtschaftszählung 2020, <https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/storymaps/stories/43e6eb55a955499eb8e624e78b38ecca>

1. Bäuer:innen

Hinter dem Begriff „Bäuer:innen“ verbergen sich heute vor allem die Inhaber:innen und Betreiber:innen der folgenden beiden (kapitalistischen) Betriebsformen auf dem Land, die von Familienarbeitskraft, d. h. Selbstausbeutung, dominiert sind:

- **Mittlere Familienbetriebe:** Dies sind vor allem Einzelunternehmen im Haupterwerb sowie Personengesellschaften von wenigen Familienangehörigen. Als kapitalistische Betriebe sind sie „klein“ bezüglich der Zahl von einigen wenigen (1-10) ständigen Beschäftigten außer Familienangehörigen und gemischt in Bezug auf die verschiedenen Beschäftigungsformen⁴⁷. Zu Familienarbeitskräften und Festangestellten kommen je nach Art des Betriebs bis zu hunderte Saisonarbeitskräfte hinzu, z. B. im Obst- und Gemüseanbau sowie bei Sonderkulturen (z. B. Wein, Obst, Hopfen), die besonders stark in Rheinland-Pfalz ausgeprägt sind. Nach Hektarzahl sind die Höfe mit 50-150 ha meist „mittelgroß“ bis „groß“⁴⁸

47 | Statistisches Bundesamt (2021): Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, Betriebsgrößenstruktur und Ackerland, <https://www.giscloud.nrw.de/arcgis/apps/storymaps/stories/5fe8efbd8c774031a276714f52d05366>

48 | Statistisches Bundesamt (2023): Statistischer Bericht, Landwirtschaftliche Betriebe, Einkommenskombinationen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Publikationen/Downloads-Landwirtschaftliche-Betriebe/statistischer-bericht-einkommenskombinationen-2030217239005.xlsx>

⁴⁹. Diese Betriebe, häufig handelt es sich etwa um Höfe mit Tierzucht, stellen Übergangsformen von kleinen Warenproduzenten bzw. reinen Familienbetrieben zu kapitalistischen Agrarbetrieben wie im Osten dar und sind regional besonders häufig in Nord- und Nordwestdeutschland, z. B. NRW und Niedersachsen, anzutreffen. Einige produzieren direkt für bestimmte Handelskonzerne wie die Rewe Group. Die Konzentration schreitet hier zügig voran, was man an der Entwicklung der durchschnittlichen Betriebsgröße in NRW und Niedersachsen ablesen kann (die also die genannten mittleren Betriebe ebenso wie kleinere und größere Betriebe umfasst): Diese ist zwischen 2010 und 2020 von 55 ha auf 62 ha gewachsen, ebenso wie der Pachtflächenanteil durch „Zupachten“ der Flächen untergegangener Höfe. Zusätzliche Erwerbsquellen wie z. B. die Nutzung von Flächen zur Energiegewinnung können auch für solche Betriebe lebensnotwendig sein. Einem hohen Betriebswert steht in der Regel eine hohe Verschuldung gegenüber⁵⁰.

49 | Statistisches Bundesamt (2023): Statistischer Bericht, Landwirtschaftliche Betriebe, Rechtsform und Erwerbscharakter, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Publikationen/Downloads-Landwirtschaftliche-Betriebe/statistischer-bericht-rechtsform-erwerbscharakter-2030215239005.xlsx>

50 | Statistisches Bundesamt (2023): Statistischer Bericht, Landwirtschaftliche Betriebe, Eigentums- und Pachtverhältnisse, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Publikationen/Downloads-Landwirtschaftliche-Betriebe/statistischer-bericht-eigentums-pachtverhaeltnisse-2030216239005.xlsx>

Ein Beispiel zur Veranschaulichung⁵¹: Herr K. als Betriebsinhaber und Frau K. als mithelfende Familienangehörige betreiben einen Milchviehbetrieb. Frau K. arbeitet hauptberuflich als Beamtin und die Familie ist an Windkraft- und Solaranlagen beteiligt. Nur diese zusätzlichen Einkommen sichern die Fortführung des unrentablen Bäuer:innenhofs. Herr K., dessen Familie seit Jahrhunderten Landwirtschaft betreibt, hat den 1960 gegründeten Hof 1996 mit 80 Kühen von seinen Eltern übernommen und sein Sohn soll den Betrieb einmal fortführen. Der Betrieb umfasst heute ca. 650 Tiere, davon ca. 290 Milchkühe sowie deren Nachzucht einschließlich der Bullenmast, sowie etwa 90 Kälber. Dazu kommen 100 ha Grünland und 160 ha Ackerfläche (Mais, Weizen und Zuckerrüben). Die Flächen sind teils von Nachbarbetrieben gepachtet, die aufgegeben wurden. Der Betrieb beschäftigt neun familienfremde Arbeiter:innen, die meisten davon im Bereich der Milchkühe, der Aufzucht der Kälber und der Bullenmast. Es handelt sich um vier Frauen und fünf Männer. Nur ein Arbeiter ist in Vollzeit beschäftigt, alle anderen arbeiten Teilzeit bzw. sind Mini-Jobber:innen. Obwohl der

51 | Zusammenfassung eines Beispiels aus der folgenden Studie: Niens, Christine / Nack, Monika (2022): Die Lebens- und Arbeitssituation familienfremder ständig angestellter Frauen und Auszubildender in der Landwirtschaft in Deutschland, S. 38 ff., DOI: <https://doi.org/10.47952/gro-publ-111>

Betrieb zu den 10 Prozent mit den größten Flächen in Schleswig-Holstein gehört, ist er nicht rentabel.

- **Kleine Familien- und Nebenerwerbsbetriebe:** Betriebe typischerweise mit 5-50 ha, in denen häufig nur Familienangehörige wie Ehepartner:in, (Schwieger-)Eltern und erwachsene Kinder arbeiten. Regional sind diese Kleinbetriebe als historische Folge fortschreitender Erbteilung vor allem in Süddeutschland vorherrschend. Punktuell, z. B. im Obst- und Gemüseanbau bei Sonderkulturen, beschäftigen sie Saisonarbeitskräfte zur Bewältigung aufwendiger manueller Erntearbeit (z. B. von Spargel, Erdbeeren oder Wein). Viele kleine Familienbetriebe sind nicht in der Lage, fremdsprachige Arbeitskräfte sinnvoll einzubinden⁵² und greifen bei der Obst- oder Weinernte mitunter auf Freundeskreise oder freiwillige Helfer:innen zurück. Nebenerwerbsbetriebe existieren häufig als Kombibetriebe, z. B. mit angeschlossenem Handwerksbetrieb oder einem Bauunternehmen. Viele der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe sind nicht wirtschaftlich und werden nur aus Tradition oder persönlichem Drang weiterbetrieben oder sie gehen unter. Die Konzentration schreitet stark

52 | Labournet TV (2025). Initiative Grüne Gewerke, <https://de.labournet.tv/initiative-gruene-gewerke>

voran. Auch bei diesen Betrieben handelt es sich um eine Übergangsform von kleinen Warenproduzenten zu kapitalistischen Betrieben. Beim reinen Familienbetrieb liegt sie noch näher am Warenproduzenten, Ausbeutung fremder Arbeitskraft findet vor allem während der Erntezeit statt. Neben traditionellen Familienbetrieben gibt es auch einen kleinen Anteil von „Neubauer:innen“, die es z. B. aus persönlichen Motiven wie ökologischer Nachhaltigkeit in die Landwirtschaft drängt oder die sich ein zweites berufliches Standbein aufbauen wollen⁵³.

Unter den 875.900 Arbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft machen Familienarbeitskräfte mit 398.300 die größte Gruppe aus. Ihr Anteil liegt bei 45 Prozent. Der Frauenanteil unter ihnen beträgt 126.800 bzw. 32 Prozent. Diese Familienarbeitskräfte zählen also zu den Bauer:innen im oben dargestellten Sinne⁵⁴.

Klassenmäßige Einordnung

Wie sind die oben beschriebenen Bauer:innen nun hinsichtlich ihrer Stellung in der Gesellschaft einzu-

schätzen? Dazu ist Folgendes anzumerken: Für die Beurteilung der Frage, ob es sich bei einer gesellschaftlichen Gruppe um eine Klasse handelt, gibt es keine scharfe quantitative Grenze bzgl. der Anzahl der betroffenen Personen. Ebenso wenig ist allein die politisch-ökonomische Einordnung entscheidend, sondern die gesellschaftliche Einordnung entlang mehrerer Dimensionen: Hat die Gruppe eine besondere Stellung zu den Produktionsverhältnissen, welcher Entwicklungstendenz unterliegt sie, hat sie eine politische Programmatik usw.? Bei den Bauer:innen handelt es sich in diesem Sinne um die untergehenden Reste einer Klasse, die sich heute im Kleinkapital, dem (nicht-bäuerlichen) Kleinbürgertum und der Arbeiter:innenklasse auflöst und regional in sehr unterschiedlicher Konzentration noch auftaucht.

Der fortschreitende Untergang der genannten Betriebe mit der Tendenz zur immer weiteren Konzentration wird durch die EU-Subventionen künstlich verzögert, auch wenn hier überwiegend die großen Agrarkonzerne die Ernte einfahren. Subventionen machen heute je nach Jahr zwischen einem Drittel und der Hälfte des Betriebseinkommens eines typischen landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebs in Deutschland aus, wobei die EU-Direktzahlungen, bei denen das Geld unmittelbar an die Bauer:innen überwiesen wird, den größten und wichtigsten Teil

hiervon bilden⁵⁵. Das Betriebseinkommen umfasst als rechnerische Größe sowohl den Betriebsgewinn als auch die Einkommen aller Beschäftigten. Das heißt: Aus den Subventionen werden nicht nur die Einkommen der Bauer:innen finanziert, sondern auch die Löhne der Landarbeiter:innen.

Politisch sind diese Subventionen neben der Förderung von Großkonzernen als stabilisierende Maßnahme für den ländlichen Raum und für den Erhalt der Lebensweise auf dem Land einzuordnen. In anderen Ländern wie Frankreich spielt das eine noch größere politische Rolle als in Deutschland. Aber auch hierzulande haben z. B. CDU und CSU ihre traditionellen Wählerhochburgen auf dem Land. Zudem sind sie eng mit der Nahrungsmittelindustrie und dem Bauernverband verwachsen.

2. Landarbeiter:innen

Außerhalb der oben dargestellten Bauer:innenfamilien gibt es heute zwei etwa gleich große Gruppen von Landarbeiter:innen, nämlich fest angestellte Nicht-Familienarbeitskräfte und Saisonarbeiter:innen. Daneben wird ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeit inzwischen durch externe Dienstleistungsunternehmen erbracht.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der beiden Arbeiter:innengruppen

stellen wir im Folgenden kurz dar:

i) Feste Nicht-Familienarbeitskräfte

Zu ihnen zählten im Jahr 2023 etwa 234.800 und damit 27 Prozent der Landarbeitskräfte. Der weibliche Anteil unter ihnen betrug mit 75.200 Arbeitskräften etwa 32 Prozent.

Zu dieser Gruppe gehören im Einzelnen:

- Angestellte Fachkräfte (z. B. Agrartechniker:innen, Tierwirt:innen),
- Lohnarbeiter:innen mit unbefristeten Verträgen,
- Aushilfskräfte (Minijobber:innen),
- Auszubildende,
- Verwaltungspersonal und Betriebsleiter:innen ohne Familienverhältnis.

Der Anteil und der Charakter dieser Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich zwischen den kapitalistischen Großbetrieben vor allem in Ostdeutschland und den Familienbetrieben im Westen. Feste Nicht-Familienarbeitskräfte finden sich überproportional in größeren Betrieben⁵⁶. Die Zahl fest beschäftigter Landarbeitskräfte pro Betrieb liegt

53 | <https://www.br.de/nachrichten/bayern/landwirtschaft-ohne-hof-immer-mehr-quereinsteiger-bauernhoefe,TwFAD8s>

54 | Alle Zahlen aus: Statistisches Bundesamt (2023): Statistischer Bericht, Landwirtschaftliche Betriebe, Arbeitskräfte und Berufsbildung der Betriebsleitung/Geschäftsführung 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Publikationen/Downloads-Landwirtschaftliche-Betriebe/statistischer-bericht-arbeitskraefte-2030218239005.xlsx>

55 | <https://de.statista.com/themen/11922/agrarsubventionen/#topicOverview>

56 | Dies kann man aus zwei sich überschneidenden statistischen Zahlen ablesen: 150.000 festangestellte Landarbeiter:innen arbeiten nämlich in Betrieben über 50 ha und 160.000 in Nicht-Familienbetrieben.

in Ostdeutschland (ohne Berlin) bei 6,28 und in Westdeutschland bei 2,9.

Während in ostdeutschen Großbetrieben die Tätigkeit den Charakter einer regulären Lohnarbeit wie in einem Industrieunternehmen trägt, haben sich in westdeutschen Betrieben teilweise noch Züge der erweiterten Familienbetriebe wie im Frühkapitalismus erhalten: In den mittelgroßen landwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten vor dem Zweiten Weltkrieg häufig noch Knechte und Mägde, die auf dem Hof lebten, keine eigene Familie gründeten und den überwiegenden Teil ihres Lohnes in Naturalien erhielten. Sie gehörten quasi zur Familie. Überreste solcher klassisch-patriarchalen Strukturen finden sich in veränderter Form auch noch bei heutigen Lohnarbeitsverhältnissen auf dem Land. In Kleinbetrieben wohnen Arbeiter:innen oder Auszubildende häufig im selben Dorf oder jedenfalls nicht weit vom Arbeitsplatz entfernt, einige sogar auf dem Betriebsgelände. Und selbst wenn sie nicht auf dem Hof wohnen, besteht über die Dorfgemeinschaft nicht selten eine persönliche Bindung zur Bäuer:innenfamilie.

Zu den typischen Problemen⁵⁷ von Landarbeitskräften zählen sehr lange Arbeitszeiten von deutlich mehr als 40 Stunden die Woche, die sich vor allem in der Erntezeit noch deutlich steigern können (z. B. auf 65 Stunden). Wochenendarbeit oder gar eine

24/7-Verfügbarkeit sind keine Seltenheit. Ebenso gibt es Fälle von Arbeitskräften mit 20-Stunden-Teilzeitvertrag und einer realen Arbeitszeit von 60-70 Stunden⁵⁸. Beschäftigte kümmern sich zudem häufig um alle Tätigkeiten, die auf dem Hof anfallen. Im ländlichen Kleinbetrieb, wo alles persönlicher zugeht, werden die Dinge noch anders gehandhabt als in anonymen Großunternehmen – was objektiv aber eine massive Überausbeutung der Landarbeiter:innen bedeutet. Eine Arbeiterin, die in einer Studie über weibliche Landarbeitskräfte interviewt wurde, äußerte z. B., dass „Urlaub (...) ein echt schwieriges Thema in der Branche“⁵⁹ sei. Die Selbstausbeutung der Bäuer:innenfamilien, die an ihrem Hof hängen und dafür bereit sind, permanent hart um die eigene Existenz zu kämpfen, überträgt sich nicht selten ganz selbstverständlich auf die Arbeiter:innen. Wer genau auf Arbeitszeiten, Urlaubstage oder vertraglich festgelegte Tätigkeitsbereiche schaut, wird kaum in einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb anheuern oder dort lange bleiben. Gerade der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft kann zudem den Druck auf Beschäftigte bestärken, den Chef „nicht hängen zu lassen“.

Die Studie kommt bezüglich der weiblichen festangestellten Arbeitskräfte und Auszubildenden

dementsprechend zu dem Schluss, „dass familienfremde angestellte Frauen und Auszubildende in der Landwirtschaft vorwiegend intrinsisch motiviert sind und ein geringes materielles Interesse besitzen.“⁶⁰ Das häufig geringe materielle Interesse der Arbeiter:innen wird dadurch untermauert, dass sie selten mehr als den Mindestlohn und so gut wie nie betriebliche Altersvorsorge erhalten, und das, während sie körperlich schwerste Arbeit leisten, häufig sehr stark der Sonne und damit einem erhöhten Hautkrebsrisiko ausgesetzt sind und überhaupt ein hohes Krankheits- und Unfallrisiko tragen. 38 Prozent der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft verrichten einfache Tätigkeiten, wobei der Anteil unter weiblichen Arbeitskräften bei 43 Prozent liegt⁶¹.

O-Töne aus Interviews mit Landarbeiterinnen in der erwähnten Studie geben einen Eindruck von der Einstellung, die sich bei fest beschäftigten Landarbeiter:innen in einem Familienbetrieben mitunter findet. Eine 34-jährige Melkerin in einem Familienbetrieb äußerte sich z. B. zufrieden darüber, dass sie sich trotz harter Arbeitsbedingungen in ihrem Beruf dort „am besten mit der Familie organisieren kann“. Ihre Zufriedenheit leitete sie aus dem Eindruck ab, dass sie „echt Glück“ mit ihrem Chef habe, der ihr gelegentlich nach Bedarf freigebe⁶². Eine 31-jährige Auszubildende

in einem ökologischen Milchviehbetrieb in Südwestdeutschland, die auf dem Betrieb lebt, schilderte die Wahl ihres Ausbildungsbetriebs trotz einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche plus Überstunden in der Erntezeit als „Glücksgriff“, wobei sie sich vor allem auf das Arbeitsklima und die Arbeitsbedingungen bezog⁶³. Natürlich strahlen bei weitem nicht alle Landarbeiter:innen ein solches Maß an Zufriedenheit aus. Die für viele städtische Arbeiter:innen in Betrieben mit gewerkschaftlicher Mitbestimmung unvorstellbar erscheinenden Bedingungen in der Landarbeit werden von den dort Beschäftigten insgesamt aber häufig als natürlich akzeptiert.

ii) Saisonarbeiter:innen

Im Jahr 2023 arbeiteten in landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland 242.800 Saisonarbeitskräfte, was 28 Prozent der Beschäftigten entspricht. Der weibliche Anteil unter ihnen liegt bei 44 Prozent bzw. 108.000 Arbeiterinnen.

Saisonarbeiter:innen arbeiten überwiegend in Haupterwerbseinzelbetrieben, nämlich 134.500 bzw. 55 Prozent. 90.400 waren bei Personengesellschaften bzw. juristischen Personen beschäftigt, was familiengeführte Betriebe mit mehreren Inhaber:innen (z. B. Eltern und Kinder) ebenso einschließt wie ostdeutsche

57 | Vgl. Labournet TV (2025)

58 | Vgl. Niens / Nack (2022): S. 111 f.

59 | Niens / Nack (2022): S. 111

60 | Niens / Nack (2022): Einleitung

61 | Niens / Nack (2022) S. 6

62 | Niens / Nack (2022): S. 56

63 | Niens / Nack (2022): S. 93

GmbHs oder Genossenschaften. Nur 18.000 Saisonarbeiter:innen arbeiteten in Nebenerwerbsbetrieben.

Die Saisonarbeiter:innen kommen „zu fast 100 % aus dem europäischen Ausland“⁶⁴, insbesondere aus Rumänien, Bulgarien, Polen und der Ukraine. Sie arbeiten zu einem großen Teil als Erntehelfer:innen in Obst- und Gemüsebaubetrieben mit Sonderkulturen (u. a. Spargel, Erdbeeren, Wein). Es gibt aber auch Saisonarbeit, z. B. in Milchbetrieben. Gerade kleine und mittlere Betriebe können ihre Ernte zum Teil nur bewältigen und sich finanziell halten, weil sie auf die besondere Ausbeutung von Saisonarbeiter:innen zurückgreifen und dabei häufig elementare Arbeitsstandards wie den Mindestlohn unterlaufen. Hier wird die Selbstausbeutung der Bäuer:innen zum Teil besonders drastisch an die Arbeiter:innen weitergegeben. Zu den typischen Arbeits- und Lebensumständen von Saisonarbeiter:innen in der deutschen Landwirtschaft zählen z. B. kaserniertes Wohnen auf dem Betriebsgelände, Abzug der Unterkunftskosten vom Lohn, Lohnprellerei, schlechte Hygienebedingungen, Zurückschicken im Falle von Krankheiten oder Unfällen, Einschüchterung, körperliche Gewalt,

mafiose Strukturen⁶⁵ u. v. m.

In der Regel gibt es in den Betrieben eine klare Arbeitsteilung zwischen qualifizierten deutschen Fachkräften und migrantischen Hilfsarbeiter:innen. Eine fest angestellte Landarbeiterin schilderte z. B. in einem Interview dass sie sich um das Herdenmanagementprogramm kümmere, während „so einfache Arbeiten wie melken“ dafür jetzt „die Rumänen, Kroaten und Bulgaren“ machten⁶⁶.

Der Arbeitsalltag von Saisonarbeiter:innen in einem beispielhaften landwirtschaftlichen Betrieb am Rande einer deutschen Kleinstadt wird in einem anderen wissenschaftlichen Beitrag über die Arbeitsbedingungen in der Saisonarbeit wie folgt dargestellt:

*„Die migrantischen Arbeitskräfte sind in länglichen Baracken untergebracht, die auf dem Betriebsgelände und damit in unmittelbarer Nähe der Felder liegen. Für die Unterbringung zahlen die Saisonkräfte zwölf Euro pro Tag. Das Geld wird direkt vom Lohn abgezogen. Das Gelände mit den Wohngebäuden ist durch einen Zaun um- und eingegrenzt. Dabei teilen sich zwei bis vier Personen ein Zimmer, in dem es zwei Kochplatten und einen Kühlschrank gibt. Toilette, Dusche und Waschraum sind extern untergebracht. Die Arbeiter*innen kaufen in der eineinhalb*

Kilometer entfernten Kleinstadt selbst ein und kochen für sich selbst. Da sie ihren Lohn erst nach Ablauf ihres dreimonatigen Aufenthalts erhalten, bekommen sie einen wöchentlichen Vorschuss von etwa 50 Euro.

*Landwirtschaftliche Arbeit zeichnet sich dadurch aus, dass das Arbeitsvolumen aufgrund schwankender Wetterverhältnisse schwierig zu planen ist. Entsprechend werden die Arbeitszeiten angepasst und schwanken je nach Bedarf. In der Regel arbeiten die Saisonkräfte acht bis zehn Stunden pro Tag an sechs Tagen die Woche. Sie beginnen meist um fünf oder sechs Uhr und beenden die Feldarbeit gegen 16 Uhr. Die meiste Erntearbeit bedarf einer nur kurzen Anlernzeit, verlangt jedoch eine hohe körperliche Belastbarkeit und eine gewisse Geschicklichkeit. Viele Saisonkräfte haben entsprechend in ihren Heimatländern selbst abhängig oder selbstständig in der Landwirtschaft gearbeitet oder tun dies weiterhin. Spargel wird mit einem Spargelstecher am Ansatz „gestochen“, Erdbeeren werden per Hand gepflückt. Bei der Gurken-ernte liegen die Arbeiter*innen bäuchlings nebeneinander auf einer mehrere Meter breiten Tragfläche (der „Gurkenflieger“), die von einem Traktor über das Feld bewegt wird. Die Erntearbeiter*innen greifen die Gurken und legen sie auf ein Transportband zu ihren Köpfen.*

Die einfachen Saisonkräfte erhalten den gesetzlichen Mindestlohn (seit dem 01.01.2024: 12,41 Euro). Neben den

Kosten für die Unterkunft zieht der Arbeitgeber die fälligen Beiträge zur Sozialversicherung und die Lohnsteuer ab. Die Beschäftigten erhalten keine Zuschläge für Überstunden.“⁶⁷

Für die ausländischen Saisonarbeiter:innen ist die Arbeit in der deutschen Landwirtschaft dem Bericht zufolge häufig der Haupterwerb, was sich aus dem Lohngefälle zwischen Deutschland und Ländern wie Rumänien ergibt. Der Lebensmittelpunkt der Arbeiter:innen liegt weiterhin im Heimatland, die Saisonarbeit z. B. für drei Monate dient lediglich dem Lebensunterhalt zu Hause sowie ggf. der Finanzierung einer Selbständigkeit oder eines Hauses. Viele der Saisonarbeiter:innen haben keinen Schulabschluss. Arbeitsbedingungen werden von ihnen überwiegend am Standard in ihren Heimatländern gemessen und nicht am schlechten Standard im Vergleich mit anderen Branchen in Deutschland⁶⁸. Da es nur um Gelderwerb geht, gibt es häufig eine hohe Bereitschaft zu Überstunden über den legalen Rahmen hinaus, auch wenn diese nicht mit Extra-Zuschlägen vergütet werden, und wenig Interesse an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung:

„Arbeitgeber [gehen] in der Landwirtschaft seit 2022, bedingt durch staatlichen Druck, vermehrt dazu über, Saisonkräfte sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen. Dies war

64 | Barthel, Georg/Lluis, Conrad (2024): Für eine gute Saison: Saisonarbeit in der deutschen Landwirtschaft zwischen Prekarisierung, Regulierung und Politisierung. In: IAQ-Report (Vol. 2024, Issue 9), <https://doi.org/10.17185/dupublico/82447>

65 | https://www.servicestelle-gegen-zwangarbeit.de/wp-content/uploads/2023/01/2022_Servicestelle_Branchenanalyse_Saisonarbeit_Pflege.pdf

66 | Niens / Nack (2022): S. 125

67 | Barthel, Claus (2024): S. 3 f.

68 | Vgl. Barthel, Claus (2024): S. 10 f.

lange von Gewerkschaften und Beratungsorganisationen gefordert worden. Viele Saisonkräfte, die mit dem Bruttostundenlohn angeworben wurden und dann von den Abzügen in Höhe von 23 Prozent inklusive Lohnsteuer erfuhren, waren jedoch darüber sehr verärgert. Dies wurde in Gesprächen und Interviews teilweise als das größte oder teils gar das einzige Problem in ihrem Betrieb benannt.⁶⁹

Ganz anders als bei den fest angestellten landwirtschaftlichen Beschäftigten findet sich bei den Saisonarbeiter:innen also häufig ein hohes bzw. ausschließliches materielles Interesse und eher wenig „intrinsische Motivation“. In Interviews mit Saisonarbeiter:innen wurden als Konfliktgründe am Arbeitsplatz Punkte genannt wie der Zustand von Unterkünften und Arbeitsschuhen; eine zu niedrige Entlohnung oder unzureichende Lohnabschläge; überteuerte Abzüge für Unterkünfte und Arbeitsmittel, zu hoher Arbeitsdruck; ein schlechter Umgang mit den Beschäftigten und der Einsatz für andere Tätigkeiten als ursprünglich vereinbart⁷⁰.

Nicht selten setzen sich die Saisonarbeiter:innen gegen solche Punkte zur Wehr und leisten spontan niedrigschwellige Widerstand, wobei die Suche nach einem anderen Arbeitsplatz in den von Arbeitskräftemangel geprägten Landwirtschaftsbetrieben häufig das erste Mittel der Wahl ist.

69 | Vgl. Barthel, Claus (2024): S. 10 f.

70 | Vgl. Barthel, Claus (2024): S. 11

Ebenso setzen sich Saisonarbeiter:innen zur Wehr, indem sie in Gruppen zu Vorarbeiter:innen oder Chefs gehen; Obst und Gemüse für den Eigenbedarf klauen, um zurückgehaltenen Lohn zu kompensieren; drängende Probleme selbst lösen (z. B. indem sie selbst die Wände in ihrer Unterkunft streichen); die Zusammenarbeit mit Medien oder Beratungsorganisationen suchen oder aber ihre Arbeit zurückhalten⁷¹. Wie der Bericht zu den Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiter:innen herausstellt, kommen kleinere Kurzstreiks von Erntehelfer:innen auf Bauernhöfen recht häufig vor – hier die Schilderung eines Beispiels:

„Auf einem großen Bauernhof in Ostdeutschland traten bis zu 200 Saisonkräfte mehrmals für einige Stunden in den Streik. „Der Anlass ist immer, dass die Arbeitsvorgaben zu hoch sind. Manche sind älter, kränker, also gebrechlicher, oder manchmal fühlt man sich am Tag nicht so gut und dann kann man die Quote, diese Arbeitsvorgabe nicht einhalten. Das war der Anlass. Jedes Jahr werden die Arbeitsvorgaben höher, ob bei Erdbeeren, Spargel oder Gurken“. (Interview Saisonkraft 2, 27.04.2024). Im Fall der Erdbeeren sollten die Arbeiter*innen in den ersten zweieinhalb Stunden neun Kisten Erdbeeren à 5 Kilogramm gepflückt haben. Ansonsten wurden sie für den Tag unbezahlt in die Unterkunft geschickt. In Reaktion darauf, dass die Arbeitsvorgaben kaum zu erfüllen

71 | Vgl. Barthel, Claus (2024): S. 11 ff.

waren, traten die Beschäftigten mehrere Stunden in den Ausstand. Der Arbeitgeber drohte damit, den Beschäftigten nur einen Vorschuss von 300 Euro zu geben und sie zurück nach Rumänien zu schicken. Als Kompromiss reduzierte der Vorarbeiter die Arbeitsvorgaben von drei auf zweieinhalb Kisten pro Stunde. Dieser Erfolg schien jedoch nicht langfristig Bestand zu haben und in den Fällen der anderen Streiks mussten die Arbeiter*innen ohne Verbesserungen an die Arbeit zurückkehren.⁷²

Längere Streiks mit öffentlicher Aufmerksamkeit sind dagegen die absolute Ausnahme. Ein Aufsehen erregendes Beispiel hierfür war mitten in der Corona-Pandemie im Mai 2020 der wilde Streik von rumänischen Spargelstecher:innen in einem Betrieb in Bornheim⁷³:

„In Bornheim in der Nähe von Bonn kam es am Freitagmorgen (15.05.2020) zu einem spontanen Streik in einem großen Spargelbetrieb. Die Feldarbeiter:innen, die größtenteils aus Rumänien stammen, weigerten sich morgens, in die Busse zu steigen, die sie immer zu den Spargelfeldern bringen. Grund für ihren Streik sind die extrem ausbeuterischen Verhältnisse in dem Betrieb. Die Arbeiter:innen hatten für einen vollen Monat Arbeit nur rund 200 bis 300 Euro erhalten. Damit wollen sie sich

72 | Barthel, Claus (2024): S. 12

73 | Labournet TV (2020): Streik der Erntearbeiter_innen in Bornheim, <https://de.labournet.tv/streik-der-erntearbeiterinnen-bornheim>

nicht zufrieden geben und kündigen an weiter zu streiken. Der Betriebsleiter hatte bereits kurz darauf am Freitag die Polizei zur Unterstützung gerufen. Diese rückte mit rund 20 Beamten an, konnte die ArbeiterInnen allerdings nicht vom Streiken abhalten. Der Betrieb hat bereits vor einigen Wochen Insolvenz angemeldet, weswegen er jetzt von einem Insolvenzverwalter geführt wird.⁷⁴

Gewerkschaftliche Organisierung

Zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der deutschen Landwirtschaft gibt es keine genauen Angaben. Betriebsräte und Gewerkschaften sind dort jedoch bekanntermaßen wenig bis gar nicht vorhanden und wenn überhaupt nur in den ostdeutschen Agrarbetrieben: „Die Gewerkschaft IG BAU verhandelt in diesem Sektor zwar Branchentarifverträge. Da sie über so gut wie keine Mitglieder und damit kaum über Durchsetzungsmacht verfügt, entsprechen die darin festgehaltenen Bedingungen indes nur gesetzlichen Mindeststandards.“⁷⁵ Es gibt auch wenig sichtbare Bestrebungen, an diesem Zustand etwas zu ändern. Die IG BAU hat zwar die Möglichkeit einer Jahresmitgliedschaft speziell für Saisonarbeiter:innen geschaffen, die aber beiderseitig vor allem als Rechtsschutz für individuelle Klagen verstanden und genutzt

74 | <https://perspektive-online.net/2020/05/feldarbeiterinnen-in-bornheim-streiken-fuer-bessere-loehne/>

75 | Barthel, Claus (2024): S. 3

wird. Ebenso gibt es Kampagnen zur Aufklärung von Landarbeiter:innen über ihre Rechte, z. B. durch die Initiative Faire Landarbeit der IG BAU⁷⁶.

Die anarchosyndikalistische Freie Arbeiter*innen-Union (FAU), die 2020 schon mit den Spargelstecher:innen in Bornheim gearbeitet hat, hat 2022 die „Initiative Grüne Gewerke“ ins Leben gerufen, um neben Gartenbaubetrieben auch Arbeiter:innen in der Landwirtschaft zu organisieren^{77 78}.

Corona und Saisonarbeit

Besonders drastisch wirkten sich die schlechten Arbeitsbedingungen einschließlich Kasernierung auf den Höfen während der Corona-Pandemie aus, teilweise mit Massenansteckungen. Zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung weitete Deutschland die Höchstdauer für geringfügige Beschäftigung von 70 auf 115 Tage aus und richtete eine „Luftbrücke“ zur Herbeischaffung von 40.000 Saisonarbeiter:innen aus Rumänien ein. Die Logistik hierfür übernahm der Bauernverband. Dies unterstreicht die Bedeutung der Saisonarbeitskräfte für die Nahrungsmittelversorgung und damit ihre Produktionsmacht. Ebenso wurden zweiwöchige Arbeitsquarantänen eingeführt. Die Isolierung führte dazu, dass „ausbeu-

76 | <https://igbau.de/Initiative-Faire-Landarbeit.html>

77 | Labournet TV (2025): Initiative Grüne Gewerke, <https://de.labournet.tv/initiative-gruene-gewerke>

78 | <https://gruene-gewerke.fau.org>

terische Praktiken“ seitens der Höfe nochmals erleichtert wurden⁷⁹.

Infolge des oben benannten Streiks in Bornheim im Mai 2020 und eines darauffolgenden Besuchs der rumänischen Arbeitsministerin wurden zwischen beiden Ländern Arbeitsgruppen zur Verbesserung der Lage der Saisonarbeiter:innen gebildet. Zu den konkreten Ergebnissen gehört u. a. eine Pflicht zu einer (rudimentären) Krankenversicherung z. B. für Verletzungen: Vorher war es gängige Praxis, dass erkrankte Arbeiter:innen auf eigene Kosten zurückgereist sind oder ihnen die Behandlungskosten vom Lohn abgezogen wurden. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sollen außerdem künftig Subventionen an landwirtschaftliche Betriebe ab 2025 nur dann voll ausgezahlt werden, wenn Arbeitsmindeststandards eingehalten werden⁸⁰.

Imperialismus und Klassenverhältnisse auf dem Land

Das Fortbestehen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in Deutschland mit einem noch immer hohen Anteil von – wenn auch prekären – Familienbetrieben im Westen wäre nicht denkbar ohne die imperialistische Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse in abhängigen Ländern und der Arbeiter:innen in Deutschland.

79 | Barthel, Claus (2024): S. 5

80 | Barthel, Claus (2024): S. 14

Durch das auf dieser Ausbeutung basierende Subventionssystem wird außerdem die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln ermöglicht.

Dies kann man sich an einem scheinbaren Widerspruch deutlich machen: Obwohl die landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Rücken zur Wand stehen, ist ihr Ertragsanteil an den im Handel verkauften Lebensmitteln höher als in vielen industriellen Zulieferbeziehungen. Milchbäuer:innen zum Beispiel erhalten vom Milchpreis im Laden heute etwa die Hälfte, während den Rest des Umsatzes die stark monopolisierten⁸¹ Molkereien und der Lebensmitteleinzelhandel abschöpfen⁸². Dies ist – relativ gesehen – gar nicht so wenig, wenn man bedenkt, dass dem Rohstoff Milch durch die Lohnarbeiter:innen in der Molkereindustrie zusätzlicher Wert hinzugefügt wird. Von diesen Erträgen existieren könnten die Bäuer:innen dennoch nicht. Bei Industriewaren, die wie T-Shirts oder iPhones vollständig im Ausland produziert und in Deutschland lediglich im Handel verkauft werden, geht im Unterschied dazu mitunter nur ein Anteil von unter 30 Prozent an den produzierenden Betrieb, und das, obwohl dem Produkt außer einem geringen Anteil während des Transports kein neuer Wert mehr

81 | <https://milchindustrie.de/marktdaten/toplisten-milch-wirtschaft/>

82 | Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (2025): Milchpreis: Welchen Anteil erhalten Landwirtinnen und Landwirte?, <https://www.landwirtschaft.de/wirtschaft/agrar-markte/markt-und-versorgung/milchpreis-welchen-anteil-erhalten-landwirtinnen-und-landwirte>

hinzugefügt wird. Dies ist jedoch nur möglich aufgrund einer massiven Überausbeutung der Arbeiter:innen in den abhängigen Ländern⁸³.

Der Umstand dieses vergleichsweise hohen Erzeugeranteils in der Landwirtschaft erklärt sich dadurch, dass die Preise für Lebensmittel in der EU durch Subventionierung künstlich niedrig gehalten werden. Die Milch geht also eigentlich zu billig über den Ladentisch. Dafür verlangen Handel und Industrie niedrige Einkaufspreise von den Bäuer:innen und diese können sich nur unter prekären Bedingungen als Betriebe halten, weil ihr Einkommen einschließlich der zu zahlenden Landarbeiter:innenlöhne zu einem hohen Teil durch staatliche Subventionen finanziert wird. Das Geld hierfür stammt wiederum aus der Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse, die nicht nur sämtlichen Reichtum im Kapitalismus produziert, sondern über direkte und indirekte Steuern faktisch auch den gesamten Staatshaushalt finanziert. Das System der internationalen Abschöpfung von Mehrwert im Rahmen globaler Produktionsketten, das etwa im oben geschilderten Beispiel der T-Shirts und iPhones zum Ausdruck kommt, trägt sein Übriges auch zur Füllung der Staatskassen bei (denn bei jedem verkauften Produkt kassieren die Finanzämter ebenfalls mit).

83 | Vgl. Smith, John (2016): Imperialism in the Twenty-First Century, The Globalization of Production, Super-Exploitation, and the Crisis of Capitalism, Monthly Review Press, S. 9 ff.

Die Bäuer:innenbetriebe können also faktisch nur aufgrund eines Systems der Überausbeutung der Weltarbeiter:innenklasse noch existieren. Dass sie, um ihre Ernte zu bewältigen, auch selbst migrantische Saisonarbeiter:innen übermäßig ausbeuten, kommt noch hinzu.

Bäuer:innenbewegung und Proteste 2024

Die Bäuer:innenbetriebe stehen trotz allem am unteren Ende der Nahrungskette in der Organisation der kapitalistischen Landwirtschaft, sind von kapitalistischen Konzernen und vom Staat abhängig und auf die Ausbeutung billiger Arbeitskraft angewiesen. Nur wenige schaffen den Aufstieg zum kapitalistischen Unternehmen, die meisten gehen früher oder später unter.

Vor diesem Hintergrund kommt es immer wieder zum Aufkeimen politischer Proteste der Bäuer:innen mit Aktionsformen, die für Deutschland zum Teil sehr ungewöhnlich sind, wie z. B. Traktorblockaden von Autobahnzufahrten und Traktordemos. Zuletzt geschah dies im Januar 2024 infolge des Versuchs der Ampelregierung, eine EU-Richtlinie umzusetzen, die Steuererleichterung auf Agrardiesel abzuschaffen und Kfz-Steuern auf landwirtschaftliche Fahrzeuge zu erheben.

Es gibt verschiedene politische Akteure in diesen Protesten, z. B. den

Deutschen Bauernverband (DBV) als „klassenübergreifende“ Organisation unter Führung der Agrarindustrie, die von unten gegründete Initiative „Land schafft Verbindung“ mit inzwischen zahlreichen Abspaltungen sowie vor allem bei früheren Protesten den Bund deutscher Milchviehhalter⁸⁴ als DBV-kritische Organisation. Rechte Kräfte wie die AfD und Aktivist:innen, welche die Fahne der historischen „Landvolk“-Bewegung⁸⁵ verwenden, versuchen in die Proteste hineinzuwirken. Auf linker Seite hat vor allem die FAU inhaltlich und praktisch zum Thema der Bäuer:innenproteste und der Landarbeit gearbeitet⁸⁶.

Die politischen Forderungen der Bäuer:innenbewegung drehen sich um verschiedene wirtschaftliche Fragen mit teils starkem Fokus auf bestimmte nationale oder EU-weite rechtliche Verordnungen, wie hier im Forderungskatalog der Bewegung „Land schafft Verbindung“ aus dem Januar 2024⁸⁷:

- Keine Streichung der Agrardieselentlastung, keine Einführung von Kfz-Steuern auf landwirtschaftliche Fahrzeuge.
- Die in „Artikel 148, VO 1308/2013 GMO geschaffene Möglichkeit, den

84 | <https://www.bdm-verband.de>

85 | Völkisch-antisemitische Bäuer:innenbewegung, die in den 1920er Jahren als rechte Antwort auf eine schwere Agrarkrise entstand und später in Teilen in der NSDAP aufging.

86 | Mitschnitt: Podiumsdiskussion Zukunft der Landwirtschaft, Bäuer:innenproteste und die Lage der Beschäftigten (2025): <https://gruene-gewerke.fau.org/?p=383>

87 | Land schafft Verbindung (2024): Forderungen, 14. Januar 2024, https://www.lsv-sachsen.info/images/lsv-blog/76/2401/Forderungen_LSV_Deutschland.pdf

Vertragspartnern des Primär- und Sekundärsektors eine verbindliche Vorgabe zum Abschluss von Verträgen vor der Ablieferung von Rohmilch und Fleisch, unabhängig von den Unternehmensformen, vorzugeben“, solle zügig in nationales Recht umgesetzt werden. Hinter dem schwer verständlichen juristischen Ausdruck versteckt sich die Forderung an den Staat, die Lieferbeziehungen zwischen Landwirtschaftsbetrieben und Industrie durch eine Vertragspflicht zu steuern, die bestimmte Bestandteile wie Preise und Liefermengen umfassen und den Bäuer:innen damit sichere Erträge gewährleisten soll⁸⁸.

- Importierte Waren sollen allen deutschen (Sozial-, Tierschutz-, Umwelt- etc.) Standards entsprechen müssen.
- Herkunftslandkennzeichnung für alle landwirtschaftlichen Produkte inklusive verarbeiteter Lebensmittel und Restaurantprodukte. Verbot unlauterer Handelspraktiken und des Einkaufs unter Produktionskosten.
- Keine weiteren Steuererhöhungen oder Auflagen für landwirtschaftliche Betriebe, „die sogar innereuropäisch zu Wettbewerbsnachteilen führen“⁸⁹.

88 | <https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-148-gmo/FAQList.html>

89 | Land schafft Verbindung (2024): Forderungen, 14. Januar 2024, https://www.lsv-sachsen.info/images/lsv-blog/76/2401/Forderungen_LSV_Deutschland.pdf

Der Bund deutscher Milchviehhalter verfolgt als Ziel einen kostendeckenden Milcherzeugerpreis von mindestens 50 Cent und fordert hierfür ein „effizientes Sicherheitsnetz für den Milchmarkt“ in Form von „Marktkriseninstrumenten“, verbindliche politische Vorgaben für Erzeugerpreise, Milchmengen und Vertragsdauer sowie die Förderung der „Bündelungsbemühungen“ der Milcherzeuger – also die Verstärkung ihrer Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit⁹⁰. Der Verein „Landwirtschaft verbindet Deutschland e.V.“, der sich 2021 von der Initiative „Land schafft Verbindung“ abgespalten hat und als AfD-nah gilt, fordert daneben ausdrücklich Ausnahmen beim Mindestlohn für Saisonarbeiter:innen: „Um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu sichern, muss eine Regelung geschaffen werden, die den Mindestlohn für Ungelernte- und Saisonarbeitskräfte vom Mindestlohn für Fachkräfte entkoppelt. Nur so kann die Wirtschaftlichkeit der Betriebe erhalten und die Produktion regionaler Lebensmittel gesichert werden.“⁹¹

Die AfD hat diese Forderung nach einer Ausnahmeregelung beim Mindestlohn für Erntehelfer:innen aufgegriffen und 2024 im Bundestag zur Debatte gestellt⁹², während der

90 | Leitlinien des BDM 2018, https://www.bdm-verband.de/wp-content/uploads/2020/08/BDM-Leitlinien-2018_neu2020.pdf

91 | Landwirtschaft verbindet Deutschland e.V. (2025): Forderungspapier, <https://lvdeutschland.de/2025/03/14/forderungspapier/>

92 | <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw26-de-erntehelfer-1008304>

DBV sich im Juni 2023 gegen die Erhöhung des Mindestlohns wandte⁹³. Bürgerliche, rechte und faschistische Kräfte versuchen also offensichtlich, die kleineren Bäuer:innen gegen die migrantischen Saisonarbeiter:innen zu positionieren, und es scheint, dass solche Positionen in der Bäuer:innenbewegung auch aufgegriffen werden.

Eine klassenkämpferische Arbeiter:innenbewegung muss solchen reaktionären Positionen wie der Mindestlohnabschaffung sowie allen Positionen entschieden entgegentreten, welche den Druck, der auf kleinen und prekären Bäuer:innenbetrieben lastet, weiter auf die Landarbeiter:innen abwälzen wollen. Sie muss für eine klare Verbesserung der Lage der Landarbeiter:innen kämpfen, und das im Zweifel auch gegen die kleinen und mittleren Bäuer:innen.

Daneben stellt sich aber noch die Frage, welche Forderungen der Bäuer:innen die Arbeiter:innenbewegung unterstützen kann und wie es gelingen kann, die Energie der „wildgewordenen“ Bäuer:innen in eine fortschrittliche Richtung zu lenken, sie zu einer Bündniskraft zu machen. Dieser Frage widmen wir uns im folgenden Abschnitt.

Wie können Grundzüge einer kommunistischen Landwirtschaftspolitik heute aussehen?

Die kommunistische Bewegung hat sich seit ihrem Entstehen sehr intensiv mit der Frage der Bäuer:innen als einem entscheidenden politischen Faktor befasst. Das gilt nicht nur für Länder wie Russland oder China, sondern auch für Westeuropa. Die politische Relevanz ergibt sich wiederum nicht nur aus der (historischen) zahlenmäßigen Stärke der Bäuer:innen, die im 19. Jahrhundert auch in Deutschland und Frankreich die Bevölkerungsmehrheit stellten, sondern ebenfalls aus ihrer fundamentalen ökonomischen Rolle als Produzent:innen von Nahrungsmitteln und als prägender Klasse für den ländlichen Raum, ohne dessen Gewinn keine Revolution lange Bestand haben würde.

Friedrich Engels (1820-1895) hat die Grundorientierung der kommunistischen Politik gegenüber den Bäuer:innen einmal folgendermaßen dargestellt:

„Was ist denn unsre Stellung zur Kleinbauernschaft? Und wie werden wir mit ihr verfahren müssen am Tag, wo uns die Staatsmacht zufällt?

Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: dass wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber

keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen.

Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, dass, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsre Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck. Und da haben wir allerdings Mittel genug, um dem Kleinbauer Vorteile in Aussicht zu stellen, die ihm schon jetzt einleuchten müssen. (...) Wir können nun und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzuleigentums und des Einzelbetriebs gegen die Übermacht der kapitalistischen Produktion versprechen.“⁹⁴

Nach diesen Grundzügen richtete sich auch die langfristige Bäuer:innenpolitik in der Sowjetunion, in der die Kleinbäuer:innen zur Zeit der Oktoberrevolution 1917 die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ausgemacht haben. Hier haben die Bolschewiki das Land nach der Revolution jedoch zunächst an die Kleinbäuer:innen verteilt – was erst einmal keine sozialistische Maßnahme war,

sondern dazu diente, die Mehrheit der Bäuer:innen für die Sowjetmacht zu gewinnen. Zur verstärkten Kollektivierung der Landwirtschaft kam es dort erst in den 1930er Jahren.

Die Ausgangslage ist heute und in Deutschland eine andere. Wir haben oben dargelegt, dass es den „Kleinbauern“ in seiner Reinform nicht mehr gibt. Was es an Bäuer:innenbetrieben noch gibt, sind heute kapitalistische Familienbetriebe, Nebenerwerbs- und Mischbetriebe, denen noch bestimmte Überreste des historischen Kleinbäuer:inntums ankleben, nämlich vor allem die Einheit von Produktion und Eigentum am Betrieb, die sich in der Selbstausbeutung der Familienarbeitskraft niederschlägt. Diese Betriebe sterben – politisch gebremst durch Subventionen – langsam aus und machen größeren kapitalistischen Betrieben Platz, in denen sich Produktion und Betriebseigentum tendenziell trennen. Die kleinbäuerlichen Überreste und Traditionen sind es aber vor allem, welche die verbliebenen Bäuer:innen als politischen Faktor prägen. Ihrer wirtschaftlichen Lage nach stehen sie im ständigen Widerspruch zur Industrie und zum Handel auf der einen und zu den Landarbeiter:innen auf der anderen Seite. Aus kommunistischer Sicht gilt es, nach Wegen zu suchen, ihr explosives politisches Potenzial gegen die erstgenannten Kräfte anstatt gegen die zweitgenannten zu lenken, ohne ihnen dabei falsche Versprechungen zu machen.

93 | DBV: Mindestlohnsteigerung belastet heimische Obst- und Gemüseerzeugung

94 | Engels, Friedrich (1894): Die Bäuer:innenfrage in Frankreich und Deutschland, MEW 22, S. 498 ff., <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1894/11/Bauer:innen.htm>

Im Osten Deutschlands ist die Lage aus kommunistischer Sicht vergleichsweise einfach, denn die dortigen kapitalistischen Agrarunternehmen könnten in einer sozialistischen Revolution zum allergrößten Teil sofort verstaatlicht oder aber in eine Neuauflage von LPGs zurückverwandelt werden. Für den Westen wird es dagegen erforderlich sein, kapitalistische Großbetriebe zu verstaatlichen, zugleich aber möglichst viele der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe freiwillig in staatliches oder Kollektiveigentum zu überführen.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen und der oben dargelegten Analyse der Klassenverhältnisse in der Landwirtschaft stellen wir die folgenden Thesen für eine kommunistische Bäuer:innenpolitik unter den heutigen Bedingungen in Deutschland zur Diskussion:

- Die Konzentration und Technisierung der Landwirtschaft mit der Herausbildung agrarischer Großbetriebe sind prinzipiell fortschrittliche Entwicklungstendenzen, aber im Kapitalismus zwangsläufig mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt verbunden. Ein geordneter Übergang zu einer menschenwürdigen und umweltfreundlichen landwirtschaftlichen Produktion ist im Sozialismus möglich und notwendig.
- Das Klammern an überkommene

Wirtschaftsformen wie familiäre Kleinbetriebe, die auch heute nur noch künstlich durch Steuergeld am Leben gehalten werden, kann als Kommunist:innen nicht unsere Aufgabe sein. Diese Betriebe sind mittel- bis langfristig dem Untergang geweiht. Dennoch stellt sich die Frage, ob sich Teile der Bäuer:innen unter die politische Führung der Arbeiter:innenklasse ziehen lassen. Ihr Feind ist nämlich heute das (agrarische) Großkapital, die Nahrungsmittelindustrie, die Banken etc.

- Eine kommunistische Politik in der Landwirtschaft muss sich zuerst und vor allem auf die Landarbeiter:innen stützen (sowie im weiteren Sinne auf alle Arbeiter:innen, die auf dem Land wohnen): Allein durch unser konsequentes Eintreten für höhere Löhne und vernünftige Arbeitsbedingungen geraten wir in Widerspruch zu Bäuer:innen, die sich hierdurch vom Untergang bedroht sehen. Darüber suchen wir die Diskussion mit ihnen, ohne ihnen falsche Zugeständnisse zu machen.
- Bäuer:innen können politische Multiplikatoren im ländlichen Raum sein, sodass ihnen auch Teile der arbeitenden Bevölkerung dort mit Sympathie begegnen. Aufgrund ihrer Zwangslage bilden sie heute ein ideales Feld, das von der faschistischen Propaganda beackert wird, etwa wenn

Faschist:innen den „Bauernmythos“ beschwören, und sind potentielle Träger:innen der Reaktion auf dem Land. Politische Kräfte wie AfD, „Landvolk“-Aktivist:innen usw. haben das erkannt und arbeiten damit.

- Kommunist:innen müssen den Bäuer:innen gegenüber Klarheit reden und Perspektiven im Sozialismus aufmachen, um der genannten Tendenz nach rechts entgegenzuwirken. Die Linie ist dabei die folgende: Der eigene Betrieb ist perspektivisch aufgrund der kapitalistischen Gesetze dem Untergang geweiht, der kapitalistische Staat wird daran auch mit Verordnungen über Marktbeziehungen, Umweltsiegeln und Herkunftslandkennzeichen nichts ändern. Das landwirtschaftliche Know-How der Bäuer:innen sowie nachfolgender Generationen kann aber im Sozialismus unter den Bedingungen eines gesicherten Auskommens und vernünftiger Arbeitsbedingungen zum Gemeinwohl in staatlichen und genossenschaftlichen Kollektivbetrieben kultiviert werden.
- Daneben können wir diejenigen Forderungen der Bäuer:innen unterstützen, die heute auf ihre Existenzsicherung abzielen und zugleich das Großkapital schwächen. Hierzu zählen z. B. das vom LSV geforderte Verbot des Einkaufs unter Produktionskosten, das Eintreten gegen Steuererhö-

hungen und die Möglichkeit der Schaffung von Kooperationen zwischen Bäuer:innenbetrieben, um ihre Verhandlungsposition gegenüber den Großbetrieben zu stärken („Bündelungsbemühungen“). Reaktionäre Forderungen wie die Aufweichung des Mindestlohns lehnen wir dagegen klar ab.

- Eine politische Arbeit, die sich auf die Landarbeiter:innen stützt, muss eine Vielzahl von eigenen Problemen lösen. Dazu gehören vor allem die Tatsachen, dass in vielen Regionen der überwiegende Teil der Landarbeiter:innen nur saisonweise arbeitet, während ständige Arbeitskräfte nicht selten eine enge Bindung an den Hof haben, ihre massive Überausbeutung mit hoher Motivation betreiben und eine privilegierte Stellung gegenüber den migrantischen Saisonarbeiter:innen haben. Letztere haben wiederum häufig ganz andere Interessen als ständige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (z. B. hinsichtlich Sozialversicherungsschutz), sprechen vielfach kein Deutsch, wohnen kaserniert auf den Betriebsgebäuden und sehen ihren Lebensmittelpunkt nicht in Deutschland. Trotzdem gibt es hier eine recht hohe spontane Bereitschaft, sich gegen schlechte Arbeitszustände zur Wehr zu setzen. Hier ist es notwendig, die bisherigen Ansätze einer politischen Arbeit

unter den Landarbeiter:innen aufzugreifen und weiterzuentwickeln.

Ein sozialistisches Landwirtschaftsprogramm muss aus unserer Sicht auf den folgenden Punkten aufbauen:

- In der sozialistischen Revolution wird der gesamte Grund und Boden verstaatlicht, wodurch jegliche Pacht (Grundrente) an den Staat fällt und von diesem gemäß den Erfordernissen der Wirtschaftspolitik für den sozialistischen Aufbau festgelegt wird. Diese Maßnahme berührt nicht die Nutzung des Bodens durch Kleineigentümer:innen wie z. B. Hausbesitzer:innen für den Eigenbedarf.
- Landwirtschaftliche Betriebe ab einer bestimmten Hektargröße oder einem bestimmten Umsatz sowie alle landwirtschaftlichen GmbHs, Genossenschaften nach bürgerlichem Recht und andere Nicht-Einzelunternehmen werden sofort verstaatlicht.
- In allen Regionen werden staatliche Modellbetriebe aufgebaut. Diese gab es bereits in früheren sozialistischen Ländern und sollen der Landbevölkerung die Vorteile einer staatlich organisierten landwirtschaftlichen Produktion vor Augen führen.
- Während kurzfristig die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung Vorrang hat, ist das

langfristige Ziel der sozialistischen Landwirtschaftspolitik die Stärkung des staatlichen Sektors gegenüber dem genossenschaftlichen und die Überwindung eines rein privaten Sektors.

- Aus dem letztgenannten Grund ist es nicht vorteilhaft, alle Bäuer:innen, die nicht enteignet werden, nur für Genossenschaftsbetriebe zu mobilisieren, zumal es in Deutschland keine Kleinbäuer:innen mehr gibt, die historisch die wichtigsten Adressat:innen für die Kollektivierung der Landwirtschaft waren. Bei kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Einzelunternehmen sowie Familienbetrieben mit mehreren Eigentümer:innen kann der sozialistische Staat daher auch zum Mittel der freiwilligen Enteignung gegen Entschädigung greifen. Die Betriebe werden dabei nach Möglichkeit zu größeren Staatsbetrieben zusammengefasst, wobei Teile der früheren Bäuer:innen als Betriebsleiter:innen übernommen werden können.
- Als Alternative hierzu kann der sozialistische Staat ökonomische Anreize (wie z. B. Schuldenerlass) für den Eintritt des eigenen Betriebes in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften setzen. Hier alle Produzent:innen den Betrieb kollektiv. Sofern ihr eigener Betrieb von einer solchen Kollektivierung betroffen ist,

erhalten auch die bisherigen Landarbeiter:innen Möglichkeiten, als Genossenschaftsbäuer:innen in die LPGs einzutreten. Zugleich werden alle Subventionen für Privatbetriebe ersatzlos gestrichen und rigoros hohe Standards bei der privaten Beschäftigung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft durchgesetzt, sofern diese für die Nahrungsmittelversorgung noch zwingend erforderlich ist.

- Die sozialistische Wirtschaftspolitik muss die Produktion strategisch notwendiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse im eigenen Land sicherstellen, solange bzw. insofern der sozialistische Staat nur in einem Land errichtet ist. Das bedeutet die Herauslösung landwirtschaftlicher Kernbereiche aus globalen Produktionsketten und den Aufbau der Produktion von Maschinen, Düngemitteln, Saatgut etc. im eigenen Land, sofern sie nicht ohnehin schon besteht. Im Falle einer Zusammenarbeit zwischen mehreren sozialistischen Ländern kann die landwirtschaftliche Produktion in eine sinnvolle internationale Arbeitsteilung überführt werden, bei der alle Exzesse der globalisierten Nahrungsmittelproduktion im Kapitalismus schnellstmöglich überwunden werden, wie z. B. der Import von Soja aus Brasilien als Tierfutter, während dort Regenwälder abge-

holzt werden, der Transport von Tomaten per Luftfracht o. ä. Eine sinnvolle internationale Arbeitsteilung darf nicht bedeuten, dass einzelne Länder wie im früheren Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu Agraranhängseln größerer Staaten werden.

- Die sozialistische Wirtschaftspolitik wird systematisch auf den Aufbau von High-Tech-Methoden und zugleich Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft setzen, um die natürliche Umwelt zu entlasten. Bestehende fortschrittliche Trends bei der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte werden dabei systematisch ausgenutzt, z. B. der Ausbau der Verwendung pflanzlicher Proteine in der Nahrungsmittelversorgung, um einen Rückbau der Viehzucht zu ermöglichen, die sinnvolle Nutzung von Gentechnik, Urban Farming⁹⁵ u. ä. Ebenso sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, menschliche Arbeitskraft von manuellen Tätigkeiten wie Spargelstechen und Erdbeerpflücken zu erlösen.

⁹⁵ | <https://www.quarks.de/umwelt/landwirtschaft/so-sinnvoll-ist-gemuese-und-obst-vom-dach/>

Die Politik der KPD unter Landarbeiter:innen

Die Kommunistische Partei Deutschlands entwickelte seit ihrer Gründung 1918/19 auch eine Arbeit unter Landarbeiter:innen. Die KPD veröffentlichte im Februar 1926 in der Roten Fahne den Aufruf „Das Gesicht dem Dorfe zu“, in dem sie ein Programm zur Linderung der Not der Bäuer:innen und Landarbeiter:innen darlegte. Für die Bäuer:innen forderte sie u. a. Steuerfreiheit, günstige Kredite, ausreichendes Pacht- und Siedlungsland auf Kosten des Großgrundbesitzes sowie staatliche Hilfe für die Förderung bäuerlicher Genossenschaften⁹⁶. Die Praxis der Parteiarbeit auf dem Land gestaltete sich vor allem in Form von Agitpropaktionen wie z. B. „Roten Landsonntagen“, zu denen Kommunist:innen mit Fahrrädern oder auf LKWs in die Dörfer fuhren, um Landarbeiter:innen und Kleinbäuer:innen für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Hierbei übernahmen städtische Parteiorganisationen jeweils Patenschaften für bestimmte Dörfer⁹⁷. Nicht selten kam es dabei zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Faschist:innen und Bürgerwehren sowie in der Folge zu Orts- und Saalverboten. Diese aktionistische und weitgehend auf Wochenendveranstaltungen beschränkte Form der Landarbeit fand innerparteilich zum Teil Kritik, insbesondere da sie die auf dem Land lebenden Genoss:innen außerhalb der Wochenenden sich selbst bzw. dem Zorn der bäuerlichen Dorfgemeinschaft überließ⁹⁸.

Ein prominenter Landarbeiter, der 1924 in die KPD eintrat und später Kandidat des ZK wurde, war Albert Schettkat (1902-1945)⁹⁹. Er wurde ab 1929 hauptamtlicher RGO-Funktionär für die Landarbeiterbewegung. Anfang der 1930er Jahre wurde der Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter (EVLf) als „rote Gewerkschaft“ gegründet. Einer der Mitbegründer war der Geflügelzüchter Robert Neddermeyer (1887-1965), der ebenso wie Schettkat während des Hitlerfaschismus zum illegalen Widerstand gehörte und zeitweise im KZ saß. Neddermeyer spielte nach 1945 eine leitende Rolle bei der Bodenreform in der DDR und wurde Funktionär der "Vereinigung der gegenseitigen Bäuer:innenhilfe" (VdgB), einer

Massenorganisation der Genossenschaftsbäuer:innen.

Der Einfluss der KPD unter Landarbeiter:innen blieb jedoch begrenzt. 1927 waren von 143.000 Parteimitgliedern etwa 2 Prozent Landarbeiter:innen¹⁰⁰, während der Bäuer:innenanteil in der Partei sogar nur 0,1 Prozent betrug¹⁰¹. Diese Zahlen werden noch aussagekräftiger, wenn man berücksichtigt, dass landwirtschaftliche Arbeitskräfte in diesem Zeitraum noch fast 30 Prozent aller Arbeitskräfte ausmachten¹⁰². Die SPD hatte unter den Landarbeiter:innen ähnlich wie in anderen Teilen der Arbeiter:innenklasse einen deutlich stärkeren Einfluss als die KPD¹⁰³, während viele Bäuer:innen konservativen und nationalistischen Kräften wie der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), dem katholischen Zentrum (v. a. in Süddeutschland) oder der völkischen „Landvolkbewegung“ zuneigten.

96 | Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (1968): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel VIII (1924-1929), Dietz Verlag, S. 117 f.

97 | Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (1968): S. 118

98 | <http://www.traumaland.de/html/hoernle.html>

99 | <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/albert-schettkat?ID=5065>

100 | <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/528117/die-wandlung-des-deutschen-kommunismus-die-stalinisierung-der-kpd-in-der-weimarer-republik>

101 | https://teachsam.de/geschichte/ges_deu_weimar_18-33/wei_parteien/kpd/wei_par_kpd_3_1_3.htm

102 | Tooze (2006): S. 202

103 | Der SPD-nahe Deutsche Landarbeiterverband hatte 1928 151.237 Mitglieder. Die gesamte RGO, die alle Branchen umfasste, erreichte zum Vergleich bis 1932 etwa 320.000 Mitglieder. <https://library.fes.de/cgi-bin/ihg2pdf.pl>

Wir haben im vorliegenden Artikel gezeigt, dass die historische Bäuer:innenklasse heute in Deutschland weitgehend untergegangen ist. Die Reste von ihr, die noch existieren, sind die Betreiber:innen landwirtschaftlicher Familienbetriebe zusammen mit ihren Angehörigen, insofern sie auf den Höfen mitarbeiten. Diese Familienbetriebe existieren überwiegend nur noch in Westdeutschland, wobei im Norden und Nordwesten mittlere Betriebe und in Süddeutschland kleinere und Nebenerwerbsbetriebe vorherrschend sind. Im Osten ist die Landwirtschaft infolge der Umwandlung früherer LPGs nach 1990 weitestgehend in kapitalistischen Großbetrieben organisiert, die keine Familienbetriebe sind. Bei den Familienbetrieben handelt es sich weitgehend um kapitalistische Betriebe mit wenigen festen und ggf. saisonalen Lohnarbeiter:innen bei gleichzeitiger Dominanz der Selbstausbeutung, das heißt dem Zusammenfallen von Eigentum und Produktion. Sie tragen noch gewisse traditionelle Züge der historischen Bauernhöfe, etwa wenn ständige Arbeitskräfte mit auf dem Hof wohnen. Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe stehen unter dem ständigen Druck, durch kapitalintensive Investitionen zu wachsen oder unterzugehen. Dieser schlechende Untergang wird durch die massive Subventionierung der Betriebe im Rahmen der EU-Agrarpolitik künstlich verlangsamt. Den größten Teil des landwirtschaftlichen Mehr-

werts müssen die Betriebe an Agrar- und Handelskonzerne weiterreichen. Diesen wirtschaftlichen Druck geben die Bäuer:innen häufig an die Arbeiter:innen in Form von Überausbeutung weiter. Die prekäre Situation der Betriebe ist zugleich die Quelle der immer wieder aufflammenden Bäuer:innenproteste.

Etwas weniger als die Hälfte der heute in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte sind Familienarbeitskräfte. Die übrige Arbeitskraft verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf Festangestellte und Saisonarbeitskräfte. Letztere kommen überwiegend aus Osteuropa und haben ihren Lebensmittelpunkt in ihren Heimatländern. Seitens der Saisonarbeitskräfte kommt es nicht selten zu niedrigschwelligem Widerstand gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Eine kommunistische Landwirtschaftspolitik muss sich zuallererst auf die Landarbeiter:innen stützen und darf bei Forderungen z. B. nach höheren Löhnen den Konflikt mit den Bäuer:innen nicht scheuen. Zugleich sollte sie versuchen, Teile der noch existierenden Bäuer:innen auf die Seite der Arbeiter:innenbewegung zu ziehen, da diese sich ebenfalls in einem ständigen Widerspruch zu den großen kapitalistischen Konzernen befinden. Wir können solche Forderungen der Bäuer:innen unterstützen, die sich gegen das Großkapital richten und ihre Position gegenüber

diesem stärken. Dabei müssen wir offen vertreten, dass die Entwicklung des Kapitalismus die Familienbetriebe zum langsamen Untergang verurteilt. Nur der Sozialismus bietet die Perspektive eines sicheren Auskommens für alle landwirtschaftlichen Produzent:innen, nur er kann vernünftige

Arbeitsbedingungen und eine sichere und umweltschonende Nahrungsmittelproduktion auf modernem technologischen Niveau im Rahmen einer staatlich und kollektiv organisierten Produktion sicherstellen.





Analyse und Kampforientierung zur europäischen Wiederbewaffnung

Übersetzung aus dem Spanischen aus: Revolución, Zeitung der Revolutionären Arbeiterpartei Spaniens (Partido revolucionario de los trabajadores)

Die Entwicklung der letzten Jahre hat eine Reihe von Erscheinungen mit sich gebracht, die die inneren Widersprüche des imperialistischen Systems verschärft haben. Dies führen uns die folgenden Punkte vor Augen:

- Eine allgemeine Stagnation der Produktion mit zunehmend wiederkehrenden Wirtschaftskrisen.
- Die Zunahme von bewaffneten Konflikten und ein Anstieg von militärischen Investitionen in der ganzen Welt angesichts der wachsenden zwischenimperialistischen Spannungen.
- Das Erstarken der Ultrarechten in den imperialistischen Ländern und des offenen Faschismus in den unterdrückten Ländern, verbunden mit dem beschleunigten Verlust der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, die zuvor als sicher galten.

In diesem Zusammenhang schreitet in den Ländern der Europäischen Union die Akzeptanz des kriegstreiberischen Diskurses der „Aufrüstung“ in riesigen Schritten voran und hat sich im Jahr 2025 unter allen bürgerlichen Parlamentariern durchgesetzt.

Dass die USA über die NATO auf eine Erhöhung der Militärausgaben aller Mitgliedstaaten drängen, ist nichts Neues. Doch für die EU ist die neue US-Position zur Ukraine ein Schock: Trump zeigt den europäischen Imperialisten in den Verhandlungen

mit Putin die kalte Schulter. Um den Konflikt in der Ukraine zu beenden, der von beiden Völkern mit Blut beglichen wurde, haben sich die USA und Russland auf die Aufteilung der Gebiete der Ukraine zwischen den beiden imperialistischen Mächten geeinigt.

Die USA versuchen, die zwischenimperialistischen Spannungen mit Russland zu entschärfen und die EU dazu zu bringen, sich der neuen US-Doktrin im militärischen und politischen Bereich anzuschließen. Auf diese Weise wollen die USA ihre militärischen Fähigkeiten auf die Unterstützung Israels und die Verteidigung ihrer Interessen im asiatisch-pazifischen Raum in ihrem Kampf mit China konzentrieren.

Wie real ist die Kriegsgefahr zwischen der EU und Russland? Welche Interessen liegen auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten, des Vereinigten Königreichs und der USA vor? Auf welche Hindernisse stoßen ihre Versuche, eine einheitliche imperialistische Politik umzusetzen? Wie verhält sich das Programm der „europäischen Aufrüstung“ zum reaktionären Aufschwung (sowohl der Rechtsruck des parlamentarischen Spektrums als auch die Unterstützung der Rechten)? Und schließlich, wie sollte die Position des revolutionären Proletariats in diesem Zusammenhang aussehen? Um diese Fragen zu beantworten, wollen wir in diesem Artikel eine Zusammenfassung unserer Analyse

der EU und dieser Aufrüstung, der Situation in Spanien und der Aufgaben des revolutionären Proletariats angesichts der militaristischen Politik des Imperialismus vorstellen.

1. Das Wesen der europäischen Union

Der erste und wichtigste Punkt, den man verstehen muss, ist, dass die EU keine imperialistische Macht als solche ist: Es gab und gibt weder eine einheitliche europäische Finanzoligarchie, noch haben die verschiedenen imperialistischen Staaten gemeinsame Grenzen oder betreiben eine gemeinsame Politik. Diese Vorstellung hat immer nur in den Köpfen einiger weniger reformistischer und liberal-europafreundlicher Kräfte existiert, die vom Mythos der „europäischen Oase“ und dem neoliberalen Triumph der 1990er-Jahre verblendet waren, und in den Schundbüchern postmoderner kleinbürgerlicher Akademiker.

Im Gegenteil, die EU ist ein wenig zusammenhängendes imperialistisches Projekt, das wir als ein Bündnis imperialistischer Mächte unter der gemeinsamen und widersprüchlichen Führung Deutschlands und Frankreichs charakterisieren. Ihre Existenz ist das Ergebnis der sich überschneidenden Interessen der Oligarchien der imperialistischen Länder, aus denen sie sich zusammensetzt, aber sie wird zugleich ständig von den Widersprüchen zwischen eben diesen

erschüttert, wobei der zweite Aspekt den ersten überwiegt. Dies zeigte sich deutlich bei den verschiedenen Reaktionen auf die Krise von 2008, später beim Brexit und dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem Bündnis oder in jüngster Zeit bei der Zurückhaltung Deutschlands im Konflikt mit Russland.

In diesem Sinne handelt es sich um ein Projekt, das schon seinem Konzept nach ständig in Frage gestellt wird, es hat eher wirtschaftlichen als politischen Charakter und ist auf kurzfristiges Gewinnstreben ausgerichtet. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (bekannt als „Gemeinsamer Markt“) wurden nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um die nötige Stabilität für den Wiederaufbau der Monopole zu schaffen und sich an die neue Hegemonie der USA anzupassen, die die alten europäischen Mächte auf eine im Vergleich zur Vorkriegszeit schwächere Position verwiesen hatten. Auch heute noch dient die EU ihren Mitgliedstaaten vor allem dazu, gemeinsam strategische Initiativen zu realisieren, die sie einzeln nicht auf demselben Niveau durchführen könnten.

Hinzu kommen die Widersprüche mit den Halbkolonien, die ebenfalls Teil der EU sind. Die meisten von ihnen wurden Anfang der 2000er Jahre in die EU aufgenommen, nach dem Zusammenbruch des

Sozialimperialismus des sowjetischen Revisionismus. Davon auszunehmen sind Irland, Griechenland und Portugal, die jeweils schon früher beigetreten waren. Die EU hat den verschiedenen europäischen herrschenden Klassen, insbesondere der deutschen, dazu gedient, diese Halbkolonien an sich zu binden, um sie mit ihrem Kapital und ihren Waren zu überschwemmen, ihre Finanzen und ihre natürlichen Ressourcen zu kontrollieren und ihre Bevölkerung als billige Arbeitskräfte nutzbar zu machen.

An der zwischenimperialistischen Front versuchen die EU-Mächte seit der ersten Amtszeit von Donald Trump im Jahr 2016, einen Plan für eine von den USA unabhängige Außenpolitik zu entwickeln, ein Thema, das nach seinem erneuten Wahlsieg im Jahr 2024 wieder stark in den Vordergrund gerückt ist. Um diese Frage zu analysieren, muss man Folgendes bedenken: Armeen sind eines der wichtigsten Instrumente der herrschenden Klasse, um ihre Herrschaft auszuüben. Ihre Existenz ist doppelt begründet: Zum einen, um die Existenz dieser Klasse zu sichern, vor allem gegenüber dem eigenen Volk, aber auch gegenüber den herrschenden Klassen anderer Länder oder rivalisierenden Fraktionen innerhalb der Bourgeoisie, und zum anderen, um ihre imperialistische Herrschaft auszuweiten und ihren Machtanteil zu vergrößern.

Vor diesem Hintergrund stellt Russ-

land derzeit keine existenzielle Gefahr für die europäischen Kapitalistenklassen dar, kann aber deren Machtanteil einschränken, wenn es in osteuropäischen Ländern Fuß fasst. Ein kurz- bis mittelfristiger Kontrollverlust zugunsten Russlands in diesem Gebiet scheint jedoch unwahrscheinlich, da der Krieg in der Ukraine für Russland derzeit ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Desaster darstellt und die westlichen Mächte (EU+USA) in Osteuropa trotz des Aufstiegs prorussischer Kräfte wie Viktor Orban in Ungarn oder jüngst Calin Georgescu in Rumänien relativ fest im Sattel sitzen.

Auf jeden Fall haben die europäischen Mächte in den letzten Jahrzehnten große Schwierigkeiten gehabt, ihre imperialistische Vorherrschaft über das geografische Europa hinaus auszudehnen, da jede herrschende Klasse, unterschiedliche Einflusszonen hat (Frankreich in Afrika, Deutschland in Osteuropa, Spanien in Lateinamerika und der Sahelzone...) und sie nicht bereit sind, sich gegenseitig uneigennützig zu helfen. Mit anderen Worten, es gibt keine ausreichende Überschneidung der imperialistischen Projekte aus den verschiedenen Fraktionen der europäischen Kapitalistenklassen, um die Vorwärtswentwicklung in eine einheitliche Richtung zu ermöglichen. In dieser Situation möchte jede Finanzoligarchie, dass ihr eigenes Revier gegenüber denen der anderen bevorzugt wird, und zugleich ihren Anteil auf Kosten ihrer angeblichen

Verbündeten erhöhen.

2. Die militärische Schwäche der EU

In Kombination machen all diese Faktoren eine echte europäische Armee unwahrscheinlich, solange diese Situation anhält: Weder ist die Finanzoligarchie ausreichend geschlossen, um eine solche Armee zu den hohen Kosten, die sie verursachen würde, einzusetzen, noch ist ihre Existenz kurz- bis mittelfristig gefährdet, so dass sie daran interessiert wäre. Selbst begrenzte Maßnahmen wie die Verbesserung der Interoperabilität der EU-Armeen stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten, wie z. B. die starke Abhängigkeit von der US-amerikanischen Führung, Aufklärung und Logistik für gemeinsame Einsätze. Hemmend wirken sich ebenso die mangelnde Kompetenz der EU-Kommission in diesem Bereich aus, sowie der Streit zwischen dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland um Machtanteile im militärischen Bereich und eine zersplitterte Rüstungsindustrie, die jeweils einzeln um einen größeren Anteil an europäischen Mitteln kämpft. Die Abhängigkeit der Europäer von der US-Infrastruktur lässt sich gut daran ablesen, wie entscheidend sie für den ukrainischen Widerstand war: Die NATO-Befehlshaber verfügen über ein hohes Maß an Erfahrung bei der Planung und Führung von Truppen aus verschiedenen Ländern und sind in der Lage, diese Infor-

mationen für taktische Angriffe auf gegnerische Versorgungsketten und Kommandozentralen zu nutzen, Bewegungen für Rückzüge oder Gegenoffensiven vorherzusehen und zu jedem Zeitpunkt die richtigen Waffen auszuwählen. So haben die USA beispielsweise die ukrainische Infanterie frühzeitig mit Panzerabwehrwaffen versorgt, um den russischen Blitzkrieg zu stoppen, lieferten mit ihren Aufklärungssystemen (einschließlich Satellitenaufklärung) russische Bewegungsinformationen, lenkten damit Langstreckenraketen, um Munitionsdepots und andere wichtige Punkte der russischen Armee zu treffen, und schirmten ukrainische Kommando- und Logistikzentren mit Artillerie ab. Die USA stellen auch eine leistungsfähige Luftlogistik für schnelle Truppenbewegungen auf einem viel höheren Niveau als die EU bereit. Diese Führungsfähigkeiten, die Fähigkeit, militärische Geheimdienstinformationen effektiv zu nutzen, und die nachrichtendienstliche Infrastruktur, die wiederum eine gegen elektronische Kriegsführung resistente Kommunikation ermöglicht (Musks Starlink spielt hier eine wichtige Rolle), und die Tatsache, dass die USA der weltweit führende Waffen- und Munitionslieferant sind, führen in Kombination zu einer Abhängigkeit der EU, die nur schwer zu beheben ist¹. Obwohl die EU und die USA die Ukraine in wirtschaftlicher Hinsicht in

¹ | <https://www.descifrandolaguerra.es/europa-no-puede-sustituir-ayuda-estadounidense-ucrania>

ähnlichem Umfang unterstützt haben (rund 120 Mrd. EUR), haben die USA vor allem militärische Unterstützung geleistet, während die EU eher finanzielle Hilfe geleistet hat. Ohne die USA wäre die Ukraine höchstwahrscheinlich vollständig von Russland überrannt worden.

Andererseits schränkt die Tatsache, dass die EU Halbkolonien umfasst, die formal politisch gleichberechtigt mit den übrigen Mitgliedstaaten sind (ohne Vetomöglichkeiten der wichtigsten Länder und ohne, dass Methoden zur faktischen machtpolitischen Durchsetzung ihrer Politik im Bereich der Verteidigung durch die imperialistischen Mächte etabliert wären), die Fähigkeit zu einer einheitlichen Führung stark ein. Um ein Beispiel zu nennen: Kürzlich haben das Vereinigte Königreich und Frankreich die Entsendung von Truppen in die Ukraine unterstützt (ein Versuch, die Führung bei der Ausgestaltung der europäischen Aufrüstung zu übernehmen). Deutschland und Polen haben sich hingegen trotz ihrer Unterstützung für die Aufrüstung dagegen positioniert. Die beiden letztgenannten Länder sind in stärkerem Maße vom russischen Gas abhängig und laufen Gefahr, den Preis für eine russische Reaktion auf einen unzureichenden Einsatz, der keine echte Abschreckung darstellt, direkt zu zahlen, da sie wissen, dass sie nicht in der Lage sind, ihre eigenen Truppen ohne US-Unterstützung außerhalb ihrer Grenzen zu stationieren. Auf der an-

deren Seite sind Länder wie Spanien und Italien, deren imperialistische Dominanz nicht in Osteuropa liegt, gegen eine europäische Intervention in der Ukraine, weshalb sie eine gewisse Zögerlichkeit bei der Frage der europäischen Aufrüstung an den Tag legen. Es ist zu erwarten, dass sie weniger energisch und entschlossen vorgehen werden, aber sie können sich dem Einfluss der USA und ihrer politischen Strategie nicht entziehen, mit der die führenden europäischen Mächte (Frankreich, Deutschland, Großbritannien) übereinstimmen.

Darin spiegelt sich ein Schwachpunkt des EU-Projekts wider: Die Präsenz zweitklassiger imperialistischer Länder ohne die Fähigkeit zu einer eigenen politischen Agenda (wie Spanien, Italien oder die nordischen Länder). Dies sind Punkte, an denen die hypothetische europäische Einheit angesichts des Einflusses außereuropäischer Mächte, vor allem der USA oder Chinas, zerbrechen kann. Letzteres hat beispielsweise stark in die Häfen von Barcelona und Piräus (Griechenland) investiert, um Eingangstore für seine Waren und sein Kapital nach Europa zu schaffen. Währenddessen verfolgen die USA weiterhin strategische Interessen in ganz Europa. Der Aufstieg Trumps und seine neue Politik führen dabei zu Spannungen in der gesamten EU und auch zwischen den imperialistischen Mächten insbesondere aufgrund seiner offenen Unterstützung für ultrarechte Parteien.

3. Die aktuelle Situation: Krise, Aufrüstung und Reaktion

Diese Ungleichheit im Bezug auf Stärke und des Einfluss der verschiedenen imperialistischen Mächte bedeutet, dass ihre Bündnispolitik und ihr strategischer Einsatz in ständigem Widerspruch zueinander stehen und dass sie sich der jeweiligen politischen Situation anpassen müssen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten: Deshalb sagen wir, dass die Konkurrenz unter den Imperialisten absolut und die Zusammenarbeit relativ ist. In Anbetracht all dessen haben wir bereits in unserem Aufruf vom 8. März eine relevante Veränderung der internationalen Situation dargelegt, die durch fünf Faktoren veranschaulicht wird, die wir hier weiter ausführen:

1. Die wirtschaftliche Stagnation der letzten zwei Jahrzehnte in den USA und der Europäischen Union, die das Ergebnis der Dynamik des Monopolkapitalismus selbst ist, in dem es einen sogenannten „tendenziellen Fall der Profitrate“ gibt. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, dass die für die Geschäftstätigkeit erforderlichen Investitionen immer größer werden und der Gewinn im Vergleich zu dieser Summe immer kleiner.
2. Eine Zunahme der zwischenimperialistischen Spannungen

in Verbindung mit einer Verringerung ihrer Extraprofite. Der Profit, den die imperialistischen Länder aus den unterdrückten Ländern herausholen können, sinkt und sie müssen sich gegenseitig heftiger bekämpfen, um einen Teil vom Kuchen abzubekommen: Der Handelskrieg zwischen den USA und China oder die russische Invasion in der Ukraine sind die akutesten Beispiele für die aktuellen zwischenimperialistischen Konflikte. Die Eskalation der kolonialen Gewalt durch den Staat Israel und seine US-amerikanischen Herren in Palästina, im Libanon, in Syrien und im Jemen angesichts des Widerstands der kämpfenden Völker ist ebenfalls eine wichtige Zermürbungsfront für den US-Imperialismus, da sie eine frontale Opposition gegen die imperialistische Ausplünderung in der Region darstellt.

In diesem Kontext der Stagnation und der zwischenimperialistischen Spannungen brauchen die Herrschenden eine aggressivere Politik, sowohl gegen ihre imperialistischen Rivalen als auch gegen die Arbeiterklasse und die Volksschichten. Dies bedeutet Folgendes:

3. Die Aufrüstung der bürgerlichen Staaten: Wir sehen heute, wie die militärischen und repressiven Investitionen der NATO-Mitglieder, einschließlich des spanischen

Staates, historische Ausmaße erreichen, ebenso wie in Russland und China. Von der Leyen hat angesichts der offensichtlichen Schwächung des Bündnisses mit den USA bereits einen milliardenschweren Plan für die Aufrüstung der gesamten EU angekündigt, wobei sie die berühmte „Ausgabenobergrenze“ der Mitgliedstaaten ignoriert, wenn es um die Ausweitung der Militärausgaben geht. Dieser europäische Investitionsplan wird mit einem Paket von 800 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren umgesetzt, was etwas mehr als 1 % des gesamten europäischen BIP entspricht, wobei 650 Milliarden aus den Haushalten der Mitgliedstaaten und die restlichen 150 Milliarden aus EU-Krediten stammen. Die Militärausgaben werden somit von den Beschränkungen der Staatsschulden, die im Zuge der Krise von 2008 eingeführt wurden, ausgenommen. Darüber hinaus wird ein Darlehensinstrument speziell für diese Aufrüstung geschaffen, das die Mittel des europäischen Kohäsionsfonds für diesen Zweck bereitstellt und privates Kapital über die Europäische Investitionsbank mobilisiert².

Aber die europäischen Länder sind nicht nur auf kollektiver

Ebene tätig. Jeder einzelne Staat unternimmt die gleichen Anstrengungen: Das Vereinigte Königreich kündigte den größten Plan zur Erhöhung der Militärausgaben seit dem Kalten Krieg an³; in Deutschland haben sich Konservative und Sozialdemokraten darauf geeinigt, die Erhöhung der Militärausgaben von der „Schuldenbremse“ auszunehmen und massive Investitionen in Infrastruktur und Logistik zu tätigen^{4 5 6}; in Frankreich hat Macron vor zwei Jahren einen Plan zur Aufstockung des Verteidigungshaushalts um 40 % bis 2030 vorgestellt und kokettiert mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht⁷; Polen wiederum steht an der Spitze der Aufrüstungsbewegung und hat die Militärausgaben in den letzten Jahren auf über 4 % des BIP angehoben sowie kürzlich eine Erhöhung auf 5 % zugesagt⁸. Dies weist auf die Rolle hin, die den Halbkolonien in einem eventuellen militärischen Konflikt mit Russland zugeordnet ist: Kanonenfutter für die

3 | <https://www.gov.uk/government/news/prime-minister-sets-out-biggest-sustained-increase-in-defence-spending-since-the-cold-war-protecting-british-people-in-new-era-for-national-security>

4 | <https://apnews.com/article/germany-ukraine-debt-brake-economy-military-spending-74be8e96d8515d5ddd53a99a69957651>

5 | <https://www.bbc.com/news/world-europe-64346218>

6 | <https://www.kyivpost.com/post/48997>

7 | <https://www.france24.com/en/live-news/20250316-spurred-by-trump-turnabout-european-nations-debate-con-scription>

8 | <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/poland-spend-5-gdp-defence-2025-says-foreign-minister-2024-07-13/>

Imperialisten zu sein. Alle diese Erhöhungen der Militärausgaben beruhen hauptsächlich auf Änderungen in den Staatshaushalten und sind mit Kürzungen in sozialen Bereichen wie Gesundheit und Bildung verbunden: mit anderen Worten, Kürzungen der indirekten Löhne der Arbeiterklasse. Dies bringt uns zum nächsten Punkt.

4. Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse werden schwieriger: Inflation und Zinsen steigen, die Spekulation mit Wohnraum erdrückt die Arbeiterklasse, und der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist noch nicht in der Lage, die Löhne im Gleichschritt mit den steigenden Lebenshaltungskosten zu erhöhen. Die Fähigkeit des Imperialismus, Schichten der Arbeiterklasse zu kaufen und zu integrieren, wird drastisch reduziert, was einen Prozess der allgemeinen Proletarisierung auslöst, der sich in vielen Bereichen manifestiert, nicht nur in den Lebensbedingungen, sondern auch im Verlust der Autonomie am Arbeitsplatz, der Ausweitung bei gleichzeitiger Proletarisierung von zuvor exklusiven kleinbürgerlichen Berufen usw. Diese Verschärfung der Lebensbedingungen provoziert Ausbrüche und Revolten, die sich mit den verschiedenen demokratischen (Frauenrechte, LGBT-Community) und politischen Protesten

(wie den Palästina-Solidaritätsprotesten) überschneiden. Dies macht es der Finanzoligarchie schwer, die relativ stabile und unkomplizierte Herrschaft fortzusetzen, an die sie sich während des neoliberalen Booms in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren gewöhnt hatte.

5. Also benötigt die Finanzoligarchie eine aggressivere Innenpolitik, um ihre Interessen zu verteidigen: Ihr neues strategisches Mittel ist die Ultrarechte. Diese politische Kraft ist nicht neu und hat seit der Krise von 2008 an Bedeutung gewonnen. Hierin kommt die Tatsache zum Ausdruck, dass immer mehr Teile der mittleren und großen Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern auf sie gesetzt haben. Doch erst jetzt wird sie zum wichtigsten strategischen Mittel der westlichen Finanzoligarchie.

Die Ultrarechte erfüllt gleichermaßen die Funktion, Militärausgaben und die Teilnahme an Kriegen zu rechtfertigen und eine populistische Erklärung für das Elend zu liefern, indem Sektoren der Volksschichten wie Migranten und Geschlechterdissidenten⁹ kriminalisiert werden. Dieser Frontalangriff auf Minderheiten zielt darauf ab, die

9 | Der Begriff „Geschlechterdissident“ (Disidente de género) ist eine im Spanischen gebräuchliche Bezeichnung für alle Personen, die „nicht 100 % cis“ sind. Vgl. https://lgbt.fandom.com/es/wiki/Disidente_de_Género

2 | <https://www.descifrandolaguerra.es/von-der-leyen-rear-me-europeo-800-mil-millones/>

Widersprüche in der Bevölkerung zu verschärfen und die Umsetzung von Maßnahmen zu erleichtern, die die Arbeit billiger machen, so dass es rentabel wird, Industrien aus den Halbkolonien in die Metropolen zurückzuholen, da erstere möglicherweise instabiler sind oder die Logistikkosten in der Produktionskette erhöhen. Die von der extremen Rechten vorgeschlagene ultraliberale und den Klimawandel leugnende Politik zielt darauf ab, die Gesetzgebung der imperialistischen Länder zu lockern, um die Ausbeutung von Ressourcen und die Herstellung von umweltschädlichen Produkten im eigenen Land zu erleichtern, wodurch auch diese zuvor ausgelagerten Elemente zurückgebracht werden.

In den unterdrückten Ländern ist diese Dynamik ebenfalls zu beobachten, so bei Milei in Argentinien, Bukele in El Salvador oder Noboa in Ecuador und den ultrakonservativen Regimen Osteuropas. Dieser Aufstieg der Ultrarechten ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Stagnation sowie innerer und äußerer Spannungen. Die Wiederwahl von Trump im Herzen des Weltimperialismus und die Entfaltung seiner offen reaktionären Politik ist ein Wendepunkt in dieser Entwicklung.

4. Lage in Spanien

In Spanien, wie auch im übrigen Europa, haben rechtsextreme Positionen in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen. Mit einem Diskurs ähnlich dem von „Make America Great Again“ hat die Oligarchie in unserem Land die liberal-gemäßigte Maske abgelegt, die sie im letzten Jahrzehnt getragen hatte, und macht nun die Einwanderer für das Elend verantwortlich, wobei sie den Zusammenhang zwischen der ihnen aufgezwungenen Armut und der Kriminalität absichtlich ignoriert. Parallel dazu verbreiten die Medien die Vorstellung eines bevorstehenden Krieges mit Russland oder China, um in der Öffentlichkeit eine Rechtfertigung für höhere Militärausgaben zu schaffen. Obwohl der spanische Staat eine sozialdemokratische Regierung hat, kann er sich der Notwendigkeit, sich aufzurüsten und zu militarisieren, nicht entziehen, denn die Sozialdemokratie¹⁰, obwohl sie sich als „kleineres Übel“ im Dienste der Kapitalisten verkauft, ist nur ein weiterer Vertreter des bürgerlichen Blocks. In der Tat ist der Militärhaushalt im Zeitraum 2020-2023 mit Podemos an der Regierung um sieben Milliarden Euro gestiegen, auch wenn sie jetzt viel Aufhebens um die Frage der Wiederbewaffnung machen. Und es ist so, dass kleinbürgerliche reformistische Parteien wie Sumar¹¹,

10 | <https://www.publico.es/politica/gasta-espana-defensa-aumentado-presupuesto-anos.html>

11 | Movimiento Sumar, 2023 gegründete linke Partei, aktuell Koalitionspartner der PSOE in der spanischen Regierung.

Podemos¹², ERC¹³, Bildu¹⁴, BNG¹⁵ oder Compromís¹⁶ mehr oder weniger verdeckt die Militarisierung unterstützt haben, um ihren Einfluss zu behaupten^{17 18}, was sie nicht davon abhält, sie dann opportunistisch zu kritisieren, wenn es ihnen passt¹⁹.

Die konkrete Analyse zeigt, dass die „europäische Aufrüstung“ keine Reaktion auf eine unmittelbare Kriegsdrohung ist, sondern eine Reaktion der europäischen Imperialisten auf die Weigerung der USA, die militärische Unterstützung für die Ukraine fortzusetzen. Die USA haben sich dafür entschieden, die Ukraine gemeinsam mit Russland aufzuteilen und die Beziehungen zu Russland zu normalisieren, um eine ihrer offenen Fronten zu befrieden und sich auf Taiwan und Palästina zu konzentrieren. Dies wiederum dient dazu, die EU in die von den USA geforderten Positionen zu drängen: Stärkung ihrer militärischen Kapazitäten und Rechtsentwicklung ihrer Regierungen, um dies zu rechtfertigen.

Trotzdem hat die Stärkung des im-

12 | Podemos (dt. „Wir können“), 2014 gegründete Partei, früherer Koalitionspartner der PSOE.

13 | Esquerra Republicana de Catalunya („Republikanische Linke Kataloniens“), sozialdemokratische Regionalpartei.

14 | Bildu (baskisch für „Versammelt“), baskisches sozialistisches Wahlbündnis.

15 | Bloque Nacionalista Galego (dt. „Galicischer Nationalistischer Block“), linkes Parteienbündnis aus der Region Galicien.

16 | Coalició Compromís (dt. „Koalition Kompromiss“), Bündnis linker Parteien aus der Region Valencia.

17 | <https://x.com/ElHuffPost/status/1900149173342609631>

18 | <https://x.com/ionebelarra/status/1899843438683500700>

19 | <https://elpais.com/espana/2025-03-20/sumar-se-desmarca-del-psoe-y-vota-en-contra-del-rearme-europeo-y-por-la-salida-de-la-otan.html>

perialistischen Bündnisses EU für Deutschland, Frankreich oder das Vereinigte Königreich eine unterschiedliche Bedeutung: Ersteres spricht sich für eine beschleunigte Aufrüstung ohne direkte Intervention aus, während die beiden letzteren die unverzügliche Stationierung von Streitkräften in der Ukraine bevorzugen. Darüber hinaus gehen sie von einer inneren Schwäche aus: Die EU wurde als Instrument der wirtschaftlichen Vorherrschaft geboren und verfügt nicht über die geeigneten Mechanismen, um die schwächeren Länder einfach zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu zwingen, noch haben die europäischen imperialistischen Mächte einen gemeinsamen Einflussbereich, der ihre Interessen aufeinander abstimmen würde.

Die spanische Oligarchie ist nicht sonderlich an einer beschleunigten Aufrüstung interessiert, weshalb die PSOE²⁰- und SUMAR-Regierung eine Aufstockung des Haushalts mit haushaltspolitischen Manövern kombiniert, um auch Ausgaben in das Verteidigungsbudget einzurechnen, die bisher nicht dazu gezählt wurden (und so die geforderten 2 Prozent zu erreichen, ohne einen einzigen Euro hinzuzufügen).

Diese und andere Spaltungen und Differenzen werden zwischen den Mitgliedsstaaten sichtbar, aber

20 | Partido Socialista Obrero Español (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens), spanische Regierungspartei, geführt von Ministerpräsident Pedro Sánchez.

davon sollten wir uns nicht verwirren lassen. Bei der „europäischen Wiederbewaffnung“ geht es den Herrschenden im Wesentlichen darum, im Inneren alles in Reih und Glied zu bringen, ihre Vorherrschaft nach außen zu sichern (im Falle Frankreichs in Afrika, im Falle Deutschlands in Osteuropa) und sich mittelfristig auf eine Eskalation der zwischenimperialistischen Spannungen vorzubereiten. Und daran wird auch Spanien sich beteiligen.

In diesem neuen Kontext hat eine scheinbar fortschrittliche Regierung, die die Widerstandskämpfe vereinnahmt und integriert, damit sie zu Komplizen bei der Verwaltung des kapitalistischen Elends werden, keinen Platz mehr. Es ist notwendig, die Opfer zu legitimieren, die für die imperialistische Nation gebracht werden müssen. Und es ist notwendig, jede Quelle des Widerstands, die sich dagegenstellen könnte, einzuhegen und sogar zu zerschlagen. An diesem Punkt wird die Ultrarechte zum besten Mittel der politischen Strategie für die amerikanische und europäische Finanzoligarchie.

In den imperialistischen Ländern gewinnen Minderheitenparteien der Ultrarechten an Einfluss, Geldmitteln und potentiellen Wählerstimmen; die traditionellen konservativen Parteien radikalisieren sich; die sozialdemokratischen Parteien nehmen lächelnd ihre Rolle als Staatsparteien an, indem sie vor den breiten Arbeitermas-

sen die Notwendigkeit der Aufrüstung rechtfertigen; und da auch sie einen minimalen Anteil an der bürgerlichen Macht halten, erklären die reformistischen Parteien, dass „obwohl es nicht die Welt ist, in der sie gerne leben würden, die nationale Verteidigung gestärkt werden muss“. Die Rechtsverschiebung im parlamentarischen Spektrum, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten, hat sich beschleunigt. Es ist bemerkenswert, wie der reformistische Pragmatismus²¹ seine politischen Ansätze verwässert hat, wie seine Machtposition seinen Kretinismus²² immer mehr verstärkt hat. Im Ergebnis beobachten wir im Verlaufe nur eines Jahrzehnts sozialchauvinistische Diskurse in jenen reformistischen Formationen, die die Zentralregierung unterstützen (ERC, SUMAR).

Die Ultrarechte ist ein Instrument der Finanzoligarchie: Sie ermöglicht es, (1) die Massen bereit zu machen, die „notwendigen Opfer“ zu akzeptieren, während sie (2) die offene Repression gegen „Andersdenkende und Unerwünschte“ mit rechtlichen und anderen Mitteln legitimiert. Mit der Unterstützung der Algorithmen der sozialen Netzwerke und der großen Medien haben sie eine Offensive der Kriminalisierung gegen Immigranten

21 | Im Original: „Possibilismus“ (posibilismo).

22 | Der Begriff „parlamentarischer Kretinismus“ wurde von Karl Marx in seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ verwendet: „Und es gehörte jene eigentümliche Krankheit dazu, die seit 1848 auf dem ganzen Kontinent grassiert hat, der parlamentarische Kretinismus, der die Angesteckten in eine eingebilddete Welt festbannt und ihnen allen Sinn, alle Erinnerung, alles Verständnis für die rauhe Außenwelt raubt ...“, MEW 8, S. 173

gestartet, sowie ergänzend dazu, mit der Komplizenschaft der Sozialdemokratie, eine Offensive gegen Geschlechterdissidenten. Dies sind die Prüfsteine für den Angriff auf alle Formen der Dissidenz: LGBT-Gruppen, Feministen, Ökologen, Kommunisten und sogar Progressive. Alles, was „woke“ ist. Dies steht im Einklang mit ihrer Rekrutierungskampagne: Ein Rebell zu sein bedeutet [*im Sinne der ultrarechten Propaganda, Anm. d. Übers.*], sich gegen alle genannten Gruppen zu wenden, die Teil des „Systems“ sind. So wird eine gefährliche Massenbasis geschaffen.

Mit anderen Worten, die „europäische Wiederbewaffnung“ ist eine Kampagne zur Förderung der Ultrarechten: Eine politische Kraft, die von der Oligarchie finanziert wird und die derzeit vor allem kulturell aktiv ist, um ein Massenbewusstsein zu schaffen, das Einbußen bei den demokratischen Rechten und Freiheiten, eine verstärkte Ausbeutung und Kürzungen bei den sozialen und öffentlichen Diensten akzeptiert; sowie eine mobilisierbare reaktionäre Massenbasis zu schaffen, die mit Unternehmen und Institutionen in einem Netzwerk verflochten ist, um Druck auszuüben.

Für die Schaffung dieser Massenbasis haben die Unternehmen des Technologiesektors, die die wichtigsten sozialen Netzwerke wie Meta (WhatsApp, Instagram und Facebook), Google (YouTube) und Tesla (X, früher Twitter) kontrollieren, und ergänzend die

Medien eine besondere Bedeutung. Die sozialen Netzwerke haben als Propagandaorgane für die massenhafte Verbreitung der neuen reaktionären Ideologie gedient und sich dabei der bürgerlichen Presse gegenüber als weit überlegen erwiesen. Auf den bürgerlichen Wahlzirkus haben sie eine deutlich nachweisbare Wirkung entfaltet, insbesondere unter jungen Männern.

Diese Aktivität zieht das gesamte politische Spektrum nach rechts. Während eine ultrarechte Regierung die praktische Umsetzung offen massenfeindlicher Maßnahmen bedeutet, werden dieselben Maßnahmen ohne eine solche Regierung ebenfalls umgesetzt, jedoch nach und nach. Die Massen werden hierdurch gedanklich im Rahmen von „Mehr war nicht zu erreichen“ und „Wählt mich, um den Faschismus zu stoppen“ gefangen gehalten.

Dieser Prozess umfasst das gesamte parlamentarische Spektrum, in dem die Reihen geschlossen werden, um die imperialistische Hegemonie im In- und Ausland besser sichern zu können.

5. Die Position des revolutionären Proletariats und die Aufgaben der Kommunisten

Die „europäische Wiederbewaffnung“ ist die gehorsame Antwort der europäischen Finanzoligarchie auf die Militarisierungsforderungen der US-geführten NATO sowie die erste politische Maßnahme, die ihr von der neuen US-Regierung aufgezwungen wurde und damit als Aushängeschild für die neue Politik dient, welche die Weltsupermacht ihren Verbündeten von nun an diktiert. Es besteht keine unmittelbare Gefahr einer Eskalation des Krieges oder des Faschismus in den imperialistischen Ländern, aber es gibt das Szenario einer schrittweisen Verschärfung der zwischenimperialistischen Spannungen und des Beginns einer Offensive gegen demokratische Rechte und Freiheiten, des Abbaus öffentlicher Dienstleistungen und der Intensivierung der Ausbeutung.

Deshalb sind der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg (und seine Umwandlung in einen revolutionären Bürgerkrieg) und die Entwicklung der Fähigkeit, den Faschismus zu bremsen und zu bekämpfen, zwar Themen, die die kommunistische Bewegung vertiefen muss, aber sie sind keineswegs die unmittelbaren Aufgaben, die angegangen werden müssen. Eine solche Herangehensweise bedeutet vielmehr, dem lebensretten-

den Diskurs der Sozialdemokratie und des Reformismus den roten Teppich auszurollen, ihnen in ihren erbärmlichen, dem Kapital unterwürfigen Verwaltungen, die die Politik der Oligarchie mit Krokodilstränen ausführen, Luft zu verschaffen und ihnen zu erlauben, ein erneutes Sirenenlied des „Wählt mich, um den Faschismus zu stoppen“ anzustimmen. In diesem neuen Kontext wird der Reformismus vom Hauptfeind zu einem wichtigen Nebenfeind, den wir nicht vergessen dürfen, um seinen Einfluss im Kampf gegen den Hauptfeind, den die Ultraderechte darstellt, zu begrenzen.

Wir gehen von einer Situation der Schwäche aus: Die Gewerkschaftsbewegung wird von der Arbeiteraristokratie beherrscht, die Gewerkschaftsbürokratie ist der regierenden Sozialdemokratie untergeordnet, in den städtischen Volksbewegungen versammelt sich nur ein sehr kleiner Teil all derer, die in ihren gesellschaftlichen Schichten kämpfen könnten, und die Kritiker des Reformismus werden von kleinbürgerlichen Perspektiven beherrscht, die sie von den Massen isolieren (unrealistischer Radikalismus, performativer Pazifismus). Wir müssen uns daher mit dem Ansatz befassen, wie wir aus der gegenwärtigen Situation zu einem offenen politischen Kampf gegen die Reaktion gelangen können, der wiederum der ideologischen, politischen und organisatorischen Stärkung der Arbeiterklasse und des Volkes dient und gleichzeitig den bürgerlichen Staat

schwächt.

Wir identifizieren drei Achsen des Widerstandskampfes. Alle müssen von den aktuellen, isolierten und lokalen Formen des Kampfes ausgehen, ihre Massivität und Durchschlagskraft erhöhen und den Sprung zum allgemeinen politischen Kampf schaffen:

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter gegen die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben: Wir müssen von der Organisation Betrieb für Betrieb, Komitee für Komitee²³ ausgehen, was gegenwärtig die Hauptsache ist. Die kämpfenden Gewerkschaftssektionen müssen die Basis sein, um Druck auf die Gewerkschaftsbürokratie der großen Gewerkschaftsverbände auszuüben. Das Ziel dieses Drucks muss sein, dass die Gewerkschaften Werkzeuge werden, die dem politischen Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes dienen, vor allem mittelfristig, mit der Verschärfung der objektiven Lage und des Kampfes, so dass es uns gelingt, sie zu zwingen, das mächtige Werkzeug des Generalstreiks zu entwickeln.

Der Kampf der städtischen Volksbewegungen zur Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen und anderer Forderungen wie dem Zugang zu Wohnraum (die Begrenzung der indirekten Ausbeutung und die

Verteidigung der indirekten Löhne), ausgehend von bestehenden Organisationen, einschließlich Nachbarschaftsorganisationen, und aufbauend auf dem Erbe der Mareas [*wörtlich: „Flut“, spontane Bewegungen in Spanien seit der Wirtschaftskrise von 2008, Anm.d.Übers.*], immer mehr Bevölkerungsschichten in den Kampf einzubeziehen und dabei die konkreten Forderungen (Stoppen bestimmter lokaler Maßnahmen) mit den allgemeinen Forderungen (Stoppen rückschrittlicher Gesetze, neuer Haushalte, die Kürzungen im sozialen Bereich oder fehlende Regulierung wie im Wohnungswesen beinhalten) und dem politischen Kampf gegen die Interessen der Finanzoligarchie zu verbinden.

Der Kampf der Bevölkerung für demokratische Rechte und Freiheiten. Als Speerspitze des reaktionären Diskurses identifizieren wir derzeit die Kriminalisierung von Immigranten und rassifizierten Menschen sowie ergänzend hierzu die Verfolgung von Trans-Personen. Dies ist Teil einer allgemeinen Offensive gegen alle fortschrittlichen Ideen. Die Arbeiterklasse und das Volk müssen die reaktionäre Verfolgung von rassifizierten und transsexuellen Menschen als Teil einer Offensive gegen das gesamte Volk bekämpfen. Die Selbstverteidigung des Volkes wird spontan durch spezifische Kollektive organisiert werden. Aber wir müssen auch darauf drängen, dass die Perspektive in den Arbeiter- und Volksorganisationen diese Forderungen

23 | Auf Spanisch comité de empresa, etwa Unternehmenskomitee/Unternehmensausschuss. Organ, in das Vertreterinnen der Arbeiter:innenschaft gewählt werden, ähnlich wie im deutschen Betriebsrat.

gen als Teil eines allgemeinen Kampfes gegen eine offenere und gröbere Form der Diktatur des Kapitals aufgreift.

Der Kampf für Forderungen entsteht spontan, aber sein naturwüchsiges Resultat auf Bewusstseinsstufe ist die reformistische Perspektive: diesen oder jenen schädlichen Aspekt des gegenwärtigen Systems zu ändern, was innerhalb einer gewissen Zeitspanne machbar erscheint. Gerade an diesem Punkt führen parlamentarische Initiativen, die Spielchen verschiedener Opportunisten, der Einfluss des sozialdemokratischen Realismus und der enttäuschende Pragmatismus (Possibilismus) des Reformismus den Kampf regelmäßig in wohlbekannte Sackgassen.

Es ist daher die Aufgabe der Kommunisten, sich um die Strukturierung der verschiedenen Bewusstseinsstufen zu kümmern, die sich im Kampf herausbilden. Was die am weitesten fortgeschrittenen Mitglieder der Klasse und des Volkes betrifft, so müssen wir verhindern, dass ihre Ablehnung des Reformismus sie in die Isolation von der großen Masse führt, die noch stark von den „linken“ Perspektiven der Bourgeoisie beeinflusst ist. Die Bildung von Organisationen für die Kämpfe um bestimmte Forderungen, deren Haupttätigkeit die Fundamentalkritik am Kapitalismus ist, verengt diese Organisationen und überlässt die breiten Massen dem Einfluss der Bourgeoisie. Das genaue Gegenteil

ist gefragt: Die fortschrittlichsten Elemente müssen Organisatoren der breiten Massen und Propagandisten der revolutionären Ideen für die fortgeschrittensten Schichten der Massen sein. Die Kampforganisationen müssen in sich selbst Schulen des Sozialismus und Schulen des Kampfes sein.

Nur durch eine wirksame Agitation gegen die volksfeindlichen Maßnahmen der bürgerlichen Rechten und die heuchlerischen Behauptungen der reformistischen und sozialdemokratischen Linken können die Arbeiter- und Volksorganisationen einen Durchbruch im Bewusstsein der Menschen erzielen. Politische Bildung muss zu einem grundlegenden Bestandteil der internen Dynamik solcher Organisationen werden, um die neuen Mitglieder ihrer Kollektive zu erziehen und zu schulen.

In Ermangelung einer solchen wirksamen Agitation, die die Dinge klarstellt und die Probleme der Massen aus der Sicht der Arbeiterklasse erklärt (und nicht nur einen allgemeinen antikapitalistischen Diskurs abliefern), werden die volksfeindlichen Maßnahmen und die Vernachlässigung der Arbeiterklasse durch den bürgerlichen Block in Diskurse der Ultrarechten kanalisiert.

Ziel der Agitation und der politischen Bildung der Arbeiterorganisationen muss es sein, mit der opportunistischen Ideologie der Bourgeoisie zu brechen, die ihre fortschrittliche

Maske nach Bedarf auf- und absetzt. An ihrer Stelle gilt es, eine Klassenpolitik zu betreiben, die die Interessen der Klasse in den Vordergrund stellt, die den Menschen in ihrem Kampf dient und die in der Lage ist, eine revolutionäre Perspektive zu vermitteln, wenn sich die Situation verschlechtert und der Bewusstseinsgrad der Arbeiterklasse und des Volkes ausreichend fortgeschritten ist. So kann es konkret gelingen, von einer defätistischen Logik der Verteidigung des geringeren Übels bis zum Tod zu einer Logik des Angriffs überzugehen, die sich nicht mehr auf faule Kompromisse einlässt.

Der Fortschritt der Organisations- und Kampfkraft der Arbeiterklasse und des Volkes wird eng mit der Entwicklung der revolutionären Bewegung verbunden sein. Diese ist per Definition der konsequenteste und unverzichtbarste Teil des Kampfes der Arbeiter und des Volkes. Und notwendigerweise werden seine aufopferungsvollsten, fähigsten und bewussten Mitglieder den Generalstab des Proletariats für seinen Kampf gegen die Bourgeoisie zur Beendigung aller Formen von Ausbeutung und Unterdrückung bilden. Dieser Generalstab ist die Kommunistische Partei. Eine Organisation, die sich aus den engagiertesten und bewusstesten Menschen im Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung und der sozialen Kämpfe speist.

Die angespannte Situation, in der

wir heute leben, weist große Ähnlichkeiten mit den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts auf, als die Spannungen zwischen den Imperialisten zu brodeln begannen, den beherrschten Ländern eine Kanonenbootdiplomatie aufgezwungen wurde und die verschiedenen nationalen Kapitalistenklassen begierig auf die koloniale Vorherrschaft ihrer Rivalen schielten. Diese Situation führte fünfzehn Jahre später zum Ersten Weltkrieg. Leider leben wir heute in einer Situation, in der die internationale kommunistische Bewegung schwächer und die Arbeiterklasse weniger organisiert ist als damals. Wir dürfen nicht in den Zyklus des „kleineren Übels“ und des „Stoppens des Faschismus an der Wahlurne“ verfallen, sondern müssen die Massenorganisationen stärken, die Kommunistische Partei wieder aufbauen und wie die Bolschewiki 1917 in der Lage sein, den imperialistischen Krieg, wenn er kommt, in eine Revolution umzuwandeln.

Übersetzung aus dem Spanischen aus:

Revolución, Zeitung der Revolutionären Arbeiterpartei Spaniens (Partido revolucionario de los trabajadores) 20. April 2025

<https://revolucion-prt.es/rearme-europa-2025/>

Bildquellenverzeichnis (noch nicht aktualisiert)

s

Aus der Klasse für die Klasse!

KLASSENBUILDUNG

Wir wollen uns und unser Projekt Klassenbildung hier kurz vorstellen. Wir sind ein revolutionäres Kollektiv von Kommunist:innen, welche alltäglich in unseren Stadtvierteln, Betrieben, Schulen und Universitäten versuchen Menschen zusammen zu bringen.

Bei unserer politischen Massenarbeit mit Menschen aus der Arbeiter:innenklasse ist uns aufgefallen, dass es quasi keine „populären“ Informationen und Bildungsmaterialien gibt, die einfach und verständlich eine revolutionäre Perspektive aufzeigen.

Dies wollen wir mit diesem Projekt ändern.

Wir produzieren Videos und Podcasts. Wir veröffentlichen und erstellen revolutionäre Kunst und Kultur. In mehreren Städten in Deutschland veranstalten wir Lesekreise. Mit diesem Magazin und weiteren Texten leisten wir einen Beitrag zur Bildungs- und Theoriearbeit innerhalb der revolutionären Bewegung.

Wir stehen mit unserem Projekt dennoch gerade erst am Anfang. Helft uns Klassenbildung so schnell wie möglich bekannt zu machen, teilt und liked unsere Social Media Kanäle und empfiehlt uns bei euren Genoss:innen, Kolleg:innen, Freund:innen und Nachbar:innen. Gebt uns Rückmeldung wie euch unsere Inhalte und Formate gefallen

Wenn ihr uns finanziell unterstützen wollt, spendet an den *Verein zur Förderung der Arbeiter:innenbildung e.V.*

Mehr Infos auf www.klassenbildung.net/spenden

Ihr findet uns hier:



Im ersten Artikel dieser Ausgabe „Gegenmacht als strategische Sackgasse“ konzentrieren wir uns auf die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Gegenmacht. In den letzten Jahren hat der Begriff eine breitere Verwendung gefunden. Während Gegenmacht für die einen nicht mehr als eine griffige Worthülse darstellt, nutzen andere ihn, um ihr eigenes strategisches Konzept zu beschreiben. In diesem Text wollen wir uns der Frage widmen warum man mit dem Begriff der Gegenmacht zwangsläufig in einer strategischen Sackgasse endet.

Anschließend wollen wir uns zwei Fragen, der kommunistischen Strategie widmen. Zunächst der Frage, wie sich der grundsätzliche internationale Charakter der sozialistischen Revolution in der Strategie, Taktik und der alltäglichen Arbeit von Kommunist:innen in Deutschland widerspiegelt. Im Text „Die regionale Perspektive der sozialistischen Revolution“ wollen wir uns an eine erste Antwort auf die in den letzten 150 Jahren in der internationalen Arbeiter:innenbewegung heiß umstrittene Frage wagen.

Auch die Frage der Bäuer:innenschaft hat in der Geschichte der kommunistischen Bewegung stets eine zentrale Rolle eingenommen. In der sozialistischen Revolution in Russland hat die Klasse der Bäuer:innen eine zentrale Rolle gespielt. Im 19. und 20. Jahrhundert lebte und arbeitete ein überwiegender Teil der Bevölkerung auf dem Land. Doch wie steht es um die Klasse der Bäuer:innen heute? Gibt es sie als Klasse heute in Deutschland überhaupt noch? Diese und weitere Fragen behandeln wir in unserem dritten Artikel „Die Landwirtschaft in Deutschland und die Frage der Bäuer:innen“.

Der letzte Text dieser Ausgabe widmet sich der Frage der Aufrüstung und Militarisierung in Europa. Der aus dem spanischen übersetzte Gastbeitrag aus der Zeitung der „Partido revolucionario de los trabajadores“ (dt. Revolutionären Arbeiterpartei Spaniens) setzt sich dabei mit dem Wesen der EU auseinander, ihrer militärischen Schwäche und analysiert dann die aktuellen Entwicklungstendenzen. Zum Schluss befasst sich der Text mit der Analyse der Lage in Spanien, sowie den Aufgaben der Kommunist:innen in der aktuellen Lage.

Ein Magazin von:

Aus der Klasse für die Klasse!
KLASSENBILDUNG

www.klassenbildung.net

